

Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?

Europäische Stakeholderkonferenz
20.–21. November 2012 in Berlin

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) führt seit 2005 regelmäßig Stakeholderkonferenzen durch, die übergeordnete gesellschaftspolitische Fragestellungen thematisieren. Ausgangspunkte sind dabei stets die Arbeitsbereiche des Bundesinstituts: Risikobewertung und Risikokommunikation. Die Veranstaltungen werden in Tagungsbänden dokumentiert, die auch über die Homepage des BfR digital erhältlich sind. Bereits erschienen sind in dieser Reihe die Bände „Mehr Vorsorge, mehr Sicherheit?“ (2012) „Sicherer als sicher?“ (2010), „Rechtfertigen „gefühlte“ Risiken staatliches Handeln?“ (2008) und „Was kostet eine Krise?“ (2006).

Impressum

Tagungsband

Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?
Europäische Stakeholderkonferenz
20.–21. November 2012 in Berlin

Bundesinstitut für Risikobewertung
Pressestelle
Max-Dohrn-Str. 8–10
10589 Berlin

Berlin 2014
120 Seiten
€ 10,–
ISBN 978-3-943963-20-5



Inhalt

Wie unabhängig kann Wissenschaft sein? – Ein Vorwort	7
<i>Professor Dr. Dr. Andreas Hensel, Präsident des Bundesinstituts für Risikobewertung, Berlin</i>	
Grußwort	9
<i>Peter Bleser Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), Berlin</i>	
Warum ist die Unabhängigkeit der Wissenschaft wichtig und worin besteht sie?	13
<i>Professor Dr. Armin Grunwald, Karlsruhe Institute of Technology (KIT)</i>	
Die Unabhängigkeit der Wissenschaft – ein Trugbild?	19
<i>Dr. Heinz Riesenhuber, Alterspräsident des Deutschen Bundestags, Berlin</i>	
Wissenschaftliche Integrität versus politischer Konflikt: Sind diese kompatibel?	25
<i>Dr. Roger Pielke Jr. Center for Science and Technology Policy Research, USA</i>	
Die Unabhängigkeit wissenschaftlicher Beratung in Europa	31
<i>Dr. Catherine Geslain-Lanéelle, Direktorin der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)</i>	
Unabhängige Politikberatung in Zeiten von Wirtschaftskrisen: Wie sieht die Wirklichkeit aus?	35
<i>Professor Dr. Walter Krämer, Institut für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Technische Universität Dortmund</i>	
Wie sieht die Wirklichkeit aus?	41
<i>Professor Dr. Anne Glover, Oberste Wissenschaftsberaterin des Präsidenten der Europäischen Kommission, Brüssel</i>	
Ist die Unabhängigkeit von Wissenschaft noch eine Zielvorstellung hochschulischer Bildung? Kritische Fragen an die aktuelle Entwicklung	47
<i>Professor Dr. Ulrich Bartosch, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Vorsitzender des Vereins Deutscher Wissenschaftler</i>	
Die Rolle der Akademie in der Wissenschaftslandschaft	55
<i>Professor Dr. Jörg Hacker, Deutsche Akademie der Naturforscher, Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften, Halle (Saale)</i>	
Die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Einrichtungen – eine Einschätzung	61
<i>Professor Dr. Manfred Hennecke, Präsident der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, Berlin</i>	
Podiumsdiskussion I: Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?	67

Elemente einer unabhängigen Politikberatung	73
<i>Professor Dr. Reiner Wittkowski, Vizepräsident des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), Berlin</i>	
I. Positionen der Stakeholder	79
Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?	79
<i>Thilo Bode, Geschäftsführer von foodwatch e.V., Berlin</i>	
Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?	83
<i>Dr. Horst Brackemann, Stiftung Warentest, Berlin</i>	
Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?	87
<i>Jutta Jaksche, Verbraucherzentrale Bundesverband, Berlin</i>	
Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?	91
<i>Professor Dr. Matthias Horst, Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e. V. (BLL), Berlin</i>	
Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?	95
<i>Dr. Gerd Romanowski, Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI), Frankfurt</i>	
Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?	101
<i>Dr. Wolfgang Wodarg, Transparency International Deutschland e. V., Berlin</i>	
Podiumsdiskussion II: Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?	105
Schlusswort	119
<i>Professor Dr. Dr. Andreas Hensel, Präsident des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), Berlin</i>	

Wie unabhängig kann Wissenschaft sein? – Ein Vorwort

Professor Dr. Dr. Andreas Hensel,
Präsident des Bundesinstituts für Risikobewertung,
Berlin



Liebe Leserinnen und Leser,

der zehnjährige Geburtstag des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) war für uns der Anlass zu dieser Veranstaltung über die Unabhängigkeit der Wissenschaft. Wie es unserer Tradition entspricht, haben wir sie als wissenschaftliches Symposium geplant. Als wir 2002 gegründet wurden, hatte das „von Wedel“-Gutachten gerade die Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement in Analogie zum europäischen System vorgeschlagen. Bis dahin war die Frage, inwieweit gute Politik von guter Politikberatung abhängig ist, nicht im Bewusstsein der deutschen Politiker. Mittlerweile haben die wissenschaftsbasierten Entscheidungen in vielen Bereichen Einzug gehalten. In der Tat fällt die deutsche Parlament eine sehr kluge Entscheidung, als es beschloss, dass das BfR als wissenschaftliche Behörde in Fragen der Risikokommunikation keiner Weisung unterliegen solle. Diese Trennung erlaubt eine unabhängige, offene und transparente Kommunikation.

Interessanterweise hat auch die Industrie die Schaffung einer wissenschaftlichen Beratungsgrundlage begrüßt. Gleichwohl steht der Schutz des Verbrauchers natürlich stark im Vordergrund unserer Aufgabe. Die Lebensmittelkrisen der unmittelbaren Vergangenheit, der EHEC-Ausbruch oder die Noro-Viren in Tiefkühl-Erdbeeren haben klar gezeigt, dass es bei solchen Krisen nicht nur um nationale Aspekte geht. Wir importieren jährlich 31.000 Tonnen tiefgefrorene Erdbeeren aus China; daran sehen Sie, dass unsere Systeme auch international greifen müssen. Deshalb brauchen wir standardisierte, normierte Bedingungen, nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch im Rahmen der Europäischen Lebensmittelbehörde, um die Laboranalytik zu vereinheitlichen, die Eigenkontrolldaten der Hersteller optimal für eine Risikobewertung zu nutzen und die nationalen Referenzlaboratorien zu koordinieren. Das ist eine große Herausforderung.

Heute befassen wir uns nicht nur mit der Sicherheit von Lebensmitteln, sondern auch mit Futtermitteln, Chemikaliensicherheit, Kosmetika und den Risiken, die das Rauchen beinhaltet. Das BfR hat in den letzten zehn Jahren entscheidend dazu beigetragen, bestehende und vermeintliche Risiken zu adressieren. Vermeintliche Risiken, das haben wir mittlerweile gelernt, sind mindestens genauso wichtig wie die tatsächlich wissenschaftlich belegbaren Risiken, weil sie das Verhalten des Verbrauchers unmittelbar beeinflussen und im Krisenfall oft adverse Reaktionsmuster hervorrufen können. Während des EHEC-Ausbruchs veränderten 70 Prozent aller Deutschen ihre Ernährungsgewohnheiten und stiegen von Tomaten oder Gurken auf den Verzehr von Wirsing um. Das ist nur möglich, wenn der Bürger unsere Ratschläge verstanden hat.

Meiner Ansicht nach sind Risikobewertung und Risikokommunikation untrennbar miteinander verbunden. Es gibt natürlich Grenzen. Wissenschaft soll nicht politisch tätig sein, weil für eine politische Entscheidung immer auch kulturelle, ökonomische und soziale Aspekte beachtet werden müssen. Aber wenn wir uns darauf geeinigt haben, dass Wissenschaft uns dort führen kann, wo die Unwissenheit sehr groß ist, dann muss man auch den Umgang mit dem Nichtwissen viel stärker in den Vordergrund stellen. Wissenschaftler sind diesen Umgang gewohnt; sie unterscheiden das klassische Nichtwissen, das man durch ein entsprechendes Experiment lösen kann, von anderen Dimensionen des Nichtwissens, die sich darin zeigen, dass wir viele Fragen heute noch gar nicht stellen können. Aus fachlicher Sicht muss man diese Unterscheidungen herausarbeiten, um dann politisch über den Bedarf an Sicherheitsforschung entscheiden zu können, oder über eine Priorisierung der Arbeitspakete, die im Zusammenhang mit einer Risikobewertung bearbeitet werden müssen.

Wissenschaft wird zunehmend instrumentalisiert; darüber hinaus stößt sie in ihrem Falsifikationsprinzip häufig an Grenzen, beispielsweise bei der Produktentwicklung. Der Horizon-Plan der Europäischen Gemeinschaft fordert klar die Kooperation der Wissenschaft mit der Wirtschaft; dabei ergeben sich in ganz bestimmten Bereichen durchaus Interessenkonflikte. Der Grad an Offenheit und Transparenz ist an dieser Stelle ganz entscheidend und im Gesundheits- und Lebensmittelbereich besonders kritisch. Würden Sie an Autos forschen, dann würde jeder Verbraucher erwarten, dass Sie mit der Autoindustrie zusammenarbeiten. Im Gesundheitsbereich wird im Moment öffentlich diskutiert, ob nicht alleine das Händeschütteln mit einem Industrievertreter auf einer Veranstaltung der Industrie ansteckend ist.

Unsere Diskussion widmet sich auch der Frage, worin die Unabhängigkeit besteht, wo sie offen dargelegt werden muss und wo sie endet. Diese Fragen betreffen nicht nur uns, sondern auch die über 50 weiteren beratenden Ressortforschungseinrichtungen in Deutschland und natürlich auch die entsprechenden europäischen Institutionen. Ich freue mich besonders, dass wir Referenten aus sehr verschiedenen Bereichen gewinnen konnten, die aus ihrer Sicht bestimmte Aspekte herausarbeiten werden. Die Struktur unserer Konferenz folgt einem bewährten Prinzip: Der erste Tag ist der Wissenschaft gewidmet, am darauffolgenden Tag kommen alle Stakeholder zu Wort und diskutieren die sozialwissenschaftlichen, geisteswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Hintergründe.

Ich freue mich sehr über die interessanten Beiträge und kontroversen Diskussionen, die in diesem Tagungsband dokumentiert sind und wünsche eine anregende Lektüre.



Professor Dr. Dr. Andreas Hensel

Präsident des Bundesinstituts für Risikobewertung

Grußwort

Peter Bleser,

*Staatssekretär im Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(BMELV), Berlin*



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin sehr dankbar, dass ich bei diesem Jubiläum zu Ihnen sprechen darf, ehe heute Abend meine Ministerin dann zum Höhepunkt der Veranstaltung überleiten wird.

Sie feiern nicht nur ein Jubiläum, sondern Sie haben eine Stakeholderkonferenz zu dem Thema organisiert, wie unabhängig Wissenschaft sein kann. Das ist in der Tat eine sehr, sehr spannende Frage. Vor genau zehn Jahren, am 1. November 2002, ist das Gesetz zur Neuorganisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und der Lebensmittelsicherheit in Kraft getreten. Damit wurde in Deutschland die Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement auf eine sichere Grundlage gestellt, und die Einrichtung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit und des Bundesinstitutes für Risikobewertung war als eine Folge der BSE-Krise schließlich ein weiterer Meilenstein zur Verbesserung der Lebensmittelsicherheit in Deutschland. Es war von zentraler Bedeutung, dass nach dieser Krise das Verbrauchervertrauen wieder hergestellt werden konnte. Damit dies so bleibt, muss die Bewertung von Risiken entlang der Lebensmittelkette unabhängig erfolgen. Und zwar erstens unabhängig von politischen Erwägungen, zweites unabhängig von wirtschaftlichen Interessen und drittens auch unabhängig von den Anforderungen des Krisenmanagements. Wer Risiken bewertet, muss in erster Linie zwei Dingen verpflichtet sein: den Grundsätzen der Wissenschaft und der Verantwortung gegenüber den Menschen. Ich glaube, das sind ganz entscheidende Zielsetzungen, die die Glaubwürdigkeit dieser Einrichtung im Wesentlichen erst ermöglichen. Das BfR erfüllt diese Verpflichtung und wird den hohen Ansprüchen voll und ganz gerecht. Die Krisen in den letzten Jahren haben gezeigt, dass es eine gute und richtige Entscheidung war, diese Institution zu gründen. Gemeinsam mit seinen Schwesterbehörden hat das BfR einen wesentlichen Anteil an der Aufklärung dieser Krisen; die Trennung von Risikomanagement und Risikobewertung hat sich bewährt.

Innerhalb kurzer Zeit hat sich das BfR zu einer Risikobewertungsbehörde entwickelt, die in Deutschland und in vielen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union hohes Ansehen genießt. Ich gratuliere deswegen dem BfR zu seinem zehnjährigen Bestehen, und möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen über 750 Mitarbeitern herzlich für das zu danken, was Sie für dieses Land leisten. Sie sind wirklich unverzichtbar geworden. Politik braucht wissenschaftlichen Sachverstand. Insbesondere ist auch die Legislative zunehmend zu einem wichtigen Nachfrager von Expertisen geworden. Regierung und Parlamente sehen

sich bei der Formulierung von Gesetzen immer häufiger mit komplexen Sachverhalten konfrontiert. Bundestagsabgeordnete sind ihrem Gewissen unterworfen. Um aber das Volk effektiv vertreten zu können, sind sie sowohl auf verschiedene Formen der Politikberatung als auch auf Meinungsumfragen und den Dialog mit Verbandsvertretern, Bürgerinitiativen und anderen Formen der politischen Beteiligung angewiesen. Auch wenn nicht alle politischen Gruppen die Wissenschaft anerkennen, soll uns das nicht davon abhalten, immer wieder die unabhängige Expertise abzufragen und uns daran zu orientieren.

Wissenschaftliche Politikberatung kann und soll den allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs nicht ersetzen, aber sie kann diesen vorbereiten und sie soll ihn kritisch begleiten. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie, das Wort zu ergreifen, wenn Sie meinen, aus wissenschaftlicher Sicht gäbe es eine Fehlentwicklung. Die Komplexität von Sachverhalten hat dazu geführt, dass viele Entscheidungen nicht mehr ohne Expertenwissen gefällt werden können. Wichtig dabei ist, dass Politikberatung öffentlich und transparent sein sollte. Ist dies nicht der Fall, kann es zu Vertrauensverlusten kommen.

Ressortforschung in Deutschland geschieht über eigene, nachgeordnete wissenschaftliche Fachbehörden ebenso wie durch die externe Vergabe von Forschungsaufträgen. Ressortforschung bildet eine wichtige Brücke zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik. Eine wesentliche Aufgabe der Ressortforschung ist die wissenschaftliche Politikberatung. Im Jahr 2008 begann im Bereich der Ressortforschung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine Neuausrichtung hin zu mehr Zukunftsfähigkeit, Exzellenz und optimalem Ressourceneinsatz. Mit der Neuausrichtung haben wir die Voraussetzung für eine optimale und exzellente wissenschaftliche Beratung der Bundesregierung geschaffen und bereiten den Weg für die Wissensgesellschaft in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vor. Die Konzentration der Forschungsfelder und Vernetzung der Institute untereinander schaffen moderne und flexible Strukturen, die die Zukunftsfähigkeit der Ressortforschung unseres Hauses und damit auch die Zukunftsfähigkeit des BMELVs und unserer Entscheidungen sichern.

Unsere Ministerin hat den Wissenschaftsrat gebeten, in den Jahren 2012 bis 2016 eine Evaluierung der Ressortforschungseinrichtungen durchzuführen. Die Einrichtungen werden damit erstmals einzeln vom Wissenschaftsrat begutachtet. Vielleicht ergeben sich daraus Erkenntnisse, wie wir nachsteuern müssen, wie wir die Exzellenz unserer Einrichtungen weiterhin erhalten. Wissenschaftliche Gesellschaftsberatung muss grundsätzlich frei von nicht-wissenschaftlicher Einflussnahme sein. Das ist zwar allgemeiner Konsens, aber bei Weitem nicht immer praktische Realität. Zum Beispiel steht die medizinische Forschung oft vor dem Dilemma, dass einerseits viele Studien ohne die Wirtschaft überhaupt nicht durchzuführen sind; andererseits stellt sich die Frage, ob und wie unter diesen Rahmenbedingungen die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis einzuhalten sind.

Zweifellos gibt es wissenschaftliche Disziplinen, vor allem in der Grundlagenforschung, bei denen enge Kontakte zur Industrie nicht erforderlich sind. Wenn dann ausreichend öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, lässt sich das locker gestalten. In anderen Fällen jedoch ist die Zusammenarbeit mit der Industrie wünschenswert, nicht selten sogar erforderlich, beispielsweise um dort vorhandenes Wissen einzubeziehen oder um Prozessschritte besser zu verstehen. Egal, ob bei Weichmachern in Plastikspielzeug,

Bisphenol-A in Getränkedosen oder Druckfarben auf Cornflakes-Packungen, häufig haben die Hersteller und der Herstellungsprozess sowie die Art der Verwendung einen entscheidenden Einfluss auf mögliche Gesundheitsrisiken. In solchen Fällen kann eine enge Kooperation mit Unternehmen sinnvoll, ja sogar notwendig sein. In jedem Fall muss jedoch gewährleistet sein, dass Wissenschaftler unabhängig forschen können. Sie dürfen nicht von Herstellerinteressen geleitet werden, sondern müssen Freiräume haben; diese müssen auch geschützt sein.

Für die Kernkompetenz des BfR, der Bewertung von gesundheitlichen Risiken, bedeutet dies, dass sich Wissenschaftler auch bei unvollständiger Datenlage frei von Einflussnahmen und ausschließlich auf der Grundlage wissenschaftlicher Kriterien äußern dürfen und sollen. Einen solchen Fall haben wir beispielsweise in der Anfangsphase der EHEC-Krise erlebt. Im Mai 2011 warnte das BfR auf der Grundlage der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse vor dem Verzehr von Salatgurken, Tomaten und Blattsalaten in Norddeutschland. Später stellte sich heraus, dass der EHEC-Erreger durch kontaminierte Sprossen übertragen wurde. Über 50 Menschen sind an dieser Lebensmittelinfektion verstorben. Im Sinne des Vorsorgeprinzips war diese frühe Warnung sachgerecht und erforderlich. Sie diente dem gesundheitlichen Verbraucherschutz in Europa und in Deutschland. Die Verzehrwarnung des BfR fand damals ein enormes Echo in den Medien, sowohl national als auch international. In Folge wurden intensive politische Gespräche geführt. Vor allem zwischen Spanien und Deutschland gab es intensive Konsultationen, und noch immer laufen Verfahren, in denen Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden.

Wir haben seinerzeit eine Menge Geld zur Verfügung gestellt, um mögliche Schäden von Obst- und Gemüseerzeugern wieder auszugleichen. Ich sage es noch einmal: In der damaligen Situation war Ihre Entscheidung richtig, und sie muss in gleichartigen Fällen entsprechend des vorsorgenden Verbraucherschutzes genauso wieder getroffen werden, denn das Risiko, zu spät zu warnen, ist viel zu groß. Ein ähnliches Beispiel sind die mit Noroviren kontaminierten Erdbeeren aus China. Auch hier zeigte sich, dass wir doch relativ schnell in der Lage waren, die Rückverfolgung zu ermöglichen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Diesen und anderen wichtigen Fragen widmet sich das Bundesinstitut für Risikobewertung anlässlich des zehnjährigen Jubiläums und in dieser zweitägigen Konferenz. Ich kann Sie nur dazu beglückwünschen, dass Sie diese Einrichtung in dieser Form während der letzten zehn Jahre so entwickelt haben. Ich freue mich nicht nur auf diese Tagung, sondern hoffe, dass Sie neue Erkenntnisse gewinnen und damit die Expertise dieses Hauses weiter ausbauen. Glaubwürdigkeit und wissenschaftliche Expertise sind das Kapital des BfR und entscheidend für Ihre Außenwirkung. In diesem Sinne noch einmal herzlichen Glückwunsch, hohe Anerkennung für Ihre Arbeit und vor allen Dingen eine gute Zukunft.

Moderator: Vielen Dank. Begrüßen Sie Professor Armin Grunwald. Er hat in Physik promoviert und außerdem Mathematik und Philosophie studiert. Seit 1999 leitet er die Abteilung Technik, Folgenabschätzung und Systemanalyse beim Karlsruher Institut für Technologie, ferner das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag. Herzlich willkommen, Professor Grunwald.

Warum ist die Unabhängigkeit der Wissenschaft wichtig und worin besteht sie?

Professor Dr. Armin Grunwald,

Karlsruhe Institute of Technology (KIT)



Sehr geehrte Damen und Herren,

ganz herzlichen Dank für die Einladung. Ich habe mich darüber sehr gefreut, weil ich das Bundesinstitut für Risikobewertung sehr schätze und weil die Thematik der Tagung zum Nachdenken anregt. Mir hat es Spaß gemacht, den mir zugedachten Vortrag vorzubereiten und über die Unabhängigkeit der Wissenschaft nachzusinnen. Wenn ich jetzt hier eine Umfrage machen würde, ob Sie für oder gegen die Unabhängigkeit der Wissenschaft sind, ich vermute, das Ergebnis wäre nahe an kommunistischen Mehrheitsverhältnissen. Dennoch fällt es nicht so leicht, zu erklären, was es denn bedeutet und warum man es für wichtig hält.

Heute wird vielfach über Bedrohungen der wissenschaftlichen Unabhängigkeit geredet. Früher ging es noch darum, die Unabhängigkeit der Wissenschaften gegen die Mächte, gegen Fürsten und vielleicht gegen die Kirchen zu erkämpfen und zu erhalten. Heute wird die Bedrohungslage anders gesehen. Wir werden heute in einer Reihe von Vorträgen hören, wie diese Bedrohungslage eingeschätzt wird und was getan werden sollte, um dem hohen Gut der Unabhängigkeit der Wissenschaft Rechnung zu tragen. Wir haben implizit die Idee im Kopf, dass wissenschaftliche Unabhängigkeit etwas Gutes ist, eine Art Ideal, eine Zielvorstellung. Ich denke, meine Aufgabe heute ist es, etwas über dieses Ideal zu sagen, um dann zu betrachten, ob wir uns von diesem Ideal entfernen und wie gegebenenfalls umzusteuern ist. Dabei möchte ich auf folgende Punkte eingehen: Erstens: Was ist wissenschaftliche Unabhängigkeit? Zweitens: Wozu ist sie wichtig? Drittens: Worauf bezieht sie sich? Und Viertens: Gehört eine autonome Themensetzung zur Unabhängigkeit? Zum Schluss möchte ich auch etwas über die Grenzen sagen.

Was ist wissenschaftliche Unabhängigkeit? Ich verstehe darunter, dass die Wissenschaften, das heißt, die Menschen, die in einem System namens Wissenschaft in entsprechenden Einrichtungen arbeiten, ihre eigenen Angelegenheiten selbstverantwortlich regeln können. Autonomie ist vielleicht der passende Begriff dafür; ‚Autonomos‘ bedeutet im Griechischen Selbstgesetzgebung. So wie das Recht nach rechtlichen Maßstäben urteilen soll und nicht nach wirtschaftlichen oder nach politischen Gesichtspunkten, so sollen Wissenschaftler Erkenntnisse nach wissenschaftlichen Verfahren und Kriterien beurteilen und verbessern, und nicht nach politischen, ökonomischen oder anderen. So wie über den Ausgang von Sportwettkämpfen nicht politische Mehrheitsverhältnisse entscheiden und auch nicht die Höhe der finanziellen Unterstützung durch den Sponsor, sondern die Leistungskraft der

Athleten, so sollen eben im Bereich der Wissenschaft die wissenschaftliche Kreativität und die Kriterien der wissenschaftlichen Exzellenz darüber entscheiden, was jeweils unter einer soliden wissenschaftlichen Erkenntnis verstanden wird.

Diese Form der Selbstgesetzgebung möchte ich als Unabhängigkeit bezeichnen. Sie wurde im Laufe der Jahrhunderte, im Zuge der europäischen Aufklärung erkämpft. Heute steht diese Unabhängigkeit in der Diskussion, weil es unterschiedliche Erwartungen gibt und viele andere Kräfte auf das System Wissenschaft einwirken. Der Zweifel ist der wesentliche Mechanismus, der dieser Selbstgesetzgebung, der eigenständigen Fähigkeit, Wissenschaftliches von Nichtwissenschaftlichem zu unterscheiden, zugrunde liegt. Der Zweifel, der Disput, die wissenschaftliche Kontroverse, das ist das Medium, in dem sich die Wahrheits- und Erkenntnissuche der Wissenschaften manifestiert. Denkt man über die Bedrohung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit nach, dann sollte man darüber nachdenken, wo diese Formen der wissenschaftlichen Kritik, des Zweifels, des gegenseitigen Kritisierens und Lernens in Gefahr geraten.

Das funktioniert nur, wenn das Wissenschaftssystem ein hierarchiefreies System ist, in dem es keinen „Papst“ gibt, keinen Oberwissenschaftler, der bestimmt, was gute oder weniger gute Wissenschaft ist. Die Idealvorstellung ist, dass diejenigen Kritiker, die eine These eines Kollegen oder einer Kollegin in Frage stellen, beim nächsten Mal selbst die Kritisierten sein können. Hier herrscht eine vorgestellte Symmetrie zwischen denen, die wissenschaftliche Thesen vorbringen, und denen, die kritisieren und diese These zurückweisen, in Zweifel ziehen oder mit Gegenthesen dagegen ankämpfen. Diese Symmetrie ist nur vorstellbar ohne eine Zentralinstanz, die als Autorität über die Wissenschaftlichkeit entscheidet. Letztlich geht es hier um die Durchschlagskraft der Argumente, nicht um die Machtposition im Wissenschaftssystem. Auch Personen ohne Macht, wie Doktoranden und Doktorandinnen, sollten, so die theoretische Erwartung, in der Lage sein, durch ihre Ergebnisse bestehende wissenschaftliche Denkbauwerke, Paradigmen oder Theorien zu erschüttern. In der Tat gab es den Fall, dass ein Patentbeamter aus der Schweiz die Physik revolutioniert hat. Letztlich geht es um die Autonomie in der Bestimmung dessen, was wissenschaftlich gute Argumentationen sind und welche Methoden, Schluss- und Beweisverfahren zulässig sind.

Das kann im Einzelfall in den Disziplinen sehr unterschiedlich sein. Wenn man von angewandter Ethik bis hin zur Verfahrenstechnik oder über die Sozialwissenschaften und die Chemie nachdenkt, kommt man sicher zu sehr unterschiedlichen Verfahren. Unabhängigkeit meint aber immer das Gleiche, nämlich dass diese Wissenschaften selbst die Entscheidungsverfahren über die Wissenschaftlichkeit ihrer Erkenntnisse in der Hand haben, kein Fürst, kein Politiker, kein Unternehmer und auch nicht die Medien. Nun, wozu brauchen wir so etwas? Ist es nicht merkwürdig, dass eine Gesellschaft, die ja Erwartungen an Wissenschaft hat, es sogar gut findet, dass ein solches System ein hohes Maß an Unabhängigkeit in dieser Selbstgesetzgebung hat? Man könnte sich ja vorstellen, dass Wissenschaft auch ohne diese Selbstgesetzgebung funktioniert. Eine der Staatsdoktrin untergeordnete Wissenschaft in einem autoritären Staat könnte ja theoretisch auch gute Ergebnisse bringen; zumindest kann man das nicht logisch ausschließen. Wissenschaftliche Unabhängigkeit muss einen anderen Grund haben, eine andere Motivation.

Ich würde hier gerne ein Stück weit die europäische Geschichte bemühen, insbesondere die europäische Aufklärung als eine Zeit, in der sich die Wissenschaften unabhängig gemacht

haben. Hier wurde die Selbstgesetzgebung durchgesetzt; Philosophie und Wissenschaftstheorie haben die Argumente gegen die frühere Dominanz von Religionen und absolutistischen Herrscher geliefert. Der Kerngedanke meiner These besteht in Anlehnung an Jürgen Habermas darin, dass es zwischen der wissenschaftlichen Suche nach Wahrheit, nach wissenschaftlicher Erkenntnis, und der demokratischen Auseinandersetzung über bestimmte Entscheidungen in einem Gemeinwesen strukturelle Gemeinsamkeiten gibt. Das mag vielleicht den einen oder die andere von Ihnen verwundern. Aber wenn ich das Idealbild einer deliberativen Demokratie zugrunde lege, in der man nicht einfach alle vier oder fünf Jahre seine Stimme abgibt und ansonsten irgendwelche weit entfernten Politikerinnen und Politiker das Geschäft betreiben, dann ahnt man, dass hinter diesem Demokratiebild und auch dem wissenschaftlichen Erkenntnisstreben doch eine ähnliche Struktur steckt, nämlich das Prinzip des besseren Arguments. Letztlich sind beide Arenen auf den Zweifel, auf die Kritik, auf die Auseinandersetzung um diese Argumente angewiesen, damit sie funktionieren können.

Das ist natürlich ein normatives Ideal, aber dennoch, und auch da folge ich Habermas: Kontrafaktische normative Vorstellungen sind ja nicht deswegen falsch, weil sie in der Realität nicht umgesetzt sind. Das Gebot, man solle nicht töten, wird ja glücklicherweise nicht dadurch widerlegt, dass es jemand einmal nicht beachtet. So scheint es mir auch hier zu sein: Kontrafaktische Ideale über Unabhängigkeit von Wissenschaften nach den Prinzipien des guten Argumentierens behalten auch dann ihre Kraft, wenn sie nicht immer realisiert sind. Denn sie erlauben uns, sowohl Kritik zu üben als auch Verbesserungen im Sinne dieses Ideals einzuklagen. Wenn man das so versteht, dann wird erkennbar, dass der Sinn unabhängiger Wissenschaft nicht darin bestehen kann, objektive und vielleicht gar absolute Wahrheiten zu produzieren. Der Zweifel ist diesem System eingeschrieben, er ist unverzichtbares Medium seiner Weiterentwicklung und seiner Unabhängigkeit. Wissenschaft ist eben kein Hüter von Wahrheit, wie es vielleicht eine Priesterkaste in traditionellen Gesellschaften einmal war.

Ich möchte hier des Weiteren die These vertreten, dass wissenschaftliche Unabhängigkeit eine eigene Form der Legitimation für Wissensbestände schafft. Diese Legitimation sehe ich als zentral für das Funktionieren einer Demokratie an. Die Legitimationsleistung besteht darin, dass man sich von der Richtigkeit, der Adäquatheit und der Wissenschaftlichkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse jederzeit überzeugen können muss. Dies geschieht dadurch, dass man wissenschaftliche Erkenntnisse in Bezug auf ihre Voraussetzung, Theorie, Hintergründe, empirischen Ergebnisse etc. evaluiert. Dies reicht bis hin zu den letzten Grundlagen, wo wissenschaftliche Begriffe wie etwa der des Risikos – als einer der ganz zentralen Begriffe in diesem Haus – definiert werden, oder wo wissenschaftliche Messverfahren festgelegt werden. Das Messen von Risiken ist in vielerlei Hinsicht eine umstrittene Geschichte. Wissenschaftliche Erkenntnisse, die auf der Basis solcher Messverfahren entstehen, müssen sich auch nach den Voraussetzungen dieser Messverfahren befragen lassen.

Zusammengefasst bedeutet dies, dass ein komplexes Resultat der Wissenschaften im Prinzip in Argumentationsschritte zerlegbar sein sollte, so dass sich jeder Mensch von der zugrundeliegenden guten Argumentation überzeugen kann. Dies ist eine Form der Legitimation, die nur das Wissenschaftssystem bereitstellen kann. Keine Priester- oder Schamanenkaste in einer traditionellen Gesellschaft kann für diese Legitimationsleistung

sorgen. In einer Gesellschaft, wo traditionelle Glaubensautoritäten fehlen, ist diese Form der Legitimation von zentraler Bedeutung für die Rolle der Wissenschaften in der Demokratie und insbesondere in der wissenschaftlichen Politikberatung.

Das heißt, mit der Unabhängigkeit ist ein Versprechen auf Legitimationsleistung verbunden und damit wiederum eine Verpflichtung zur Transparenz. Wissenschaften müssen in der Lage sein, ihre Erkenntnisse transparent in aufzugliedern, damit sich jedermann von der Wissenschaftlichkeit dieser Aussagen überzeugen kann. Transparenz ist ein ganz zentraler Baustein eben dieses Gedankengebäudes der wissenschaftlichen Unabhängigkeit. Man kann nicht Unabhängigkeit beanspruchen, aber Transparenz verweigern. Ich glaube, das ist in sich logisch nicht möglich.

Für die Politikberatung ergeben sich daraus vielfältige Konsequenzen. Meiner Meinung nach hat wissenschaftliche Politikberatung wenig mit Fakten zu tun. Selbstverständlich darf Politikberatung nicht gegen die Faktenlage durchgeführt werden, aber sie kann sich nicht in der Vorbringung von Fakten erschöpfen. Im Übrigen steht sie immer unter dem Vorbehalt des Zweifels. Denn sie bezieht sich ja auf etwas, was noch nicht da ist, zum Beispiel auf die Energiewende, Regulierung, Lebensmittel oder das Vorsorgeprinzip im Zusammenhang mit Nano-Partikeln. Es geht um Dinge, die zu beschließen sind. Da spielen Annahmen, Bewertungen und Unsicherheiten hinein. Das ist kein Faktenwissen mehr, sondern es geht um das Vorbringen möglichst guter Argumente. Das erfordert immer wieder das Zurückgehen auf die Argumentationslage und die mit Transparenz verbundene Legitimationsleistung. Dies ist mein Ansatz, das Thema der wissenschaftlichen Unabhängigkeit mit einem demokratischen Gemeinwesen zu verbinden.

Nun, worauf bezieht sich die Unabhängigkeit der Wissenschaft? Natürlich zunächst, und zu allererst, auf die Ergebnisse. Bestellte wissenschaftliche Ergebnisse würden in einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung schnell als solche entlarvt werden und könnten die erforderliche Legitimationsleistung nicht erbringen. Wissenschaft arbeitet ergebnisoffen, unvoreingenommen in Bezug auf die Ergebnisse, die sich erst im Prozess der wissenschaftlichen Forschung, des Experimentierens, des Nachdenkens, der mathematischen Modellierung, etc. herausstellen. Vorher hat man Hypothesen, aber die Ergebnisse stellen sich erst im Laufe des Prozesses heraus. Das ist, glaube ich, ein einfacher Sachverhalt, wenngleich auch manchmal schwer realisierbar. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass aufkommende Zweifel jederzeit geäußert und offen ausgetragen werden können. Auch die Freiheit in der Methodenwahl und in der Qualitätssicherung gehört zur Unabhängigkeit der Wissenschaften. Im institutionellen Wissenschaftssystem braucht man außerdem Unabhängigkeit bei der Festlegung der Kriterien zur Beurteilung der Qualifikationsarbeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie bei der Evaluierung von Forschungseinrichtungen. Die Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen. Höchste Aufmerksamkeit verdient die Qualitätssicherung, denn nichts gefährdet das Ansehen der Wissenschaften so stark wie mangelhafte Qualitätssicherung. Ich darf an einige Doktorarbeiten der letzten Jahre erinnern.

Ich komme nun zum vierten Punkt: Gehört die Autonomie in der Themensetzung zur Unabhängigkeit der Wissenschaft? Mein Büro zum Beispiel arbeitet im Auftrag des Deutschen Bundestages. Der Bundestag bestimmt die Themen, zu denen er von uns beraten werden will. Im Vertrag sind wir aber dazu verpflichtet, die Arbeiten für den

Bundestag in wissenschaftlicher Unabhängigkeit durchzuführen. Das heißt, wir sind für die Methoden, die Ergebnisse, die Transparenz und die Legitimationsleistung zuständig. Das scheint sich nicht zu widersprechen. 20 Jahre Praxis liegen hinter uns und einige positive Begutachtungen. Die Helmholtz-Gemeinschaft, zu der das Karlsruher Institut für Technologie gehört, arbeitet im gesellschaftlichen Auftrag. Wer bestimmt, was der gesellschaftliche Auftrag ist? Nicht wir Wissenschaftler, sondern das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und auch ein Stück weit das Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi), die uns forschungspolitische Vorgaben auf den Weg geben. Danach müssen wir dann unsere Forschung ausrichten. Es ist nicht ganz so streng, wie es sich anhört: An den Vorgaben dürfen wir auch ein bisschen mitwirken; es gibt Aushandlungsprozesse und Dialoge. Aber das Wort Vorgabe sagt schon, hier herrscht keine Symmetrie, sondern es handelt sich eben um Vorgaben. Es funktioniert, auch wenn man im Rahmen dieser Vorgaben wissenschaftlich unabhängig arbeiten muss und für die Qualität der Ergebnisse gerade steht.

Ich glaube also, die Autonomie in der Themenwahl gehört nicht notwendig zur Unabhängigkeit der Wissenschaften. Vielmehr besteht hier ein graduelles Verhältnis. Es ist wichtig, dass das Wissenschaftssystem insgesamt genügend Freiräume auch für autonome Themensetzung hat, denn sonst würde es über die Themensetzung von außen in eine bestimmte Richtung geschoben. Es muss immer möglich sein, Grundlagenforschung in freier Themenwahl durchzuführen. Auch in der angewandten Forschung muss es kritische, unorthodoxe Forschung geben, die nicht dem „Mainstream“ folgt. Forscher sollten Alternativen entwickeln können, um eben nicht einer Entwicklung hinterher zu laufen, die alle im Moment verfolgen. Die Energiewende ist ein aktuelles Beispiel für solch eine Bewegung. Dafür müssen Vorkehrungen getroffen werden und wir werden auf der Konferenz noch darüber sprechen, um welche es sich handelt.

Ich möchte zum Schluss noch darauf eingehen, wie Unabhängigkeit gesichert werden kann. Erstens gibt es institutionelle Mechanismen mit Verpflichtungscharakter. Beispielsweise wird mein Büro für Technische Folgenabschätzung vom Karlsruher Institut für Technologie betrieben; ich unterliege als Leiter des Büros in Berlin aber nicht den Weisungen meines Karlsruher Präsidenten. Das ist in dem Vertrag zwischen Bundestag und Karlsruhe festgehalten. Der Grund ist klar: Der Bundestag möchte nicht, dass das Karlsruher Institut, früher ein durchaus starker Stakeholder in nuklearen Fragen, das Berliner Büro für eigene Lobby-Zwecke nutzt. Deshalb gibt es eine institutionelle Vorkehrung.

Der zweite Punkt betrifft die finanzielle Ausstattung. In einer Entwicklung, die durch steigenden Drittmitteldruck gekennzeichnet ist, ist die Unabhängigkeit der Forschung in Gefahr. Wir werden auch darüber noch sprechen. Drittens bedarf es eines freien Publikationswesens. Der wissenschaftliche Diskurs, der Streit, die Kontroversen, der Zweifel, all das braucht Medienplattformen und damit Möglichkeiten der Entfaltung. Man muss wissenschaftliche Ergebnisse auffindbar veröffentlichen, um sie anschließend diskutieren und auch kritisieren zu können. Wir brauchen eine lebendige „Scientific Community“, die diese Aufgabe übernimmt und nicht durch Karrieredruck, Konformismus und vielleicht das Schielen auf irgendwelche Drittmitteltöpfe so kompromittiert wird, dass dieser Selbstkorrekturmechanismus der Wissenschaften nicht mehr funktioniert. Da sehe ich eine ernsthafte Gefahr, weil der Wettbewerbsdruck so stark geworden ist. Wir stoßen gelegentlich

an Grenzen, wenn ein prinzipiell positiver Wettbewerb so übersteuert wird, dass er selbstzerstörerische Effekte in Gang setzt.

Lassen Sie mich abschließend die Grenzen der wissenschaftlichen Unabhängigkeit ansprechen. Ich glaube, es gibt sie, und zwar nicht nur in der Realität, sondern auch vom Prinzip her. Wissenschaft ist autonom im beschriebenen Sinn, aber sie ist nicht autark. Sie braucht die Finanzierung durch die Gesellschaft. Zu Recht ist diese Finanzierung häufig an Auflagen gebunden, zum Beispiel bei der Themensetzung. Das ist eine Einschränkung, die ich für unproblematisch halte, sofern es genügend andere Räume gibt, wo sie sich thematisch frei entfalten kann. Es gibt aber auch systemimmanente Grenzen der Unabhängigkeit, weil Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nie nur normativen Idealen des besten Argumentes hinterherlaufen, sondern auch zu Interessenvertretern in eigener Sache werden. Das ist durchaus psychologisch verständlich und normal. Sobald jemand institutionelle Verantwortung trägt, gehört es ja geradezu zur Pflicht, sich für die eigenen Belange einzusetzen.

Auch hierbei ist wiederum entscheidend, dass sich der wissenschaftliche Diskurs, die Kontroverse, die Auseinandersetzung entfalten kann. Wir bewegen uns immer in den Spannungsfeldern zwischen normativen Erwartungen und Idealen auf der einen Seite und den Kräften, die dagegen arbeiten, sei es, weil sie aus dem System selbst kommen oder von außen auf dieses System einwirken. Ich finde gerade dieses Spannungsfeld zwischen den bestehenden Idealen und der Realität spannend. Vielen Dank an das BfR für die Wahl dieses Themas. Herzlichen Glückwunsch, ich hoffe auf weitere Erkenntnisse und vor allen Dingen: Bleiben Sie weiter auf diesem Weg der wissenschaftlichen Unabhängigkeit in gesellschaftlicher Verantwortung. Herzlichen Dank.

Moderator: Vielen Dank, Ich begrüße jetzt ganz herzlich den Altmeister der deutschen Wissenschaftspolitik, Dr. Heinz Riesenhuber. Er ist Chemiker, seit 1976 im Bundestag und war von 1982 bis 1993 Bundesminister für Forschung und Technologie. Dr. Riesenhuber ist jetzt Alterspräsident des 17. Deutschen Bundestages. Herzlich willkommen.

Die Unabhängigkeit der Wissenschaft – ein Trugbild?

Dr. Heinz Riesenhuber,

Alterspräsident des Deutschen Bundestags, Berlin



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich sehr für diese Einladung und für die freundliche Begrüßung. Vor allem aber möchte ich zunächst dem BfR gratulieren für die ersten zehn Jahre seiner Arbeit mit einem Auftrag, der immer noch in einem durchaus nicht durchnormierten Gelände stattfindet. Insofern ist eine Stakeholderkonferenz zum zehnten Jahrestag eine sehr angemessene Idee. Die Frage nach der Einschätzung des bislang Erreichten, nach neuen Strategien, Methoden und nach dem eigenen Selbstverständnis ist für alle Beteiligten relevant.

Ihr Auftrag besteht darin, dass Sie uns Orientierungswissen in einer immer komplexeren Welt vermitteln. Das betrifft nicht nur die Forschung selbst, sondern ist eine Metafrage zur Forschung. Es geht darum, dass man Forschung versteht, sie zusammenfasst, abwägt, nicht nur kompiliert, sondern auch wertet. Sie erarbeiten etwas, das für die Orientierung in einer komplexen Situation notwendig ist. Sie liefern Entscheidungsgrundlagen. Im Idealfall, und da, Herr Grunwald, könnten wir eine kleine kontroverse Diskussion führen, ist das, was Sie sagen, präzise getrennt von dem, was Sie daraus ableiten. Sie müssen hier das beste verfügbare Wissen darstellen, aber die Grenze zur Wertung und zur Empfehlung müsste so präzise sein, dass jeder Einzelne noch die Möglichkeit hat, auf der Grundlage des von Ihnen erarbeiteten Wissens selbst Entscheidungen zu fällen. Die Problematik per se ist alt. In „Il Principe“ spricht Niccolò Machiavelli davon, dass der Politiker seine Entscheidungen auf dem besten verfügbaren Wissen gründen soll. Das ist ein Idealfall. In der Regel kann die Wissenschaft lange denken, bevor sie was sagt. Der Politiker muss schnell entscheiden, hoffentlich nicht, bevor er gedacht hat. Aus diesem Dilemma müssen Sie uns herausführen.

Wie geht das? Empirisch wurde das in den vergangenen Jahrhunderten auf verschiedene Weise versucht. Die Royal Academy in London wurde 1660 gegründet. Ihren ersten „Technology Assessment“-Bericht zum Zustand der Wälder hat sie 1664 herausgebracht. Die Royal Academy hat sich die Themen zum Teil selber gesetzt, zum Teil wurde sie gefragt. Was später in ganz unterschiedlichen Adhoc-Kommissionen über die Jahrhunderte entstanden ist, war ziemlich exemplarisch.

Auch in Deutschland gab es eine Akademie. Als ich die Ehre hatte, vor der Royal Academy eine Rede zu halten, betonte der Präsident voll unverhohlenem Stolz, sie sei die älteste Akademie der Welt. Ich entgegnete ihm, ja, er habe Recht, mit einer Ausnahme – die

Leopoldina ist noch ein paar Jahre älter. Sie hat in den vergangenen Jahrhunderten nicht die staatenübergreifende Bekanntheit und den Glanz der Royal Society erreicht. Ihr umfassendes Renommee nahm erst in diesem Jahrtausend wieder zu, aber sie hat über die Zeit schon durchaus einen vergleichbaren Diskurs bei der Aufarbeitung von Problemen geführt.

Vor allem im 19. Jahrhundert wuchs der Dialog zwischen den Herrschenden und der Wissenschaft. Die Gründung der technischen Universitäten etwa war eine Empfehlung der Wissenschaft, nachdem sie den Fürsten klar gemacht hatte, dass sich künftiger Wohlstand im Wesentlichen auf die praktische Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse gründet. Daraus entstand die Gründerzeit in Deutschland, und zwar in einem iterativen Prozess zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, flankiert von politischen Grundsatzentscheidungen. Die nächsten 80 bis 100 Jahre waren, soweit ich das beurteilen kann, in dieser Hinsicht nicht so fruchtbar. Wenn ein Staat Kriege führt, tritt das „Technology Assessment“ zugunsten anderer Kriterien in den Hintergrund. Wenn Sie sich dann die Entwicklung in der Aufbauzeit nach dem zweiten Weltkrieg ansehen, scheint mir die Rede von Präsident Nixon zur Lage der Nation 1970 einer der interessantesten und weitgehend vergessenen Ausgangspunkte gewesen zu sein. Darin betrachtete er zum ersten Mal die Welt, die Umwelt, als ein System, das uns herausfordert, etwas, womit wir umgehen müssen. Dahinter steht im Grunde die Herausforderung durch einen immer schnelleren Wissenszuwachs: Das Wissen der Menschheit verdoppelt sich alle vier Jahre. Damit wird Altes nicht irrelevant. Kernwissen bleibt, aber die Vielfältigkeit der Verzweigungen und die Vielfalt der Informationen, die herangezogen werden, um komplexe Fragen zu lösen, werden immer größer. Was damals sichtbar wurde, war der Blick auf eine komplexere Welt. Wenn wir mehr wissen, dann können wir mehr tun. Weil wir mehr tun können, sind wir für das, was wir tun, in einem höheren Maße verantwortlich. Und weil wir dafür verantwortlich sind, müssen wir es verstehen, um richtig handeln zu können.

So entstand 1972 in den USA das Office of Technology Assessment – ich gehe heute nicht auf die Szenarien des Club of Rome und auch nicht auf einzelne andere Vorstöße ein. Das Office of Technology Assessment existierte bis 1995. Die Gründe für seine Schließung ergaben sich vermutlich aus der Überzeugung eines Teils der Abgeordneten, dass seine Bewertungen zu sehr von einem anderen Teil der Abgeordneten geprägt seien. Das ist die höflichste Form der Begründung, die ich finden konnte. Wenn so etwas passiert, ist Wissenschaft nicht mehr friedensstiftend, sondern Anlass zur Kontroverse auf einem grundsätzlichen Niveau. Das führt dazu, dass eine solche Einrichtung nicht mehr hilfreich ist, sich sogar selbst zerstört. Das Office of Technology Assessment hat in seiner Zeit 750 Studien gemacht, die zum Teil strukturell simpel sind, aber durch eine exzellente Professionalität bestechen. Der Transport von Explosivstoffen ist ein nicht besonders komplexes Thema, aber wenn dieses professionell nach allen Gesichtspunkten behandelt wird, einschließlich des Eingreifens des Menschen, dann wird das eine tolle Arbeit. Die Einrichtung befasste sich auch mit auch komplexeren Themen, etwa dem sauren Regen, mit Klimafragen bis hin zu Interaktionen mit der Gesellschaft. In dieser Zeit gab es einen Stamm von exzellenten Wissenschaftlern, hoch engagiert, aber mit einer nüchternen Einstellung gegenüber dem Ergebnis ihrer Untersuchungen. Kurz, bevor das Office of Technology Assessment seine Arbeit einstellte, waren seine Ergebnisse in der Tat nicht ohne „Bias“.

Wir haben versucht, in Deutschland eine vergleichbare Institution zu gründen. Der erste Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 1973 ist souverän abgelehnt worden. Ich habe dann 1977/78 mit großer konspirativer Kunst zusammen mit einem Kollegen aus der SPD-Fraktion versucht, die damalige Regierungspartei einzubeziehen. Ich glaube, es war der einzige Antrag aus dieser Zeit, der von einer Regierungsfraktion und einer Oppositionsfraktion gemeinsam unterschrieben wurde. Als dann allerdings der Kollege Steger damit in die SPD-Fraktion kam, hielt der damalige Fraktionsvorsitzende Wehner eine flammende Rede dagegen; er warf ihm vor, er wolle die Opposition schlau machen. Über ein derartiges Verständnis von Politik kann man streiten, die Sache war jedenfalls damit zunächst gestorben. 1985 haben wir dann die Enquete-Kommission zur Technikfolgenabschätzung eingesetzt. 1990 folgte die Einrichtung des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag und 2002 die Gründung Ihres Instituts. Seither begleiten Sie uns mit Intelligenz und Sachverstand.

Es gab auch Versuche, die scheiterten, wie zum Beispiel die TA-Akademie in Baden-Württemberg. Ich kann hier nicht alle erprobten Ansätze im Einzelnen beschreiben. Auch die heute gängigen Instrumente der wissenschaftlichen Politikberatung möchte ich nur kurz streifen: Wir haben Sachverständigenräte mit unterschiedlichen, teilweise gesetzlich festgelegten Aufträgen. Wir setzen Enquete-Kommissionen zu definierten Themen ein, in denen Bundestagsabgeordnete mit Wissenschaftlern zusammenarbeiten und Berichte erstellen, die Grundlage für eine Gesetzgebung sein können. Wir haben Anhörungen, zu denen wir Wissenschaftler unterschiedlicher Positionen einladen. Schließlich gibt es außerdem informelle Gremien.

Eine der großen erfreulichen Entwicklungen besteht in einem Erstarren der Akademiellandschaft. Den Vorschlag, aus der Leopoldina eine nationale Akademie zu machen, hatte die Leopoldina direkt nach der Wiedervereinigung noch abgelehnt, weil sie sich diese Aufgabe damals nicht zutraute. Aber seit 2008 nimmt sie ihre Aufgabe als nationale Akademie wahr. Sie hat den Auftrag und das Selbstverständnis, Stellung zu nehmen zu selbst gewählten Themen und zu solchen, nach denen sie gefragt wird. Acatech als eine technische Akademie wurde vor zehn Jahren gegründet. Auch diese Einrichtung arbeitet mit der Leopoldina, anderen Akademien und gelegentlich auch mit der Ressortforschung zusammen. Das heißt, wir haben in Deutschland momentan eine stärkere Landschaft der Politikberatung als jemals zuvor.

Es stellt sich die Frage nach der Rezeption dieses Beratungsangebots durch die Politik. Denn der Politiker ist am Schluss der Adressat dieser Aktivitäten. Da gibt es einige Anforderungen, die erfüllt sein müssen. Wünschenswert wäre zum Beispiel, dass das, was dem Politiker vorgelegt wird, in verständlicher Sprache geschrieben ist. Das ist nicht immer selbstverständlich. Es gibt sozialwissenschaftliche Arbeiten von großer Faszinationskraft und geschliffener Intelligenz, bei denen es keine Freude macht, sie zu lesen. Man wartet voller Spannung auf das Ergebnis und auf eine Einordnung seiner Bedeutung für die Realität und ist am Ende verwirrt, wenn auch auf höherem Niveau. Das heißt, die Art der Vermittlung ist entscheidend. Wenn sie nicht stimmt, dann ist die Intelligenz dahinter virtuell.

Eine andere Frage, die heute schon diskutiert wurde, betrifft die Verlässlichkeit des Ergebnisses. Ist es wirklich unabhängig? Oder ist es mit einem „Bias“ behaftet? Unter Wissenschaftlern kann man schon mal Unsinn reden, das fliegt einem ziemlich schnell um

die Ohren. Aber die Öffentlichkeit muss sich darauf verlassen können, dass das stimmt, was nach den besten Normen und den höchsten Ansprüchen der Wissenschaft vorgetragen wird: Wird sie in dieser Hinsicht enttäuscht, dann folgt eine Katastrophe des Misstrauens. Dann dringt die Wissenschaft nicht mehr durch, weder mit ihren guten noch mit ihren schlechten Nachrichten.

Die Frage, wie Wissenschaft in der Öffentlichkeit durchdringt, ist ohnehin ein großes Problem. Nach Tschernobyl gab es viele Leute, die keinen Salat mehr verzehrten, weil sie der Meinung waren, er sei strahlenbelastet. Ich habe damals Wissenschaftler gefragt, wie viel Salat man essen muss, um die gesetzlichen Grenzwerte zu erreichen. Die Antwort lautete: 68 Kilo pro Tag. In die Öffentlichkeit gelangte diese Antwort einspaltig als Kuriosum auf Seite sieben einer Tageszeitung. Es ist eine grundsätzliche Frage, wie präsent Wissenschaft ist, wie vertrauenswürdig, wie prägend für das Wissen in der Öffentlichkeit.

Dem schließt sich eine weitere grundsätzliche Frage an: Wie schaffen wir es, dass nicht einzelne Forscher ihre persönlichen Thesen zu Lasten der Glaubwürdigkeit des gesamten Wissenschaftssystems vertreten? Diese Versuchung kann aus verschiedenen Gründen entstehen, etwa aus einer finanziellen Abhängigkeit heraus oder durch die Einbindung in ein System. Nur wenn man Kenntnis über derartige Hintergründe hat, kann Transparenz entstehen. Man muss die Hintergründe einer wissenschaftlichen Bewertung kennen und wissen, an welcher Stelle ein „Bias“ existieren könnte. Ich hatte zum Beispiel 1978 den ehrenvollen Auftrag, ein Energieprogramm für die CDU zu schreiben. Damals gab es so etwas noch nicht, folglich musste man die Zusammenhänge erst einmal begreifen und in eine Struktur bringen. Wie immer, ist das Stellen kluger Fragen sehr viel schwieriger als die Formulierung vernünftiger Antworten. Es gab damals nur eine begrenzte Zahl von Leuten, die das Thema im Querschnitt bearbeitet haben. Aber es gab die Energieindustrie. Die habe ich dann nach den einzelnen Energiearten Kohle, Öl, Gas und Kernenergie befragt. Daraus entstand eine ziemlich zutreffende Darstellung der Wirklichkeit, weil man den „Bias“ kannte.

Wie kann es dem einzelnen Politiker gelingen, sich in diesem undurchschaubaren Dschungel von Wahrheiten zurechtzufinden? Dabei werden durchaus verschiedene Strategien verfolgt. Man kann zum Beispiel auf Publikationen zurückgreifen. Aber wenn wir beispielsweise über die Euro-Krise sprechen, begegnet uns ein Sternenhimmel unterschiedlicher Meinungen, und in der Regel nur über partielle Aspekte. Daraus ein Urteil zu gewinnen, ist keine ganz einfache Sache. Trotzdem müssen wir handeln, wir können den Dingen nicht einfach ihren Lauf lassen. In Anbetracht der Tatsache, dass die Stakeholder, beispielsweise aus der Bankenindustrie, über Jahre nicht an der öffentlichen Diskussion teilnahmen, ergab sich eine unvollständige Diskussion, die es schwer macht, die Wirklichkeiten zu erkennen. Daraus ergibt sich ein weiterer Wunsch: die öffentliche Diskussion über sämtliche relevanten Aspekte eines Themas, und zwar unter Beteiligung aller Stakeholder.

Die Wissenschaft sollte nicht einfach darauf warten, dass sie Aufträge erhält, sondern proaktiv relevante Themen aufgreifen. Es kommt nicht sehr oft vor, dass die Wissenschaft sichtbar früher argumentiert als die Politik. Das Ozonloch ist eine Ausnahme, es wurde zuerst von der Wissenschaft thematisiert. Ein amerikanischer Wissenschaftler erhielt dafür den Nobelpreis. Die Politik reagierte innerhalb kürzester Frist darauf, auch in Deutschland. Die Montreal-Konferenz setzte die Grenzwerte für Fluorkohlenwasserstoffe fest; Europa reagierte zwei Jahre vor dem Zeitplan von Montreal, Deutschland war zwei Jahre schneller

als Europa. Bei anderen Themen hat die Wissenschaft nichts gemerkt, zum Beispiel bei der „Subprime Crisis“. Es gibt praktisch keinen Wissenschaftler, der vorhergesagt hat, dass uns diese amerikanischen Hypothekendarlehen um die Ohren fliegen. Zur Deutschen Einheit sagte mir ein exzellenter amerikanischer Historiker, jeder aus seiner Zunft könne hinterher erklären, dass die Wiedervereinigung unvermeidlich und notwendig gewesen sei, aber keiner habe sie vorhergesagt. Rechtzeitig relevante Risiken und Entwicklungen zu benennen und Vorschläge zum Umgang damit abzugeben, stellt eine große Herausforderung dar.

Das frühzeitige Adressieren von Fragen ist auch für den Bereich Ethik von Bedeutung. Hans Jonas hat 1979 sein Buch „Das Prinzip Verantwortung“ veröffentlicht. Die Reaktion in der politischen Öffentlichkeit war gleich Null. In meinem Amt als Forschungsminister ging ich Ende 1982 auf die Kirchen zu mit der Bitte um eine Stellungnahme zu Fragen im medizinischen Umgang mit menschlichem Erbgut. Beide großen Kirchen gaben zur Antwort, das seien faszinierende Fragen, über die sie noch nicht nachgedacht hätten, über die sie aber gerne diskutieren würden. Mir wäre es lieber gewesen, der Anstoß zur Diskussion wäre von den Kirchen ausgegangen. Es stellte sich heraus, dass wir auf die drängenden Fragen in diesem Bereich nicht vorbereitet waren: Was ist aus medizinischer Sicht möglich? Was davon werden wir dürfen? Ich habe 50 Leute zwei Tage im Forschungsministerium zusammengesperrt, um diese Fragen zu diskutieren. Die Diskussion war absolut chaotisch. Anschließend gründeten wir die Benda-Kommission. Nach sechs Jahren, 1990, verabschiedeten wir dann das Embryonenschutzgesetz, dem eine sehr große Mehrheit im Bundestag zugestimmt hat, weil es sachlich ausdiskutiert, abgewogen und in einem transparenten Dialogprozess erarbeitet worden war. Voraussetzung dafür sind unabhängige Wissenschaftler, die nur den Gesetzen der Wissenschaft unterworfen sind, soweit es ihre Arbeit betrifft. Dass es darüber hinaus wünschenswert wäre, wenn sich Wissenschaftler auch als engagierte Bürger in der Welt bewegen, ist eine zweite Frage.

Die Anzahl der Wissenschaftler im Deutschen Bundestag ist relativ begrenzt. Als ich vor längerer Zeit in den Bundestag kam, war ich nicht nur der einzige Chemiker in der CDU-Fraktion, sondern der einzige Naturwissenschaftler im Bundestag. Das mag zwar zu hohen Gefühlen Anlass geben, aber den Dialog in der Sache fördert es nicht unbedingt. Deshalb werbe ich für mehr Wissenschaftler in allen politischen Ämtern. Vielleicht erwägen Sie, eine solche Arbeit eine Zeitlang auf sich zu nehmen, sei es in den Kommunen, im Landtag, im Bundestag, in den Parteien, in Verbänden, überall dort, wo Meinung gebildet wird. Auch dies trägt dazu bei, dass Wissenschaft unabhängig wird. Denn nur dann, wenn ein Grundverständnis für Wissenschaft in der Öffentlichkeit lebendig ist, besteht real die Chance, aus diesem Wissen heraus Meinungen und Entscheidungen mit zu gestalten.

In diesem Sinn überbringe ich Ihrem Haus meine Glückwünsche. Ich freue mich schon jetzt, zu sehen, was Sie und Ihre 750 Mitarbeiter in den nächsten zehn Jahren erreicht haben werden. Dann wollen wir voller Bewunderung der Rede eines Wissenschaftlers aus Ihren Reihen lauschen, der seit acht Jahren im Deutschen Bundestag zu Hause ist und dort die Meinung mit Sachverstand und Engagement geprägt hat. Ich glaube fest daran, dass unsere Gesellschaft mit ein bisschen mehr Rationalität besser funktionieren kann. Gewiss, ohne Rationalität handelt es sich meist bequemer; aber am Ende erweist es sich als nützlich, mit Verstand an eine Sache heranzugehen.

Moderator: Vielen Dank, Herr Riesenhuber, für diesen lebhaften Vortrag. Der nächste Sprecher, Dr. Roger Pielke, ist Mathematiker und Politikwissenschaftler. Er leitet das Programm für Umweltstudien am Cooperative Institute for Research in Environmental Sciences in Boulder, Colorado. Zuvor war er Direktor am Center for Science and Technology Policy Research der Universität of Colorado in Boulder. Herzlich willkommen!

Wissenschaftliche Integrität versus politischer Konflikt: Sind diese kompatibel?

Dr. Roger Pielke Jr.

*Center for Science and Technology Policy
Research, USA*



Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die freundliche Einführung. Erlauben Sie auch mir, dem BfR zu gratulieren. Ich denke, wissenschaftspolitische Einrichtungen sind in unserer Gesellschaft ausgesprochen wichtig und schützenswert, daher sind Feiern wie die am heutigen Abend sehr wichtig. Hier ist die Antwort auf den Titel meiner Präsentation: Ja, wissenschaftliche Integrität ist mit politischem Konflikt vereinbar, aber ich bin überzeugt, dass wir die Integrität der Wissenschaft nur durch eine Einbeziehung von Wissenschaftlern in den Entscheidungsprozess erhalten können, nicht aber durch Abstand. Letztendlich muss die Expertengemeinde Führerschaft beweisen, um die Integrität der Wissenschaft zu gewährleisten. Unglücklicherweise können wir Wissenschaftler uns nicht darauf verlassen, dass der politische Prozess das für uns erledigt.

Gestern Abend habe ich im Olympiastadion ein Fußballspiel verfolgen können. Beim Fußball sind die Schiedsrichter auf dem Rasen sehr wichtig für die Integrität des Spiels. Die Schiedsrichter werden gern von den Fans beider Seiten lautstark beschimpft – vielleicht hat das BfR ähnliche Erfahrungen gemacht. Würde ich aber als Zuschauer aufstehen und die Schiedsrichter bejubeln, deren Job es ist, unabhängig zu bleiben, dann würde das befremdlich wirken. Dieses Beispiel zeigt sehr gut die Situation wissenschaftlicher Organisationen. Wenn es um Themen wie Energie, Klimawandel und genetisch veränderte Organismen geht, bezieht jeder bereitwillig Stellung. Nur ein kleiner Personenkreis unterbricht für einen Moment die Debatten und redet über die Integrität der Institutionen und die Personen, die diese Entscheidungen fällen. In meiner heutigen Präsentation möchte ich mich auf die Integrität der Institutionen konzentrieren, die die Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft bilden. Dabei will ich drei Punkte aufzeigen, und zwar mit Hilfe verschiedener Fallstudien.

Lassen Sie mich mit dem Hurrikan Sandy in den Vereinigten Staaten beginnen. An diesem Beispiel möchte ich zeigen, wie die Wissenschaft in einem Entscheidungsprozess untergehen kann, wenn die Institutionen nicht gut entwickelt sind. Sie haben sicher alle von Hurrikan Sandy gehört; Ich habe „Hurrikan“ in Anführungszeichen gesetzt, weil zum Zeitpunkt des Landfalls möglicherweise gar kein Hurrikan mehr war. Der Sturm verursachte einen Gesamtschaden von 20 bis 50 Milliarden Dollar. Bei den meisten Versicherungen gibt

es eine Selbstbeteiligung von ungefähr 1000 bis 2000 Dollar, zahlbar durch den Hauseigner, bevor die Versicherung den Rest übernimmt. In mehreren Staaten entlang der amerikanischen Küste kann es nun vorkommen, dass der Hauseigner ein, fünf oder gar zehn Prozent des Eigentumswertes zahlen muss, bevor der Versicherer den ersten Cent herausrückt. Hier geht es darum, den Hauseignern ein in die Zukunft gerichtetes Preissignal zu senden, das ihnen die Risiken bewusst macht, die sie eingehen, wenn sie an einer Küste bauen, an der Stürme auftreten können. Es erwies sich, dass das National Hurricane Center, also die für das Aufspüren solcher Stürme zuständige Regierungsbehörde, Hurrikan Sandy knapp eine Stunde, bevor er auf Land traf, zu einem post-tropischen Sturm herabgestuft hatte.

Ich kenne einige der Wissenschaftler am Hurricane Center und ich bin sicher, dass ihnen nicht bewusst war, dass sie gerade eine Entscheidung im Wert von über 20 Milliarden Dollar trafen. Experten, die mit dem Übergang eines Tropenzyklons in einen extratropischen Zyklon vertraut sind, wissen, dass dieser Vorgang für gewöhnlich viele Stunden, wenn nicht gar Tage dauert; hier gibt es keine klare rote Trennlinie. Trotzdem wurde die Entscheidung eine Stunde vor dem Landfall getroffen und sie sorgte für viel Ärger und Aufregung, weil die Selbstbeteiligungsregelung dadurch nicht mehr galt. Die Versicherungsindustrie kündigte an, sie werde das National Hurricane Center der USA wegen dieser Entscheidung verklagen. Der Gouverneur von New Jersey erließ daraufhin eine Verordnung, nach der es verboten war, Sandy als Hurrikan zu bezeichnen. In der Folge trat auch Senator Schumer aus New York auf den Plan; er schrieb einen Brief an das National Hurricane Center und seine Mutterbehörde.

In diesem Fall ist die Wissenschaft an einem Prozess gescheitert, der sich zu einer ausschließlich politischen Erwägung darüber entwickelte hatte, wer zahlt und wer die Kosten des Sturms trägt. Das Problem begann damit, dass Staaten Gesetze über Hurrikan-Selbstbeteiligungen verabschiedeten, ohne über eine Einrichtung zu verfügen, die in der Lage war, festzulegen, was ein Hurrikan ist. Vielleicht war das Auftreten eines Sturms wie Sandy nicht vorhersehbar, aber die Staaten vertrauten auf normale wissenschaftliche Mechanismen eines regulatorischen Verfahrens, das politisiert wurde.

Dieses warnende Beispiel soll zeigen, wie wichtig es ist, Institutionen zu haben, die ihren Zweck erfüllen, wenn es um informierte Entscheidungsfindung geht. Ist die Stellungnahme erst in den politischen Prozess eingedrungen, werden Entscheidungen nicht aufgrund der Eigenschaften des Sturms getroffen, sondern unter dem Einfluss derer, die in der politischen Diskussion gewinnen und verlieren. Ich hatte die Gelegenheit, den Leitfaden des BfR zur Gesundheitsbewertung durchzulesen. Es enthält viele der besten Praktiken an dieser schwierigen Schnittstelle. Ich will sie nicht alle aufzählen, aber beim Lesen wird klar, dass es erhebliche Unterschiede gibt zwischen der Wissenschaft im Dienst der Politik und der akademischen Wissenschaft, die um ihrer selbst willen betrieben wird. Selbst Einrichtungen wie das BfR oder das National Hurricane Center garantieren keinen Schutz vor der Politik.

Ich nenne Ihnen ein anderes Beispiel. Ich war Mitglied im Bewertungsteam, das die Leistung des Nationalen Wetterdienstes bei der großen Flut des Red River in Nord Dakota 1997 beurteilen sollte. Die Flut, die vom abfließenden Wasser der Schneeschmelze verursacht wurde, erstreckte sich über das gesamte Red River Tal und betraf die Städte Fargo und Winnipeg, aber am stärksten betraf sie Grand Forks. Der Nationale Wetterdienst NWS

verfügte schon lange über eine Vorhersage, nach der die Hochwassermarke bei 49 Fuß liegen würde, was dem höchsten Stand der Flut von 1979 entsprach. Trotz einer großen Unsicherheitsmarge veröffentlichten sie nur eine Zahl, weil sie der Öffentlichkeit eine deutliche Botschaft vermitteln wollten. Die Städte hatten es auch geschafft, ihre Deiche bis zu dieser Höhe auszubauen, aber der Fluss stieg weiter und über die genannte Grenze hinaus. Als wir die Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit befragten, stellte sich heraus, dass die vom NWS gesandte Nachricht völlig anders interpretiert worden war, als sie von den Experten gemeint war: die Entscheidungsträger verstanden, dass diese Flut das Niveau von 1979 nur um etwa 10 cm überschreiten würde – was ihnen nicht besonders viel erschien. Das NWS hatte versucht, eine Strategie, eine Botschaft an den politischen Entscheidungsprozess, in Zahlen auszudrücken – heute wissen wir, dass das keine gute Idee ist. Während des Beratungsprozesses sprach ich mit dem Bürgermeister von East Grand Forks und fragte ihn, ob er lieber das ganze Ausmaß der Unsicherheit bei der Vorhersage gewusst hätte. Seine Antwort war „Nein“; seiner Meinung nach würde eine einzelne Zahl, hinter der der Wetterdienst steht, ausreichen, um seine Entscheidung darüber zu leiten, wie hoch die Deiche zu bauen sind und welche Teile der Stadt geflutet werden würden. Und wenn diese eine Zahl falsch wäre, könnte man das nicht ihm anlasten, sondern es wäre der Fehler der Experten.

Diese Erfahrung illustriert ein echtes Problem. Experten versuchen, Botschaften zu senden, und Politiker empfangen unter Umständen ganz andere Nachrichten: In diesem Verfahren fand sich an keiner Stelle ein gesunder Respekt vor Unsicherheit, vor dem Nicht-Wissen. Das macht es für Einrichtungen wie das BfR zu einer Herausforderung, unliebsame Nachrichten zu überbringen. Im Fall von Grand Forks sollte der Scheitelpunkt gemäß den Bewertungen der Wissenschaftler irgendwo zwischen 45 und 55 Fuß liegen: Den Politikern hätte diese Nachricht eine schwierige Entscheidung über den Umgang mit Unsicherheit abverlangt. Den Wissenschaftler gelang es nicht, diese Unsicherheit weiter zu reduzieren.

Was ich über Grand Forks berichtet habe, geschieht weltweit ständig. Ich erinnere an den früheren Premierminister von Dänemark, der auf der Wissenschaftskonferenz im Vorfeld der Klimakonferenz von Kopenhagen 2009 sprach. Er erklärte, am Ende des Tages müssten Politiker abschließende Entscheidungen treffen und bräuchten dafür die Hilfe der Wissenschaft, um diesen Prozess in die richtige Richtung zu lenken. Wissenschaftler sollten daher feste Ziele und sichere Zahlen liefern und nicht zu viele Erwägungen zu Unsicherheiten und Risiken. Genau diese Botschaft bekam ich auch vom Bürgermeister von East Grand Forks; sie geht zurück auf die Idee, dass Wissenschaftler den Politikern die Arbeit erleichtern, indem sie Unsicherheiten und Bereiche der Unwissenheit gar nicht erst ansprechen.

Vor einigen Wochen sagte Yvo de Boer, der frühere Geschäftsführer der UN-Klimarahmenkonvention, der nächste Bericht des IPCC würde für jeden beängstigend ausfallen. Wir haben heute schon etwas über den IPCC gehört; dort wird versucht, Angst in der Bevölkerung zu schüren, um die Bereitschaft zu einem Wandel in der Energiepolitik zu erhöhen, aber diese Strategie ist nicht überall aufgegangen, und es schien, als hätte das IPCC die Lektion nicht ganz verstanden. Ich will darauf hinweisen, dass von allen mir bekannten Wissenschaftsorganisationen der IPCC die einzige ist, die ohne formelle Richtlinien zu Interessenkonflikten operiert. Also geht es nicht einfach darum, eine auf Wissenschaft basierende Botschaft zu vermitteln.

Hier ist noch ein Beispiel. Ich war Mitglied des Ausschusses für die Amerikanische Vereinigung zur Förderung der Wissenschaften (AAAS), zusammen mit dem derzeitigen US-Abgeordneten Bill Foster. Er sagte, Wissenschaftler sollten davon ausgehen, dass die von ihnen gelieferten Informationen im Lauf des politischen Prozesses unweigerlich verzerrt würden. Dann stellte er eine schwierige ethische Frage: Wenn ein Wissenschaftler sich dieser Gefahr bewusst ist, wie weit sollte er seine Botschaft vorab verzerren in der Hoffnung, das Ergebnis würde der Wirklichkeit näher kommen? Wir können uns über diese Überlegung lustig machen, aber ich habe an mehreren Diskussionen mit Wissenschaftlern teilgenommen, die diesen Ratschlag ernst nehmen. Nichtsdestotrotz bewirkt dieses Rezept langfristig, dass Glaubwürdigkeit, Nutzen und Wirkung von Wissenschaft völlig abhanden kommen, und doch ist es Teil des Problems bei der Zusammenarbeit mit der Politik. In L'Aquila behauptete ein Amateurwissenschaftler auf Grundlage eigener Studien mit Radongas, die anscheinend wenig oder keinen wissenschaftlichen Wert besaßen, es werde bald ein großes Erdbeben geben. Die lokalen Behörden versammelten ihre Regierungswissenschaftler zu einer Pressekonferenz, um zu zeigen, dass dieser Kerl nicht wusste, wovon er sprach. Sie sendeten die Botschaft, dass kein Grund zur Sorge über ein Erdbeben vorliege. Nun erweist sich, dass sie sich ihrer Sache doch allzu sicher waren. Ich bin kein Experte für italienisches Recht, und ich verstehe, dass hier noch weitere Stufen der Untersuchung durchlaufen werden müssen, aber dies ist ein Fall, wo Wissenschaftler nachweislich im politischen Prozess benutzt wurden, um eine Botschaft zu übermitteln.

Ich denke, es ist sehr schwierig für Wissenschaftsorganisationen, den Politikern, denen sie dienen, die Stirn zu bieten. Dies ist ein Bereich, in dem Unabhängigkeit vonnöten ist. Es ist die Unabhängigkeit, über Ungewissheiten offen reden zu können, willens zu sein, eine Führungsposition einzunehmen und sich von niemandem benutzen zu lassen. Aber wie funktioniert das in der Praxis? In meinem Buch „Der ehrliche Makler“ versuche ich, Experten einen Satz von Optionen für das Verständnis vom Engagement im politischen Prozess an die Hand zu geben. Ich will das mit Hilfe eines kleinen Gedankenspiels durchgehen. Stellen Sie sich bitte vor, ich komme gerade in Berlin an und frage Sie, wohin ich zum Abendessen ausgehen kann. In diesem Beispiel sind Sie der lokale Experte und ich der Entscheidungsträger. Sie können jetzt auf verschiedene Weise reagieren; ich möchte mich nur auf drei Optionen konzentrieren: den Wissenschaftler, der sich wie ein Satellit im Orbit verhält, den Lobbyisten und den ehrlichen Makler politischer Alternativen. Jede dieser Kategorien spiegelt verschiedene Arten des Umgangs mit dem System wider.

Im ersten Fall verhält sich der Wissenschaftler wie die Concierge in meinem Hotel. Ich kann sie nach drei bayerischen Restaurants in Fußnähe oder nach der nächsten Pizzeria fragen. In diesem Fall steuert der Entscheidungsträger das Gespräch, während der Experte nur als Quelle zur Beantwortung von Fragen fungiert. In ähnlicher Weise kann ein Politiker zu einem Experten gehen und ihm eine Frage stellen, was dem einfachen Einsatz der Wissenschaft als Werkzeug gleichkommt. Ich würde der Concierge nicht erzählen, was ich bevorzuge. Ich würde sie auch nicht nach ihren Vorlieben fragen. Diese Art Interaktion sehen wir in wissenschaftlichen Beratergremien ständig. Sie arbeiten mehr oder weniger erfolgreich. Aus Sheila Gessners Pionierarbeit wissen wir, dass der politische Beratungsprozess oftmals hochgradig politisiert ist; verschiedene Interessen spielen mit hinein, zum Beispiel Geschäftsinteressen von Firmen oder politische Interessen der Regierung. Daher ist es sehr wichtig, diesen Prozess so zu strukturieren, dass er legitimiert, vertrauenswürdig und glaubhaft ist.

Warum führen die Entscheidungen wissenschaftlicher Beratungsgremien nicht zwangsläufig zu bestimmten Handlungen? In den Vereinigten Staaten wird schon seit einigen Jahren über die sogenannte „Pille danach“ diskutiert. Unter der Bush-Administration wurde die amerikanische Arzneimittelzulassungsbehörde FDA um eine Beurteilung gebeten, ob es für dieses bestimmte Verhütungsmittel ein sicheres Mindestalter gibt. Das FDA-Gremium kam zu dem Schluss, dass die Pille danach für 13-jährige Mädchen ebenso sicher ist wie für 34-jährige Frauen. Die Bush-Administration zweifelte diese Einschätzung an und legte die Altersgrenze auf 18 Jahre fest. Interessanterweise stand die Obama-Administration vor etwa einem Jahr vor der gleichen Frage und das FDA-Gremium wiederholte, es gäbe keine Altersbeschränkung bezüglich der Sicherheit. Auch die Obama-Administration folgte nicht dieser Einschätzung und benutzte das gleiche Argument wie zuvor: Jeder wisse, dass Mädchen und Frauen sich unterscheiden. Sie legten die Altersgrenze auf 17 Jahre fest.

Natürlich stand Präsident Obama zum Zeitpunkt dieser Entscheidung vor der Präsidentschaftswahl; das letzte, was er wollte, war eine schmutzige Debatte über Abtreibung bzw. über die elterliche Einwilligung in eine Abtreibung. Daher handelte er genau wie die Bush-Regierung und entschied auf der Basis politischer Interessen und nicht auf der Basis von Wissenschaft. Dennoch: In der New York Times oder dem Science Magazine wurde seine Entscheidung als eine auf Wissenschaft basierende Entscheidung bezeichnet. So lassen wir es zu, dass Ergebnisse auf der Basis wissenschaftlicher Erwägungen innerhalb unserer Gemeinschaft politisiert werden. Wenn wir als Wissenschaftler sagen, dass die Wissenschaft eine bestimmte Entscheidung nötig macht (egal, ob es um den Bau eines Damms geht oder um die Zulassung eines Medikaments), dann laden wir geradezu dazu ein, unsere Arbeit zu politisieren. Es mag frustrierend sein, aber der Wissenschaftler, der sich wie ein ferngesteuerter Satellit im Orbit verhält, taugt nicht zur Beeinflussung politischer Ergebnisse, sondern dient als Ressource in unseren demokratischen Regierungssystemen.

Wenden wir uns wieder unserer eingangs beschriebenen Rolle als Lobbyvertreter zu, der in demokratischen Systemen Ergebnisse zu beeinflussen sucht. Auf die Frage nach einem Restaurant in Hotelnähe könnten Sie mir etwa eine Karte mit allen Berliner Fastfoodrestaurants von McDonalds geben. Sie belügen mich nicht, Sie stellen Informationen nicht falsch dar, Sie versuchen lediglich, mich zu einer bestimmten Entscheidung zu drängen und meine Auswahl einzuschränken. Die Arbeit von Lobbyisten, die sich für ein bestimmtes Thema einsetzen, bildet weltweit die Grundlage der meisten demokratischen Systeme; sie ist durchaus ehrenwert. Sollten Sie als Wissenschaftler beschließen, Fürsprecher für eine bestimmte Sache zu werden, dann ist das wundervoll. Aber Ihre Schlussfolgerungen ziehen Sie dann nicht allein auf der Grundlage von Wissenschaft.

Vor langer Zeit hat der Präsident der amerikanischen Akademie der Wissenschaften behauptet, dass ein Wissenschaftler, der Lobbyarbeit betreibt, einen Teil seiner wissenschaftlichen Glaubwürdigkeit verliert. Das mag stimmen, aber ein Wissenschaftler, der so tut, als sei er kein Lobbyist, aber in Wirklichkeit einer ist, würde den Zerfall der wissenschaftlichen Glaubwürdigkeit ebenso vorantreiben. Daher ist mein Rat an Wissenschaftler: Wenn Sie Lobbyarbeit betreiben wollen, nur zu. Es ist sehr wichtig und verbessert die Funktion der Demokratie. Aber tun Sie nicht so, als würde die Wissenschaft einen zur Lobbyarbeit treiben.

Die dritte und letzte Option in unserem Fall ist der ehrliche Makler politischer Alternativen. Um bei der Metapher zu bleiben: Könnten Sie mir einen Reiseführer geben, dann wüsste ich nicht, wo ich essen soll, aber Sie würden mir zumindest die bestehenden Möglichkeiten aufzeigen. Es könnte natürlich frustrierend sein, die Gelegenheit zur Beeinflussung des Ergebnisses nicht zu ergreifen und das Recht der Politiker auf eine schlechte Entscheidung zu respektieren. Darüber muss jeder von uns selber entscheiden, aber soweit es Einrichtungen betrifft, die Wissenschaft und Politik verbinden, würde ich mich vehement für einen ehrlichen Makler aussprechen. Nicht alle Entscheidungen erfordern einen ehrlichen Makler, aber einige der schwierigsten und am stärksten politisierten Entscheidungen würden von dieser Rolle profitieren. Der Umgang mit ehrlichen Maklern ist uns allen geläufig. So nutzen wir etwa Reisewebseiten, und ich für mein Teil finde diese Webseiten äußerst nützlich, weil sie ein Spektrum an Auswahlmöglichkeiten bieten.

Die Institutionalisierung garantiert keinen Schutz vor der Politik oder politischem Erfolg. Um die Integrität seiner Arbeit muss sich der Wissenschaftler letztendlich selbst kümmern. Sind wissenschaftliche Integrität und politischer Konflikt also vereinbar? Ich meine: ja, die Wissenschaft ist sehr wichtig für die Entscheidungen, die wir treffen, aber es würde nichts bringen, Grenzlinien zwischen Wissenschaft und Politik zu ziehen. Uns stehen verschiedene Mittel des Zusammenwirkens zur Verfügung; wir sollten sehr deutlich und offen damit umgehen, wie wir dieses Zusammenwirken gestalten, um weise Entscheidungen zu treffen. Ich betreibe ein Weblog, in dem ich über diese Dinge schreibe, Sie sind herzlich eingeladen, zu partizipieren. Vielen herzlichen Dank.

Moderator: Danke, Dr. Pielke. Unsere nächste Rednerin kommt aus Parma in Italien. Catherine Geslain-Lanéelle ist seit 2006 Geschäftsführerin der Europäischen Behörde für Nahrungsmittelsicherheit, EFSA. Davor bekleidete sie verschiedene verantwortungsvolle Stellen innerhalb der Lebensmittelbranche. Im Jahr 2000, auf dem Höhepunkt der BSE-Krise, war sie Leiterin der Nahrungsmittelabteilung im französischen Landwirtschaftsministerium.

Die Unabhängigkeit wissenschaftlicher Beratung in Europa

Dr. Catherine Geslain-Lanéelle,

*Direktorin der Europäischen Behörde für
Lebensmittelsicherheit (EFSA)*



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte die Gelegenheit nutzen, dem BfR zu seinen Erfolgen im vergangenen Jahrzehnt zu gratulieren. Für eine Organisation sind zehn Jahre eine kurze Zeit, aber es ist sehr beeindruckend, welchen Ruf Sie sich in Europa bereits aufgebaut haben. Sie sind zu einem verlässlichen Partner geworden, nicht nur für die EFSA, sondern auch für die anderen nationalen Organisationen, die sich nach der BSE-Krise gebildet haben.

Heute sind wir hier versammelt, um ein sehr wichtiges Thema zu diskutieren, und ich möchte Ihnen gerne die Erfahrung einer Organisation wie der EFSA näher bringen, die in Zusammenarbeit mit anderen europäischen Behörden wissenschaftlichen Rat bieten. Ich würde ich gerne drei Hauptthemen behandeln: Warum hat sich die EFSA mit Unabhängigkeit beschäftigt und was haben wir getan, um sicherzustellen, dass wir eine unbefangene wissenschaftliche Beratung durchführen? Zweitens: Haben wir diese Anforderung erfüllt? Ist es uns darüber hinaus gelungen, das Vertrauen zu erlangen, das für uns als öffentliche Organisation wesentlich ist? Last, but not least möchte ich Ihnen einige unserer Gedanken zu den Herausforderungen unabhängiger wissenschaftlicher Beratung darlegen.

Beginnen wir also mit dem ersten Thema. Dass wir vieles mit dem BfR gemeinsam haben, dürfte jedem klar sein. Ich habe bereits erwähnt, dass wir gegründet wurden als Antwort auf die BSE-Krise und die Lebensmittelskandale der 1990er Jahre. BSE, Dioxin und viele andere Themen haben das Vertrauen der Konsumenten und den Ruf der nationalen und europäischen Lebensmittelsysteme schwer beschädigt, die dem Schutz der Konsumenten dienen sollten. Das allgemeine Lebensmittelgesetz, das ebenfalls seinen zehnten Jahrestag feiert, war ein kühner und visionärer Schritt. Es führte zu einer Trennung von Wissenschaft und Politik und bestärkte die Rolle der Wissenschaft im Entscheidungsfindungsprozess, um sicherzustellen, dass Entscheidungen zum Schutz der menschlichen, tierischen und pflanzlichen Gesundheit auf wissenschaftlichen Beweisen beruhen. Die Geschehnisse in Deutschland spiegeln wider, was auf europäischer Ebene passiert ist. Wir wurden 2002 gegründet, um unabhängige wissenschaftliche Beratung durchzuführen und Risikokommunikation bei allen Fragen zu Lebensmittel und Lebensmittelsicherheit leisten. Wie gesagt, wir liefern keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse, sondern wir tragen das bestehende Wissen zusammen und übersetzen es in Wissen, das für Risikomanager von Nutzen sein kann. Wir versuchen, die Lücke zwischen Wissenschaft und Politik und zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu überbrücken, um sicherzustellen, dass die

Wissenschaft den Bürgern der EU dienlich ist. Darüber hinaus versuchen wir, sehr komplexe Themen in möglichst klare und einfache Erklärungen für Risikomanager und Laien zu übersetzen.

Aus der BSE-Krise haben wir gelernt, dass wissenschaftlicher Rat unabhängig entstehen soll, bevor eine Entscheidung zum Schutz der Sicherheit der Bevölkerung getroffen wird. Die Kernwerte der EFSA, wissenschaftliche Kompetenz, Transparenz und Offenheit, leiten sich direkt von dieser Erfahrung ab; in letzter Zeit haben wir auch noch Reaktionsfähigkeit mit aufgenommen. Dabei kommt es nicht nur auf perfekte Beratung an, sie sollte auch zum konkreten Ziel passen und wird gegebenenfalls sehr schnell benötigt.

Von meinem Vorredner haben wir interessante Kommentare zu diesen zentralen Fragen gehört. Dennoch muss unserer Meinung nach das Thema Unabhängigkeit im Vergleich zu den ersten beiden Präsentationen aus einem leicht veränderten Blickwinkel betrachtet werden. Denn während wir heute noch unsere Zusammenfassung über das gesamte Wissen zu einem bestimmten Thema liefern, wissen wir vielleicht schon, dass wir morgen eine etwas andere Botschaft geben müssen, je nachdem, wie die Krise sich entwickelt oder ob neue Einsichten in ihren Ursprung auftauchen. Das ist eine ziemliche Herausforderung. Um bereit zu sein, arbeiten wir in Parma mit 450 Angestellten, größtenteils Wissenschaftler und Kollegen mit Kommunikationskompetenz. Darüber hinaus stützen wir uns auf das Fachwissen der Mitgliedsstaaten, besonders auf nationale Wissenschaftsorganisationen wie das BfR, sowie auf Universitäten und Forschungsorganisationen. Wir haben ein Netzwerk mit über 2000 Wissenschaftlern mit multidisziplinärem Fachwissen aufgebaut.

Wie stellen wir sicher, dass unser wissenschaftlicher Rat unbefangen ist und nur von robuster Wissenschaft beeinflusst wird, nicht von sozialen, ethischen oder ökonomischen Erwägungen? Die sind in einer Gesellschaft natürlich legitim, aber sie liegen jenseits unseres Mandats. Nun, unser System gründet sich auf verschiedene Säulen. Die wichtigsten davon sind unsere Vorgehensweise und unsere Organisation des Entscheidungsfindungsprozesses in der EFSA. Wir haben sehr strikte, detaillierte und transparente Verfahren und Regelungen, um die Daten, die wir verwenden, ordentlich auszuwählen, um kompetente Experten mit relevantem Fachwissen in unserem Beschäftigungsfeld einzubinden und um beste Praktiken anzuwenden, etwa bei der systematischen Evaluation von Unsicherheiten. Wir befolgen diese Regeln nicht nur, wir stellen auch sicher, dass unsere Arbeitsweise für die Öffentlichkeit transparent ist, von den Rohdaten bis zum Endergebnis.

Weil wir so stark vom Fachwissen vieler wissenschaftlicher Experten aus Universitäten, Forschungsorganisationen oder nationalen Behörden abhängen, müssen wir sicherstellen, dass sie keine eigene Präferenz in unsere wissenschaftliche Beratung einbringen. Aus vielerlei Gründen arbeiten Wissenschaftler heute immer stärker mit der Industrie zusammen, sowohl auf nationaler als auf europäischer Ebene. Industrielle Kooperation ist für die nationale wie europäische öffentliche Forschung zu einer Notwendigkeit geworden, weil sie der Treibstoff ist für den Wissenstransfer, um der Gesellschaft innovative Lösungen zur Verfügung zu stellen. Natürlich hat das Konsequenzen – manche Wissenschaftler werden möglicherweise als Experten angesehen, die bei der Aufgabe einer guten wissenschaftlichen Beratung aufgrund ihrer Industriekontakte befangen sind. Daher beschloss die EFSA schon früh, ein System einzuführen, bei dem wir die mit uns zusammenarbeitenden

Wissenschaftler bitten, etwaige Interessen im Zusammenhang mit der Tätigkeit anzugeben, die sie mit uns ausüben werden.

Für unsere Unabhängigkeit und unseren wissenschaftlichen Entscheidungsfindungsprozess ist diese Offenlegung der Interessen eine der tragenden Säulen. Wir haben hier eine große Menge Erfahrung angehäuft. Wie man sieht, sind die Richtlinien der OECD auf diesem Gebiet nicht immer hilfreich, weil sie sich hauptsächlich auf die Arbeit der Beamten beziehen, die bei einer Organisation angestellt sind. Obwohl bei uns angestellte Wissenschaftler arbeiten, sind wir außerdem auf externe Wissenschaftler von Universitäten, Forschungsorganisationen und nationalen Lebensmittelsicherheitsbehörden angewiesen. Das macht die Sache komplex. Wir betrachten das Interesse unserer externen Experten nicht absolut. Vielmehr sehen wir uns jedes Mal, wenn wir denken, dass es einen Interessenkonflikt geben könnte, die Verbindung mit kommerziellen Partnern in dem Bereich an, in dem der oder die Betreffende mit uns arbeiten würde. Darüber hinaus könnten wir auch, abhängig von der Rolle des Wissenschaftlers bei uns, andere Vorstellungen darüber haben, wo ein potenzieller Interessenkonflikt liegen könnte. Ich gebe Ihnen ein paar Zahlen, nur um zu zeigen, was wir tun. Bei der EFSA bewerten wir jedes Jahr über 8000 Erklärungen von Interessenkonflikten der Experten, die mit uns arbeiten. Solange diese Erklärung nicht von uns akzeptiert wurde, können sie nicht an einem Meeting mit uns teilnehmen. Letztes Jahr zum Beispiel haben wir bei 350 Gelegenheiten Experten ganz oder teilweise von unseren Aktivitäten ausgeschlossen. Das ist das Ergebnis unserer Politik der Interessenkonflikterklärung. Ein anderes Schlüsselprinzip bei der EFSA besagt, dass ein Experte nicht seine eigene Arbeit rezensieren darf. Heutzutage ist jeder besorgt über wirtschaftliche Interessenkonflikte, aber der intellektuelle Interessenkonflikt kann ebenso wichtig sein.

Als nächstes stellt sich die Frage nach der Wirksamkeit unseres Verfahrens. Hat es unser Ziele, die unbefangene wissenschaftliche Beratung, unterstützt und hat es geholfen, Vertrauen in die wissenschaftliche Arbeit der EFSA aufzubauen? Ich würde sagen ja, aber hier muss ich natürlich meinen eigenen Interessenkonflikt anmelden. Nichtsdestotrotz habe ich das Gefühl, dass es uns eindeutig gelungen ist, Risikobeurteilung und Risikomanagement voneinander zu trennen. Es ist interessant zu sehen, wie sich der Schwerpunkt hier verschoben hat: Als die EFSA gegründet wurde, war man besorgt über einen potenziellen Einfluss der Politik auf die Wissenschaft. Heutzutage liegt der Schwerpunkt mehr auf der möglichen Beeinflussung unserer Arbeit durch die Industrie. Ich denke, diese Trennung ist uns gelungen. Dennoch erhielten wir wie viele andere Organisationen in diesem Bereich viel Aufmerksamkeit von Nichtregierungsorganisationen in kontrovers diskutierten Bereichen. Der Bereich der genveränderten Organismen (GMO) wurde schon erwähnt; es gibt aber noch andere, etwa die Nanotechnologie, neue Chemikalien wie Aspartam oder Bisphenol-A, wo uns einige dieser Organisationen vor Herausforderungen stellten.

Im Eurobarometer von 2010 hatten wir eine repräsentative Gruppe europäischer Bürger gefragt, ob die europäischen und nationalen Lebensmittelsicherheitsbehörden ihrer Meinung nach eine vertrauenswürdige, unabhängige wissenschaftliche Beratung liefern. Die überwältigende Mehrheit, nämlich 73 %, antwortete mit „Ja“. Das ist nicht schlecht, bedenkt man, dass europäische Gesellschaften mit einem Verlust des Vertrauens in öffentliche Behörden im Allgemeinen konfrontiert sind. Bei einigen kontroversen Themen wie den

gentechnisch veränderten Organismen fiel die Antwort allerdings weniger enthusiastisch aus. Man bemängelte, dass Wissenschaftler auf diesen Gebieten wahrscheinlich der Industrie zu nahe stehen. Typischerweise kritisieren die Bürger nicht die Wissenschaft, sondern eher die Wissenschaftler. Hier fällt es schwer, eine wissenschaftliche Debatte mit denen zu führen, die uns kritisieren, denn die Diskussion dreht sich hauptsächlich um den Interessenkonflikt. Diese Debatte ist für eine wissenschaftsbasierte Organisation wie die EFSA frustrierend; viel lieber würden wir über Wissenschaft diskutieren. Stattdessen stehen wir mit dem Rücken zur Wand und diskutieren über Interessenkonflikte. Die Bestätigung des europäischen Rechnungshofs, dass von den vier geprüften Behörden die EFSA und die EMA über das robusteste und am weitesten fortgeschrittene System beim Umgang mit Interessenkonflikten verfügt, hat uns sehr ermutigend. Natürlich wurden dabei auch einige Schwachstellen identifiziert. Niemand ist vollkommen. Diese Schwachstellen sind wir mit unserer neuen Strategie vom Dezember 2011 und durch die Umsetzungen im März 2012 angegangen.

Welche Herausforderungen stehen vor uns? Auf der Basis der erwähnten Prüfung werden wir uns auf die Durchsetzung unserer Regeln, unserer Strategie und unserer Verfahren konzentrieren. Wir wollen nicht einfach ein nettes Papier im Aktenschrank, wir wollen es mit Leben erfüllen. Darüber hinaus müssen wir es ordentlich erklären und der Öffentlichkeit vermitteln, sodass unsere Arbeitsweise für den Bürger transparent wird. Wir denken, dass damit langfristig Vertrauen aufgebaut wird.

Trotzdem bleiben noch viele Herausforderungen bestehen, die wir manchmal, aber nicht immer, lösen können. Obwohl unser Mandat lediglich die wissenschaftliche Beratung umfasst, werden wir manchmal, besonders von NGOs, kritisiert, weil wir auf dieser Beschränkung bestehen. Nun ja, wenn das alles ist, was wir zu beichten haben, dann sind wir stolz darauf. Die zweite Herausforderung liegt in der Komplexität unserer Arbeit begründet. Wir werden nicht nur gebeten, gesundheitliche Auswirkungen zu bewerten, sondern müssen auch die Auswirkungen auf die Umwelt berücksichtigen und die Risiken gegen den Nutzen bzw. die Wirksamkeit abzuwägen. Im Fall neuer Technologien und neuer Produkte sind nur sehr wenige Daten verfügbar; entsprechend groß ist die Unsicherheit. Der Schlüssel zur Lösung lautet Transparenz. Wir müssen sicherstellen, dass alle von uns verwendeten Daten und unsere Vorgehensweise offen gelegt werden. In dieser Hinsicht besteht noch Luft nach oben.

Abgesehen davon schreitet die Wissenschaft sehr schnell voran, was zu immer größeren Unsicherheiten führt. Wenn wir die Wissenschaft ins Zentrum des Entscheidungsfindungsprozesses stellen, sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene, dann könnten Politiker, Regierungen und Risikomanager versucht sein, sich hinter der Wissenschaft zu verstecken. Natürlich ist die Wissenschaft wichtig, aber bei dieser Entscheidung sind außerdem soziale, ökonomische und ethische Werte von Bedeutung. Ich denke, wir müssen weiter mit Risikomanagern und den anderen Beteiligten zusammenarbeiten, um die Arbeit aller so darzustellen, dass die Rolle und die Verantwortlichkeiten eines jeden von uns für den Bürger transparent sind. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass die Wissenschaftler die Macht übernommen haben und die einzigen sind, die die Entscheidung treffen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Moderator: Vielen Dank. Den nächsten Vortrag hält Professor Walter Krämer vom Institut für Wirtschafts- und Sozialstatistik der Technischen Universität Dortmund.

Unabhängige Politikberatung in Zeiten von Wirtschaftskrisen: Wie sieht die Wirklichkeit aus?

Professor Dr. Walter Krämer,

*Institut für Wirtschafts- und Sozialstatistik,
Technische Universität Dortmund*



Sehr geehrte Damen und Herren,

als einziger Ökonom unter den Referenten bin ich hier sozusagen ein Exot. Daneben bin ich übrigens auch noch Statistiker und könnte Ihnen einiges erzählen zu Themen wie Dioxin, Acrylamid, Asbest und BSE. Aber das habe ich heute nicht vor, denn der Anlass zu diesem Vortrag sind die aktuelle Eurokrise und ein Aufruf zur Besinnung, den ich dazu mit über 200 Kollegen und Kolleginnen im Sommer 2012 in die Welt gesetzt habe. Das war kurz nach dem 29. Juni 2012. Da hatte Frau Merkel auf dem Brüsseler Eurogipfel ein Dokument unterschrieben, wonach in Zukunft nicht nur schuldengeplagte Staaten als Ganze, sondern auch individuelle, vom Bankrott bedrohte Banken den großen europäischen Rettungsschirm in Anspruch nehmen dürfen. Mit dieser Unterschrift verdreifachte sich das Haftungsrisiko der soliden Staaten von drei Billionen auf rund neun Billionen Euro. Zur Erinnerung: Das ist knapp das Vierfache des bundesdeutschen Bruttonettoprodukts. Nach unserem Aufruf mussten wir uns einiges anhören. Finanzminister Schäuble soll vor Wut in die Tischkante gebissen haben, um es bildlich auszudrücken. Auf diese Reaktion der Politik komme ich gleich noch zurück.

Beginnen möchte ich mit einigen allgemeinen Gedanken zur Unabhängigkeit wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung. Denn die Eurokrise ist nicht die einzige wirtschaftliche Schiefelage, in der wir uns aktuell befinden. Ähnliche Ungleichgewichte drohen auch in der Gesundheits- und Rentenversicherung, in der Bildungspolitik und in der Sozialpolitik ganz allgemein. Überall mischen hier auch Ökonomen mit, manchmal gefragt, bisweilen ungefragt. Nebenbei: Die heutige Aussage von Herrn Riesenhuber, die Ökonomen hätten die Subprime-Krise nicht vorhergesagt, stimmt nicht ganz. Ich kenne selbst mindestens drei bis vier Dutzend Aufsätze von Fachkollegen, in denen bereits vor fünf Jahren dezidiert auf diese Risiken hingewiesen worden ist. Leider hat niemand hingehört.

Aber nun zum Beratungsgeschäft: Wir haben in Deutschland einige Einrichtungen, die sich institutionell mit wirtschaftspolitischer Politikberatung befassen. Bei einigen dieser Institute war ich selbst beteiligt, etwa acht Jahre als Vorsitzender des Wissenschaftsrates des RWI in Essen. Dann bin ich seit 20 Jahren Mitglied im gesundheitsökonomischen Ausschuss des Vereins für Sozialpolitik und war Mitglied im Beratergremium für den ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Insofern weiß ich aus erster Anschauung, wie

wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung hierzulande funktioniert. Ich möchte im Folgenden drei Varianten davon vorstellen.

Variante 1: Die Politik sieht vollständig ein, was die Wissenschaft empfiehlt, folgt diesen Empfehlungen aber nicht. Das ist die Lage etwa in der Gesundheits- und in der Bildungspolitik. Ökonomen-Aussagen speziell zur Gesundheitspolitik werden von Politikern immer wieder als zwar sachlich richtig, aber politisch illusorisch kommentiert. Als Horst Seehofer noch Staatssekretär im Gesundheitsministerium war, kamen wir nach einem Vortrag von mir zu den wirtschaftlichen Aspekten des deutschen Gesundheitswesens ins Gespräch: „Herr Krämer“, so sagte er sinngemäß, „Sie haben ja völlig recht, aber als Politiker kann ich es mir nicht erlauben, so etwas öffentlich zu sagen.“ Damit war für ihn die Debatte beendet. Hierher gehört auch die immer wieder von Politikern verbreitete Illusion von Kostenersparnis durch noch mehr Prävention im Gesundheitswesen. Wenn aber alle Raucher etwa aufhörten zu rauchen, würde unser Gesundheitswesen langfristig nicht billiger, sondern nur noch teurer. Natürlich kosten Raucher mehr, solange sie leben, aber klar ist auch, dass sie früher sterben. Auf das ganze Leben umgerechnet, kosten sie das Gesundheitswesen eher weniger als Nichtraucher. Sie sparen also Geld. Und erst recht wäre unsere Rentenversicherung ohne Raucher schon lange pleite. Das weiß jeder, aber mir wird Zynismus vorgeworfen, wenn ich es ausspreche. Seit wann ist die Wahrheit zynisch? Gewisse Wahrheiten werden eben von der Politik nicht gerne gehört.

Nehmen Sie ein anderes Thema: die Bildungspolitik, Stichwort Studiengebühren. Jeder Ökonom weiß, dass die Abwesenheit von Studiengebühren eine massive Subventionierung der Ober- und Mittelschichten durch die Unterschichten impliziert. Das weiß auch jeder SPD-Wissenschaftsminister. Aber da er seine gut verdienende Klientel und deren kostenlos studierenden Söhne und Töchter nicht verprellen will, sagt er es nicht. Diese Subventionierung von reich durch arm hatte übrigens schon Karl Marx sehr klar erkannt: „Wenn [...] auch ‚höhere‘ Unterrichtsanstalten unentgeltlich sind, so heißt das faktisch nur, den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel zu bestreiten“, schrieb er vor über 100 Jahren in seinem Kommentar zum Gothaer Programm der Sozialdemokraten. Karl Marx votierte entschieden für Studiengebühren, weil ohne sie „die höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel ... bestreiten“. Auch jeder andere Ökonom sagt das. Aber kein Politiker hört zu, weil es Wählerstimmen kostet. Soweit zur ersten Verhaltensweise: Selbst triviale Erkenntnisse aus den Wirtschaftswissenschaften werden unter den Teppich gekehrt. Sehr traurig.

Die zweite Variante des Umgangs mit wirtschaftswissenschaftlicher Fachkompetenz funktioniert wie folgt: Man kennt das Resultat vorher und sucht sich die Wissenschaftler aus, die zufällig genau dieser Meinung sind. Alle anderen bleiben ungefragt. Das ist etwa der Fall bei der „wissenschaftlichen“ Diskussion der Armut hierzulande. Dieser Tage wurde der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung der Öffentlichkeit übergeben. Beim ersten Bericht war ich noch selbst dabei. Danach nie wieder. Warum nicht? Weil ich diesen ganzen Ansatz für wissenschaftlich äußerst fragwürdig halte. Für groben Unfug sozusagen. Trotzdem erzeugen diese Armutsberichte haufenweise Schlagzeilen. Und wenn Sie dann in den Pressekommentaren das Kleingedruckte lesen, dann stellen Sie fest: Als arm gilt per Definition, wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens verdient. Überlegen Sie doch mal, was das bedeutet! Stellen Sie sich vor, unser aller Einkommen würde verdoppelt, verdrei- oder verzehnfacht. Was passiert mit denen, die weniger haben als

60 Prozent des Durchschnitts? Dieser Anteil bleibt stets der gleiche. Wie bei einem Schiff in einer Schleuse, bei dem der Anteil unter der Wasseroberfläche, sprich der Anteil der Menschen unterhalb der Armutsgrenze, immer der gleiche bleibt, egal wie hoch der Wasserspiegel alias der Wohlstand steigt, ist in dieser Definition die Armut quasi auf ewig eingebaut. Aber diese Einsicht suchen Sie in den offiziellen Abschlussberichten vergeblich, ihre Verfechter werden sozusagen politisch auf tot gestellt.

Nun komme ich zur dritten Variante. Die ist durch die Einstellung gekennzeichnet: Der Überbringer einer schlechten Nachricht ist selber schlecht. Früher wurden solche Leute einfach geköpft. Heute werden sie nur noch beschimpft. Diese dritte Variante beschämt mich immer wieder, wenn ich sie in Aktion verfolge. Sie läuft darauf hinaus, die Überbringer nicht ins Weltbild passender Nachrichten und die Urheber daraus abgeleiteter Empfehlungen systematisch zu diskreditieren.

Genau das geschieht derzeit im Fall der aktuellen Eurokrise. Sie glauben gar nicht, was ich mir nach dem Ökonomen-Appell alles anhören musste. Dabei ist die Lage sonnenklar. Der Euro in seiner aktuellen Ausgestaltung ist so gut wie klinisch tot. Griechenland müsste um 30 Prozent billiger werden, um auf dem Weltmarkt zu den gleichen Preisen anbieten zu können wie sein unmittelbarer Nachbar Türkei, und damit wieder in die Lage zu kommen, seinen inzwischen riesigen Schuldenberg jemals wieder auf legale Weise abzutragen. Diese Abwertung ist die *Conditio sine qua non* für eine wirtschaftliche Auferstehung dieses Landes. In Griechenland wird inzwischen sogar Schafskäse importiert, weil der eigene zu teuer ist. Als es die Drachme noch gab, war das einfach: Man wertete die Drachme ab. Innerhalb der Eurozone geht das nur dadurch, dass die griechischen Löhne, Preise und Gehälter um 30 Prozent sinken. Kennen Sie einen demokratischen Staat der Erde, in dem das auch nur ansatzweise denkbar wäre? Ich halte das für völlig ausgeschlossen. Das sagen auch alle Ökonomen und deshalb wird das griechische Drama nie ein Ende haben, solange Griechenland in der Eurozone bleibt. Das ist jedem Ökonomen völlig klar. Und ich glaube, es ist auch jedem Politiker klar, auch wenn es keiner zugibt. Aber wehe, Sie sagen das öffentlich, dann stehen Sie sofort in irgendeiner Schmutzlecke.

In mehreren Papieren der amerikanischen Kollegen Friedmann und Feldstein aus den mittleren 1990er Jahren können Sie die komplette spätere Eurokrise nachlesen. Die beiden wie viele andere Ökonomen auch haben Schritt für Schritt jeden Aspekt der Krise exakt so vorhergesagt, wie es wirklich gekommen ist. Die Autoren haben auch begründet, warum die Politik trotzdem macht, was sie will, und nicht auf die Ökonomen hört. Man nimmt die Kosten in Kauf für eine vermeintlich höhere, gute Sache. Ich selbst übrigens bin auch gerne bereit, für ein vereintes Europa einiges zu bezahlen. Aber man sagt den Wählern nicht die Kosten. Man sagt ihnen auch nicht, dass der Euro in seiner aktuellen Ausgestaltung nicht der Katalysator, wie immer behauptet, sondern der traurige Totengräber eines geeinten Europas ist. Wer dann dennoch darauf hinweist, ist automatisch ein Spielverderber. In meinen Augen ist das, was die deutsche Politik mit den Wählern gerade anstellt, ein Paradebeispiel für maximale Volksverdummung.

Ein weiterer Nebeneffekt der aktuellen Eurokrise ist die geradezu wahnsinnige Gelddruckerei, die im Moment stattfindet. Denn da die Südländer ihre Leistungsbilanzdefizite nicht mehr mit Krediten finanziert bekommen, drucken sie die Euros eben selbst. Im Moment fällt das nicht weiter auf, da diese Euros von den Zentralbanken der Nordbanken wieder eingesammelt

werden. Das sind die berühmten Target-Salden, die Sie alle kennen. Aber dieses Vorgehen lässt sich nicht ewig durchhalten und legt den Grundstein einer Inflation. Ich will die Details hier nicht weiter ausbreiten, Näheres dazu können Sie in einem aktuellen Bestseller meines Freundes Hans-Werner Sinn nachlesen, in dem die Mechanismen des Gelddruckens und der Konsequenzen ausführlich dargestellt werden. Inflation war schon immer das beste Mittel aller Schuldnerstaaten, ihre Schulden loszuwerden. Das ist nichts anderes als eine kalte Enteignung der kleinen Sparer und die haben keine Lobby, im Gegensatz zu den Großbanken und DAX-Konzernen, die alle am Euro prächtig verdienen. Zu meiner großen Freude sind allerdings die deutschen medialen Tonangeber, zum Beispiel der Spiegel, bei diesem Thema endlich aufgewacht,

Ich komme zu meinem nächsten und letzten Punkt, der Bankenkrise. Keine Frage, vielen Banken in Europa geht es derzeit sehr, sehr schlecht. Ich selbst übrigens bin Aktionär von dreien davon, der Deutschen Bank, der Commerzbank und der Bank of Ireland. Die Aktie der Bank of Ireland kostete vor einigen Jahren mehr als 20 Euro. Heute kostet sie neun Cent. Den Banken geht es deswegen schlecht, weil viele Posten auf ihrer Aktivseite dramatisch an Wert verloren haben. Im normalen Wirtschaftsleben folgt dann der Konkurs. Das schlagen wir auch im Ökonomenappell vor. Die Kapitalgeber, diejenigen, die den Banken das Geld geliehen haben, sollten auch für ihre Investitionen geradestehen und diese nötigenfalls abschreiben, wie das ein Teil der Aktionäre ja schon getan hat, die bereits gehörig zur Kasse gebeten worden sind. Die Unterzeichner des Ökonomenappells argumentieren, dass zunächst einmal die Eigentümer, also die Aktionäre, sowie die übrigen Kapitalgeber der Banken die Folgen dieser Fehlinvestitionen tragen sollten. Und sie können sie auch tragen, denn das mittlere Pro-Kopf-Vermögen in Griechenland und in Portugal ist nicht viel kleiner als unseres, und in Spanien und Italien sogar weit größer. Nicht zu reden von den rund 20 Billionen der zum großen Teil am Fiskus vorbeigeschmuggelten Euro der Superreichen, die derzeit weltweit in zahlreichen Steueroasen verwaltet werden.

Speziell diese Fremdkapitalgeber, die den Banken ihr Geld geliehen haben, die Großinvestoren, die Superreichen, werden durch die aktuelle Stabilisierungspolitik geschützt. Diese Großinvestoren scheinen weltweit die Politik recht gut im Griff zu haben. Vorschläge, die aktuellen Krisen doch auf deren Kosten und nicht auf Kosten der Steuerzahler zu kurieren, werden schon im Vorfeld auf geschickte Art und Weise abgeblockt. Deswegen habe ich auch meine Bankaktien noch nicht verkauft. Denn die Rechnung trägt, wenn es so weiter geht wie bisher, der Steuerzahler. Derzeit schickt sich die Bundesregierung an, einige marode Banken auf Zypern, die vor allem illegale Schwarzgeldmilliarden russischer Oligarchen bunkern, vor dem Bankrott zu retten. Natürlich ist mir auch die Zu-groß-zum-Pleitegehen-Problematik gut bekannt. Ich halte das aber in vielen Fällen nur für vorgeschoben. Speziell diesen Fall in Zypern halte ich es für einen Skandal allererster Größenordnung, dass deutsche Steuerzahler dafür bluten müssen, dass russische Multimilliardäre weiter die Früchte ihrer illegal außer Landes geschafften Gelder ungestraft genießen dürfen. Wenn diese ihr Geld bei einer Bank in Zypern angelegt haben und die Bank pleitegeht, dann sind sie das Geld eben los. Warum sollen wir dafür aufkommen?

Diese Diagnose der 240 deutschsprachigen Ökonomie-Professoren und -Professorinnen hat uns viel Feindschaft und böse Kritik eingebracht. Nach der Publikation des Aufrufs gab es wütende Proteste von verschiedenen Seiten. Zum einen kamen sie aus der Politik, denn welcher Politiker lässt sich schon gerne der Volksverdummung bezichtigen. Dann natürlich

aus der Wallstreet und aus all den Kreisen, deren Vermögen durch die aktuellen Wahnwitz-Rettungsaktionen gerettet werden sollen. Oder auch aus der deutschen Exportindustrie, vertreten durch das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln. Warum kamen auch von dort bitterböse Briefe? Ganz klar: BMW und Daimler bekommen die in die Krisenländern gelieferten Autos bezahlt, und zwar mit Euros, frisch gedruckt in Madrid oder Athen und damit indirekt geliehen von der Deutschen Bundesbank. Mit anderen Worten, die Exporteure lassen sich ihre Exporte von den Sparern und Steuerzahlern bezahlen. Viel Kritik kam auch von einigen Ökonomenkollegen selber. Ich habe etwa eine Reihe von Freunden an der Frankfurter Wirtschaftsfakultät, aber kein einziger von denen hat den Aufruf unterschrieben. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Generell sind überproportional viele der 240 Unterzeichner meines Aufrufs kurz vor der Pensionierung oder bereits pensioniert. Sie haben also nichts mehr zu verlieren und können sagen, was sie denken.

Daraus folgt im Umkehrschluss, dass viele Ökonomen, die noch etwas werden wollen, nicht sagen, was sie denken. Soll man ihnen daraus einen Vorwurf machen? Hier sage ich ganz im Sinne der Bibel: Wer ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein. Außerdem ist es auch für einen Wissenschaftler überhaupt nicht ehrenrührig, als Interessenvertreter aufzutreten, aber dann sollte man die Parteinahme nicht als Wissenschaft verkaufen.

Ich möchte abschließend für weitere Informationen und Details auf die Ausgabe des von mir herausgegebenen German Economic Review vom Januar 2013 verweisen. Ihrer besonderen Aufmerksamkeit empfehle ich dabei den Aufsatz der polnischen Kollegen Kawalec und Pytlarczyk über das Thema „Controlled Dismantlement of the Eurozone“. Die beiden argumentieren dabei so wie der ungarische Großinvestor George Soros, dessen Thesen Sie vielleicht aus den Medien kennen. Laut Soros ist nicht Griechenland, sondern Deutschland der Störenfried. Deutschland sollte besser die Eurozone verlassen. Das ist natürlich in Deutschland selbst der Gipfel aller Ketzerei. Aber durch Denkverbote wurde die Welt noch nie gerettet. Von meinen Ökonomenkollegen erwarte ich, dass sie sich diesen Denkverboten widersetzen. Ich hoffe, ich habe auch Sie durch meine Worte ein wenig zum Denken angeregt und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Moderator: Vielen Dank Professor Krämer für diese Demonstration unabhängiger, um nicht zu sagen, widerspenstiger Wissenschaft. Meine Damen und Herren, begrüßen Sie nun mit mir die ranghöchste Vertreterin der Europäischen Kommission für heute. Anne Glover aus Schottland ist Chief Scientific Adviser des Präsidenten der Europäischen Kommission und zuvor auch Scientific Adviser in Schottland. Sie ist aber auch Wissenschaftlerin mit einem Lehrstuhl für Molekular- und Zellbiologie.

Wie sieht die Wirklichkeit aus?

Professor Dr. Anne Glover,

*Oberste Wissenschaftsberaterin des Präsidenten
der Europäischen Kommission, Brüssel*



Sehr geehrte Damen und Herren,

beim Anhören der heutigen Präsentationen und Diskussionen konnte man fast ein wenig deprimiert werden, dabei besteht meiner Meinung nach gar kein Grund für eine pessimistische Haltung. Aus unserer Sicht haben wir ein System, das gut ist und in allen Bereichen funktioniert. Dennoch stimme ich mit meiner Vorrednerin überein, dass unser System nicht perfekt ist. Das stellt kein Problem dar, solange wir weiter gewillt sind, uns zu verbessern. Ich lade Sie zu einer kleinen Tour durch die Wissenschaft ein, auf der ich mit Ihnen die Themen diskutieren möchte, für die sich unser Einsatz lohnt. Welches Wissen wird benötigt, damit die Bürger Europas davon profitieren können? Und welche Rolle spielt die europäische Wissenschaft im globalen Maßstab?

Niemand würde bestreiten, dass Wissenschaft und Technik heute einen großen Teil des Lebens von jedem von uns ausmachen. Wir benutzen Technik für die Kommunikation; wir verlassen uns auf die Wissenschaft im Gesundheitswesen, im Umweltschutz oder in der Lebensmittelsicherheit, um sicherzustellen, dass niemand zu Schaden kommt. Wir lassen uns morgens von einem funkgesteuerten Wecker aufwecken, ein GPS-Navigationssystem zeigt uns den Weg zur Arbeit und mit dem Computer erledigen wir Geschäfte oder kommunizieren mit unseren Freunden. Jedes Werkzeug, das wir benutzen, entspringt Wissenschaft, Ingenieurwissenschaft und Technologie. Und doch ist das Vertrauen der Europäer in die Technik laut Eurobarometer in den letzten fünf Jahren erheblich gesunken. Mit Hilfe dieses Meinungsforschungssystems der Europäischen Union haben wir gefragt, ob die Technik das Leben der Menschen verbessert oder verschlechtert hat. 2005 sagten 75 Prozent der Teilnehmer an der Studie noch aus, dass die Technik ihr Leben verbessere und einen positiven Einfluss habe. 2010 dagegen machten sich viel mehr Menschen Sorgen wegen der Technik, und mehr Menschen fürchteten, dass sie sich nicht unbedingt positiv auf ihr Leben auswirke. Paradoxerweise sind die Büros oder Häuser der Betroffenen voll mit Technik, die sie sich auch gerne nutzen.

Wie kommt das? Ich denke, die Ergebnisse sagen etwas aus über die Risikotoleranz der Leute und ihre Risikobereitschaft. Ein Leben ohne Risiko ist einfach nicht möglich. Meiner Meinung nach ist das positiv, weil ich mich auch selbst als risikobereit einschätze; diese Haltung ermöglichte mir bisher – und hoffentlich auch in Zukunft – ein höchst aufregendes, zufriedenstellendes und produktives Leben. Meine Risikobereitschaft beruht auf der

Tatsache, dass ich bereit bin, sorgfältig das Für und Wider abzuwägen: Was wäre das Schlimmste, was passieren könnte? Wenn ich zu sterben drohte, würde mein Urteilsvermögen sofort einsetzen und mich zwingen, dieses Risiko zu analysieren. Aber bei vielen anderen Risiken sehe ich auch die mögliche Belohnung für das Risiko und entscheide, was im speziellen Fall die richtige Handlungsweise ist. Wir sprechen immer über Risiken, aber oft verlieren wir den Blick für die Belohnung.

Ich empfehle Ihnen, auf der nächsten Party, die Sie besuchen, einen Test durchzuführen. Sagen Sie das Wort Risiko und bitten Sie die Leute, spontan mit einem anderen Wort zu antworten, das ihnen gerade einfällt. Ich habe das ein paar Mal gemacht und natürlich war die häufigste Antwort „Gefahr“, während mir als erstes „Gelegenheit“ oder „Herausforderung“ einfällt.

Ich weiß nicht, wie ich dem entkommen bin, was ich die „europäische Krankheit“ nenne. Risikomanagement und Risikobewertung sind in erster Linie Hilfswerkzeuge, durch die wir vorankommen, Vorteile und neue Gelegenheiten wahrnehmen und dabei Risiken minimieren können. Wir können Risiken nicht abschaffen. Sie alle sind ein großes Risiko eingegangen, indem Sie heute hergekommen sind, oder Ihren Lunch essen. Aber die Belohnung ist, dass Sie am Leben sind (wenn Sie nicht essen, werden Sie mit Sicherheit sterben). Ich will hier keine vereinfachte Sichtweise darstellen, aber es ist eine Wahrheit, dass wir uns nicht nur mit dem Risiko beschäftigen müssen, sondern auch mit der Belohnung.

Ich habe ein schönes Beispiel gefunden, das die Fallstricke des Umgangs mit Risiken aufzeigt. 1929, als das Zeitalter des Stummfilms zu Ende ging, gab es eine Kampagne, die Kinogänger vor den Gefahren von Tonfilmen warnte, denn dabei könne das Gehör Schaden nehmen. Wer das sah, war möglicherweise sehr skeptisch gegenüber der neuen Technik. Natürlich war die Anzeige von Musikern geschaltet, die in Kinos Stummfilme begleiteten; sie hatten ein lebhaftes Interesse daran, die Gefahren des Hörens von Tonfilmen hervorzuheben. Roger Pielke hat uns heute Morgen schon eine Kategorie Menschen vorgestellt, die er Lobby-Vertreter nannte. Wenn wir also von einem Risiko hören, müssen wir auf jeden Fall darauf achten, wer uns was erzählt. Transparenz ist hierbei natürlich von entscheidender Bedeutung. Die Offenlegung von Interessenkonflikten ist ein sehr nützliches Werkzeug bei der Schaffung von Transparenz. Es hilft uns bei der Entscheidung, ob wir es mit einem Lobbyvertreter zu tun haben. Dennoch ist dieses Werkzeug nicht nur für Wissenschaftler gedacht, es hilft jedem. Wenn also jemand Wissenschaftler kritisiert, dann möchte ich, dass er seine Interessenkonflikte ebenso offen legt wie die Wissenschaftler. Diese Forderung sollten wir alle stellen.

Das Beispiel war, wie gesagt, von 1929. Im Jahr 2012 sind viele wegen Mobilfunkmasten, WLAN und Handys besorgt. Interessanterweise traf ich aber viele, die sich über Mobilfunkmasten in der Nähe ihres Heims oder der Schule ihrer Kinder beklagen und selbst zum Mobiltelefon greifen, wenn jemand sie anruft. Wenn wir eine Technologie nutzen wollen, müssen wir Verpflichtungen akzeptieren. Wenn das Netz flächendeckend sein soll, müssen die Masten eben in unserer Nähe stehen. Wir müssen alles tun, um jegliche potenzielle Auswirkungen solcher Masten zu minimieren, aber was wir zu akzeptieren bereit sind, darüber müssen wir als Gesellschaft entscheiden.

Hier ist ein anderes Beispiel: Ich lebe in Belgien, wo manche Kommunen in Flandern sich zu GVO-freien Zonen erklärt haben. Ich verstehe allerdings nicht, wie eine Kommune frei von genveränderten Organismen sein kann, wenn es die Nachbargemeinde nicht ist. Überhaupt denken viele, gentechnisch veränderte Nahrung sei irgendwie sehr riskant, auch wenn sie oft nicht die Gründe kennen. Vergleicht man das Risiko von GVOs mit anderen, den Menschen vertrauten Themen, dann können einen die absoluten Risikoniveaus durchaus überraschen. So haben viele große Ängste vor Terroranschlägen, folglich werden viele Schutzmaßnahmen gefordert. Die tatsächliche Zahl der Terroranschläge ist verschwindend gering. Das Gleiche gilt für einen Flugzeugabsturz. Viele fürchten sich vor dem Fliegen, dabei sind Flugzeuge bekanntlich sehr sichere Verkehrsmittel.

Mit der Analyse von Risiken, mit Belohnung und Wahrnehmung von Risiko tun wir uns meist sehr schwer. Zum Beispiel werden heute in Berlin viele in einem Verkehrsunfall sterben. Aber darüber wird nicht berichtet, weil Unfälle recht häufig passieren. Heißt das, dass wir Autos als Transportform ablehnen? Nein, das tun wir nicht, weil wir die Belohnung des Autofahrens schätzen. Für uns ist es bequem und wir akzeptieren das Risiko, auch wenn wir innerlich wissen, dass es gefährlich sein kann. Andererseits besteht in der Öffentlichkeit eine große Angst vor Atomkraft. Dabei ist die Zahl der Toten pro produzierte Terawattstunde Strom in Wirklichkeit unglaublich niedrig. Ich bitte Sie nicht um eine Parteinahme für oder gegen Atomkraft, ich bitte Sie nur, sich die Erkenntnisse anzusehen. Wir wissen alle, dass Fukushima große Auswirkungen gehabt hat und für Deutschland ein großer Stimulus war, seine Energiepolitik zu ändern. Aber sterben Menschen an Atomkraft? Nein, das tun sie nicht. Im Gegenteil: Viele sterben bei der Herstellung von Strom in kohlegefeuerten Kraftwerken. Das aber nehmen wir in Kauf.

Ich weiß, ich vereinfache hier, weil ich nicht über Gefahren spreche, nur über die absolute Zahl gestorbener Personen. Die Risikowahrnehmung beeinflusst uns also und daher beeinflusst sie auch Politiker. Vielleicht kennen die Politiker die Sachlage und verstehen, dass das Risiko gering ist. Wenn es allerdings um die Unterstützung von Vorgehensweisen in einem bestimmten Bereich geht, werden andere Aspekte als die Erkenntnisse unter Umständen wichtiger. Nehmen wir die Abstimmung zugunsten genveränderter Organismen im Europäischen Rat. Wann immer ein Vorschlag zu GVOs auf den Tisch kommt, wird er von Österreich und Luxemburg 100-prozentig abgelehnt, während Schweden und die Niederlande mehr oder weniger zu 100 Prozent dafür stimmen. Dabei sind die wissenschaftlichen Erkenntnisse in Österreich dieselben wie in Schweden oder den Niederlanden. Dennoch verhalten sich die Politiker höchst unterschiedlich. Wie kommt das? Natürlich sind die Bürger in Österreich anders als die Bürger in Schweden. Ihre Kultur, Geschichte, Ansichten, Meinungen und Wahrnehmungen sind unterschiedlich. Auch ihre Volkswirtschaften und ihr Verantwortungsgefühl unterscheiden sich. Für mich als Wissenschaftlerin ist es sehr einfach zu vermitteln, dass belastbare Erkenntnisse vorliegen. Und doch sind die Politiker in einer Lage, in der sie nicht immer auf Erkenntnisse reagieren, weil sie von den Bürgern nicht dazu bevollmächtigt sind. Die Macht hat letztendlich der Bürger.

Ich möchte Ihnen eine Botschaft mit auf den Weg geben: Entledigen Sie sich nicht Ihrer Verantwortung, sobald Sie für einen Politiker gestimmt haben oder er bzw. sie gewählt worden ist. Unglücklicherweise ziehen die meisten Bürger ihre Politiker nicht zur Verantwortung. Wenn ich ein Bürger Österreichs wäre, würde ich meinen Vertreter im

Europäischen Parlament fragen, warum er gegen die Erkenntnislage gestimmt hat. Ich finde, wir als Gesellschaft müssen risikobereiter sein. Wenn wir keine Risiken eingehen, gibt es keinen Fortschritt. Vieles von dem, was ich hervorgehoben habe, ist extrem riskant. Wir blicken zurück auf die Geschichte und denken, dass es zu Zeiten Galileos herrlich gewesen sein muss. In Wirklichkeit war es nicht aufregender als heute. Jeden Tag wird Wissen generiert, das uns viele wunderbare Dinge ermöglicht.

Wir müssen offen bleiben. Wenn wir kein Risiko eingehen, tun es andere. Die Vorherrschaft Europas ist in einigen Bereichen der Wissenschaft offensichtlich, etwa in der Autoindustrie. In manchen anderen Bereichen, wie der Biotechnologie, geraten wir ins Hintertreffen. In Europa generieren wir Wissen und unterstützen zu diesem Zweck Wissenschaftler. Aber wenn es darum geht, das Wissen zu nutzen für innovative Transportmittel, neue Gesundheitsvorsorge, neue Getreidesorten und unsere Fähigkeit, dem Klimawandel zu begegnen oder den Klimawandel auch nur zu verstehen, dann machen wir einen Rückzieher. Das ist der Grund, warum wir oft zu spät kommen. Wir überlassen anderen die Forschung und die Arbeit und beschließen dann, später anzukommen. Aber wenn wir das tun, verspielen wir unseren Vorteil. Daher müssen wir überlegen, wie sich Nutzen und Risiko besser ausgleichen lassen, wenn es um neues Wissen geht.

Wie können wir das erreichen? Zunächst brauchen wir Politiker, die alle Erkenntnisse berücksichtigen und nicht nur die ihnen angenehmen. Wir können Wissen nicht nur dann akzeptieren, wenn es unsere eigene Meinung oder unsere eigenen Vorurteile bestätigt. Wir müssen versuchen, uns dazu zu zwingen, offen mit Wissen oder Erkenntnissen umzugehen. Stephen Chu, Nobelpreisträger und Umweltminister der USA, sagte einmal, wir hätten alle ein Anrecht auf eine eigene Meinung, aber kein Anrecht auf eigene Fakten.

Ich denke, wir als Wissenschaftler sind nicht besonders gut im Vermitteln von Erkenntnissen. Wir lernen die Sprache der Wissenschaft und verlernen – in meinem Fall – Englisch. Dabei ist es sehr wichtig, dass wir kommunizieren, denn wenn wir das nicht tun, hinterlassen wir eine Lücke, die von anderen ausgefüllt wird. Wir brauchen Bürger, die Wissenschaft begrüßen und für neues Wissen das höchstmögliche Niveau von Risikobewertung verlangen, aber sie müssen der Anwendung von Wissen gegenüber offen sein, denn letztlich profitieren sie davon. Und wir brauchen Medien, die unabhängig, verbindlich und informativ berichten. Auch hier müssen die Wissenschaftler sehr vorausschauend sein und das Wissen so vermitteln, dass die Medien aufmerksam werden. Die Medien berichten nicht nur über kontroverse Diskussionen; sie vermitteln Emotionen. Vergessen Sie nicht: Wissenschaft ist Kultur, genau wie Poesie und Literatur. Wir können nicht einfach abseits stehen und denken: das wird schon jemand anders machen. Als Wissenschaftler müssen wir es selber tun.

Noch einige Anmerkungen zur Relativierung der Risiken. In Großbritannien ist die Chance auf einen Lottogewinn unglaublich gering. Dennoch kaufen Menschen jede Woche einen Schein. Das ist psychologisch hoch interessant: Man kauft keinen Schein, wenn man denkt dass man ohnehin nicht gewinnt. Man kauft den Schein, weil man denkt, man könnte gewinnen. Der Mensch kann also optimistisch und inspiriert sein. Es ist natürlich etwas wahrscheinlicher, vom Blitz erschlagen zu werden oder einem Unfall in einem Atomkraftwerk zum Opfer zu fallen. Nur wenige Dinge im Leben sind sicher, unter anderem der Tod. Neulich fragte mich ein Geburtstagskind auf seiner Feier, ob ich es nicht einfach hasse, älter

zu werden. In Wirklichkeit liebe ich das Älterwerden (die Alternative wäre schrecklich, denn dann wäre ich tot).

Lassen Sie mich abschließend etwas zur Strahlenbelastung sagen. Als sich die Nuklearkatastrophe von Fukushima ereignete, war ich oberste Wissenschaftsberaterin in Schottland. Ich hatte viel damit zu tun, wie wir auf das Ereignis reagierten und wie wir Informationen sammelten, um herauszufinden, was wirklich in Japan passierte. Während alle auf einmal von Mikrosievert und Strahlenbelastung sprachen, musste ich mehr über die tatsächlichen Messwerte herausfinden. Ich bin Biologin und wende diese Messtechniken normalerweise nicht an. Aber die Leute machten sich große Sorgen über Strahlenbelastungen von einem Mikrosievert. Tatsächlich war ich beim Besuch der europäischen Neutronenquelle in Grenoble einem Mikrosievert ausgesetzt. Für einen Moment war ich nervös, bis mir einfiel, dass ich auch einem Mikrosievert ausgesetzt gewesen wäre, wenn ich zehn Bananen gegessen hätte, denn Bananen enthalten viel Kalium und einige radioaktive Kaliumisotope. Übrigens entspricht die Strahlungsmenge beim Essen einer Banane der Belastung, wenn man einmal am Flughafen durch die Sicherheitsschleuse geht. Und ich wäre erheblich mehr Strahlung ausgesetzt, wenn ich von Europa aus über den Nordpol in die USA fliegen würde. Also sind wir alle von Strahlung betroffen, manchmal ist die Dosis viel geringer als die Belastung in Tokyo nach der Katastrophe von Fukushima. In letzter Zeit wurde ich viermal einer CT-Untersuchung unterzogen, was eine ganze Menge Strahlung bedeutet. Dennoch waren diese Untersuchungen sehr hilfreich, und ich bin froh, sie gemacht zu haben. Natürlich müssen wir die Schädigungen möglichst gering halten.

Ich möchte Sie gerne auf eine sehr interessante Website aufmerksam machen: www.informationisbeautiful.net. Der Autor David McCandless hat versucht, alltägliche Informationen, die wir schwer aufnehmen können, visuell darzustellen mit einem Minimum an Wörtern. Ich persönlich finde die Website unglaublich nützlich, denn dadurch kann ich verschiedene Risikoarten visuell vergleichen und in einen Zusammenhang bringen.

Damit komme ich zu meiner Schlusssatzung: Die Risikobewertung ist von höchster Wichtigkeit. Mit ihrer Hilfe können wir Risiken gering halten, aber auch Wissen anwenden und Fortschritte machen, was eine fundamentale Aufgabe der menschlichen Spezies darstellt. Ich würde argumentieren: Es bringt nichts, wissenschaftliche Forschung zu fördern, solange wir das erlangte Wissen nicht anwenden. Unabhängige Einrichtungen wie das BfR helfen uns bei der Einschätzung von Risiken und zu erkenntnisbasierten Entscheidungen zu gelangen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Moderator: Vielen Dank, Professor Glover. Nur eine kleine Frage: Wie reagiert Präsident Barroso, wenn Sie mit ihm über Wissenschaft sprechen?

Prof. Glover: Präsident Barroso ist gelernter Jurist, aber er interessiert sich brennend für die Wissenschaft. Ich muss sogar sagen, dass mich sein Interesse an der Wissenschaft überrascht hat. Ich denke, allein die Tatsache, dass Präsident Barroso sich für einen obersten Wissenschaftsberater in der Kommission entschieden hat, zeugt von dem Wunsch, Erkenntnissen mehr Raum zu geben. Dennoch haben wir 27 unterschiedliche Mitgliedsstaaten, was eine enorme Herausforderung darstellt. Daher arbeite ich nicht nur mit

Herrn Barroso zusammen, sondern auch mit den Regierungen der Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament, denn die Parlamentarier tragen ebenfalls Verantwortung.

Moderator: Vielen Dank. Wir begrüßen jetzt Professor Dr. Ulrich Bartosch. Er ist Professor für Pädagogik an der Fakultät für Soziale Arbeit der Uni Eichstätt. Heute ist er aber hier in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler.

**Ist die Unabhängigkeit von Wissenschaft noch eine Zielvorstellung hochschulischer Bildung?
Kritische Fragen an die aktuelle Entwicklung**

Professor Dr. Ulrich Bartosch,

*Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt,
Vorsitzender des Vereins Deutscher
Wissenschaftler*



Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst überbringe ich herzliche Glückwünsche von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler an das Bundesinstitut für Risikobewertung und danke, dass wir hier sprechen dürfen. Ich möchte einen Impuls zum Thema Bildung beisteuern. Zweifellos liegt mein Thema abseits von den übrigen, aber vielleicht kann ich doch ein wenig an die Ausführungen von Herrn Grunwald über Wissenschaft in der Demokratie und auch an den letzten Vortrag anknüpfen. Denn auch für die Abschätzung von Risiken ist die entsprechende Bildung notwendig.

1. Vorbemerkung

Da ich seit vielen Jahren Mitglied im Team Deutscher Bologna-Experten des DAAD bin, liegen mir mögliche Fehl-Entwicklungen der Hochschulreform besonders am Herzen. Im Kern werde ich deshalb unterstreichen, dass der *Wert* unabhängiger Wissenschaft – als Voraussetzung unabhängig wissenschaftlicher Politikberatung – eine Zielgröße wissenschaftlicher Bildung sein muss. Augenblicklich, so scheint es, ist die *Verwertung* von Wissenschaft im Zentrum des Interesses in Deutschland. Wenn aber wissenschaftliche Ausbildung zunehmend als konstruktiver Bestandteil im System der Wirtschaft aufgeht und in deren Sprache buchstabiert wird, dann stellt sich die Frage, ob glaubwürdige, unabhängige wissenschaftliche Politikberatung vielleicht insgesamt gefährdet ist. Verkürzt und provozierend würde ich behaupten, dass die aktuelle Entwicklung von wissenschaftlicher (Aus)Bildung auch die wissenschaftliche Politikberatung nachhaltig verändern könnte und ggf. auch im Kern ihrer Unabhängigkeit gefährdet. Dieser Befürchtung werde ich also jetzt in den Bereichen von Lehre, Studium und Forschung & Entwicklung an den Hochschulen in aller Kürze nachgehen.

Ich werde die Zeit nutzen, um einige Bemerkungen zur Unabhängigkeit von Wissenschaft zu machen, die bisher nicht so sehr im Blickpunkt standen. Während wir in den vorangegangenen Beiträgen die Frage der Unabhängigkeit oder der Beeinflussung von Forschungsinstitutionen und der Lenkung von Forschungsvorhaben durch zum Beispiel die Zuteilung von Finanzen

besprochen haben, bitte ich Sie für ein paar Minuten unseren Blick auf eine sehr kleine Größe im Spiel der Wissenschaft zu richten: die einzelne Forscherin/den einzelnen Forscher.

Meine Sorge bezieht sich darauf, dass wir einen wichtigen Teil dessen verlieren könnten, was wir brauchen, wenn wir die Unabhängigkeit der Wissenschaft pflegen und etablieren wollen. Wir brauchen dazu Forscherinnen und Forscher, die Unabhängigkeit in sich tragen, und Charaktereigenschaften aufweisen, die zum Forschen in dieser Form dazugehören. Ich behaupte, dass Forschung, die in großen, unternehmerischen Aktionen organisiert ist, gleichzeitig eine individuelle Perspektive hat, und dass Wissenschaftler mit besonderen *charakterlichen Eigenschaften* ausgestattet sein sollten. Diese Eigenschaften lassen sich im guten Sinne als *Kompetenzen* bezeichnen. Vermutlich könnten wir uns über die Art dieser Kompetenzen relativ schnell einigen. Zu diesen Eigenschaften würden wir zum Beispiel Ehrlichkeit, Genauigkeit, Verlässlichkeit, Verantwortlichkeit, Selbstständigkeit, Unabhängigkeit im Urteil, außerdem Freiheit im Sinn sowie eine grundsätzlich kritische, also prüfende, auf Vernunftgründen beharrende Haltung zählen.

Unabhängig davon, wie sehr der individuelle Forscher von diesen Vorgaben abweicht, bliebe dann doch unsere gemeinsame Einschätzung bestehen, dass es sich dabei um eine Abweichung von der Norm handeln würde. Wir haben in den letzten Monaten eine Reihe von Abweichungsbeispielen, etwa was Promotionen betrifft, in unserer Republik diskutiert.

2. Wodurch wird die Forscher/innenpersönlichkeit gebildet?

Wodurch wird eigentlich eine Forscherpersönlichkeit gebildet? Diese Frage mag etwas altmodisch klingen, aber wenn wir die Kompetenzentwicklung künftiger Forscher als Aufgabe akzeptieren, müssen wir sie stellen. Eine naheliegende schnelle Antwort wäre, dass dies in der Studienzeit, an der Hochschule passiert. Selbstverständlich führt die Ausbildung in der jeweiligen wissenschaftlichen Disziplin auch zur Bildung der Forscher. Eine forschende Haltung wird durch forschendes Handeln entwickelt, das wiederum durch disziplinäre Theorien und Methoden geprägt wird. Als Grundlage dient eine gesunde Neugier, die dazu motiviert, über den Horizont hinauszublicken, Risiken einzugehen und auch dicke Bretter zu bohren.

Wie aber fördert man diese seltsame Eigenschaft? Es gibt verdienstvolle Ansätze für die Unterstützung von forschendem Interesse bereits in der Frühpädagogik. Mit Initiativen wie dem ‚Haus der kleinen Forscher‘ wird bereits der Neugier der Kleinsten Raum gegeben, Dingen auf den Grund zu gehen. Gute Ansätze in diesem Spektrum versuchen nicht, Kinder möglichst früh naturwissenschaftlich zu unterrichten oder zu belehren, sondern sie schaffen Erfahrungsräume im weitesten Wortsinn. Auch in der schulischen Welt, die man als Ort freier, selbstständiger Entwicklung sicher noch weiterentwickeln könnte, weisen Programme wie ‚Jugend forscht‘ den Gedanken der selbstständigen Vorgehensweise prominent aus.

Eigenes Tun ist die Grundlage für individuelle Bildungsprozesse. Bildung, dieses sehr deutsche, individuelle und allgemeine Konzept zwischen aufklärerischem Impetus und ökonomischer Bedarfslage, denken wir uns nicht als das Befüllen von leeren Gefäßen, sondern als aktiven, konstruktiven Prozess der Auseinandersetzung mit und als eine Aneignung der Welt durch ein sich selbst bildendes Subjekt. Dieses entwickelt seine eigene, individuelle Persönlichkeit, solange es lebt – die Plastizität unseres Gehirns, die über die

gesamte Lebensspanne hinweg vorhanden, ist, liefert gute Argumente für diese Annahme. Lernen als Grundlage von Bildung zeichnet uns demnach als Humanum aus, Leben ist Lernen. Lernen bildet, wenn es zur Entwicklung der ganzen Person und nicht zur Addition von Fertigkeiten führt.

Wenden wir uns mit diesen beiden Gedanken der Hochschule zu: a) „Forschende Haltung wird durch forschendes Handeln entwickelt“ und b) „Bildung geschieht als Selbstentwicklung durch aktive Auseinandersetzung mit und Aneignung von Welt“, und suchen wir nach den Ansätzen für Bildung während des Studiums. Wir finden zwar das Konzept des ‚forschenden Lernens‘ teilweise auch in der aktuellen Diskussion, werden aber eigentlich in eine Debatte der frühen 1970er Jahre zurückgeführt. In dieser Zeit sind, unter anderem im ‚Weizsäcker-Hochschulplan‘, Gedanken für Hochschulen formuliert worden, die für unsere aktuelle Diskussion sehr hilfreich sind. Diesen Entwurf möchte ich gerne herausgreifen, da er die Differenz damaliger und heutiger Reformen deutlich machen kann.

3. „Forschendes Lernen“ im Weizsäcker-Hochschulplan von 1970

Motiv für die Reformüberlegungen von Ernst Ulrich von Weizsäcker, der Wissenschaftlern heute aus ganz anderen Zusammenhängen geläufiger ist, war die Suche nach unkonventionellen Möglichkeiten der Studienplatzreformierung, so wörtlich, durch „ein Baukastenprinzip“. Ausgangspunkt waren auch damals „die Befürchtungen, dass im Zuge der überall propagierten Studienstraffungen die letzten Humboldt’schen Überreste interdisziplinären Studierens geopfert wurden, ganz im Kontrast zu den Erfordernissen der modernen Berufswelt, die die Verbindung der Fächer wieder sucht“. Das klingt sehr aktuell. Inspiriert wurde dieser Ansatz durch den Blick auf amerikanische Hochschulen, die bereits ein Baukastenprinzip und ein Kredit-System umsetzten.

Einige der Lösungsansätze kommen uns heute sehr vertraut vor. Die Einbindung von Fernstudienangelegenheiten in ein Gesamtkonzept von Hochschulbildung korrespondiert geradezu nahtlos mit unseren heutigen Aktivitäten im Bereich der virtuellen Lehre. Ebenso kennen wir auch heute die Gefährdung, die Hochschule „technokratisch“ zu pervertieren und sie durch Verschulung vor dem forschenden Lernen zu „bewahren“, wahrlich zur Genüge.

Die Konzeption des „Forschenden Lernens“ wurde als didaktisches Prinzip von der Bundesassistentenkonferenz (BAK) 1970 vorgestellt und bildete den Dreh- und Angelpunkt der Baukasten-Gesamthochschule. Darin wurde gerügt, dass Studiengänge erst nach einer Vermittlung bestimmter Grundlagenkenntnisse zu forschenden Tätigkeiten befähigen:

„Die dabei vorherrschenden Lehrverfahren und Lernprozesse sind von Forschungssituationen hinsichtlich der geforderten Fähigkeiten und Verhaltensformen oft grundsätzlich verschieden und bereiten also insoweit nicht auf sie vor.“

Damit würde die intrinsische Motivation der Studierenden zerstört und der Charakter des Studiums auf Prüfungsanforderungen reduziert. Mit der Einführung von „Kurzzeitstudiengängen“ könnte dieser Trend verstärkt werden, befürchtete die BAK. Wissenschaft sei aber immer „dynamischer Vollzug, Prozess der Forschung und Reflexion“ und müsse daher von Beginn an geübt werden. Wir finden eine Kompetenzliste für Wissenschaftler/innen, die den vorhin geäußerten Gedanken sehr ähnlich ist:

„Insofern Überblick, gesellschaftliche Verantwortung, Arbeitseinteilung, Methodenkompetenz, Mitteilungs- und Kooperationsfähigkeit, Beweglichkeit des Geistes, Offenheit für Neues und für Kritik, Engagement und Redlichkeit auch für jeden praktischen wissenschaftlichen Beruf gefordert werden müssen, ist Teilnahme am Wissenschaftsprozess auch für die berufsbezogene Ausbildung noch wichtiger als das Lehren und Lernen von bestimmten Kenntnissen und Fertigkeiten.“

Wenngleich der Text sehr wohl zwischen den unterschiedlichen Wissenschaftskulturen differenziert, leistet er eine Bestimmung, die unserer aktuellen Debatte um Anerkennung und Differenzierung hochschulischer bzw. beruflicher Bildung genaugenommen fehlt. Hier wird eine verbindende, allgemeine Definition von wissenschaftlicher Arbeit vorgenommen: Darin wird verwiesen auf

„...die strukturelle Gleichheit der Situation des Forschenden in allen Bereichen, die Aufgabe, ein noch nicht strukturiertes Feld zu erkunden, und für diese Exploration bezeichnende Tätigkeiten: Entdeckung oder Wiederaufnahme eines (verlorenen) Problems und seine immer weiter präzierte Bestimmung; Hypothesenbildung; Entwurf von Strategien; Erfindung oder Auswahl von Methoden; Versuche in Variationen; Probe auf Alternativen; Umwege, Rückschläge, Zufallsfunde, ‚fruchtbare Momente‘ und kritische Prüfungen der Ergebnisse; Selbständigkeit in allen diesen Schritten und ein je nach Umfang verschiedenes Risiko des Fehlschlags“.

Forschendes Verhalten müsse sich im Rahmen des wissenschaftlichen Arbeitens und als „forschende und entwerfende Arbeit“ in einer Praxis sich rasch wandelnder Situationen bewähren, als „problembezogene Forschungs- und Entwicklungstätigkeit“.

Das Forschende Lernen weise daher feste Bestandteile auf:

- selbständige Wahl des Themas,
- selbständige Strategie,
- unbegrenztes Risiko,
- Anspruch der Wissenschaftlichkeit,
- überprüfbare Ergebnisse ,
- Darstellbarkeit und Fremdüberprüfung.

Zur Einholung dieser Vorgaben sollten die Organisation der Lehre, der Prüfungen und der individuellen Lernverläufe entsprechend angepasst werden.

4. Die Bologna-Hochschule als Gegenentwurf zu forschendem Lernen?

Ist die Bologna-Hochschule ein Gegenentwurf zu forschendem Lernen? Wenn wir beispielsweise Studierende befragen, ob die Hochschule in Zeiten von Bologna das „forschende Lernen“ ins Zentrum stellt und damit die Bildung von Wissenschaftlern/innen gewährleistet, dann fürchte ich, dass die Antwort eindeutig negativ ausfällt. Studium á la Bolognese wird als verschult und beschleunigt erlebt. Die Konstruktion der Studiengänge erinnert oft mehr an Produktionsstraßen der Automobilindustrie denn an Forschungslaboratorien. „Just in Time,“ wird da gelernt und die minimale Studiendauer als maximale Studiendauer propagiert. Lernen an der Hochschule sollte ohne Umwege, ohne Zeitverlust und mit maximaler Verwertungsmöglichkeit geschehen. Die Organisation der

Hochschulen und von Studium wird danach ausgerichtet. Einige Beispiele sollen dies illustrieren. Sie alle stehen auch für eine Entwicklung, die als ‚Ökonomisierung von Hochschule‘ diskutiert wird, was ich hier aber nicht explizit aufgreifen werde.

Eine Zielgröße des Studiums ist „employability“, was so viel heißt wie Beschäftigungsbefähigung. Wir könnten es so ausdrücken: Wer studiert, soll anschließend fit sein für den Arbeitsmarkt. In den Akkreditierungsverfahren für Studiengänge sind folgerichtig auch Vertreter/innen der Berufspraxis eingebunden. Sie sollen als Mitglied der Gutachtergruppe entscheiden, ob das Studienangebot den Qualifikationsanforderungen der Arbeitswelt entsprechen kann. Ein zentrales Steuerungsinstrument für das „Management“ sind die Hochschulräte. Sie sind in der Regel bis zur Hälfte mit externen Mitgliedern besetzt, die zu einem großen Anteil als Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens ihre unternehmerische Expertise und ihre Kenntnis der Bedarfe des Arbeitsmarktes in die strategische Planung der Hochschulen einbringen sollen. Die Präsidialverfassungen der Hochschulen machen es dabei möglich, dass wichtige Richtungsentscheidungen des Hochschulmanagements von einer Mehrheit gefällt werden, die nicht durch die Selbstverwaltungsorgane der Hochschule legitimiert ist.

Die Begriffe „Duale Hochschule“, „Corporate University“ und „Offene Hochschule“ stehen für eine Hochschulorganisation, die sich stark an den Ausbildungsinteressen der Wirtschaft orientiert, also am Bedarf des Arbeitsmarktes. Dabei kristallisieren sich die Studienangebote entlang der Ausbildungs- und Weiterbildungspraxis der Unternehmen heraus und realisieren vielfach eine Akademisierung bisheriger Berufsausbildungen. In der engen Verschränkung der Berufspraxis am betrieblichen Ausbildungsplatz und dem begleitenden, ergänzenden Studium in der Hochschule wird die Garantie für eine bedarfsgerechte Qualifizierung der Absolventen/innen gesehen. Das Programm „Offene Hochschule“ soll strukturbildend auf die Hochschullandschaft wirken und die Zugänge zum Studium aus der betrieblichen Arbeitswelt heraus verbessern und regelhaft machen. Hochschulen sollen sich nicht als eigener Lernraum abschotten, sondern flexible, nachfrageorientierte Qualifizierungsangebote für lebenslang lernende Arbeitskräfte bereithalten.

Ein zentrales Instrument für die Durchsetzung einer arbeitsmarktbezogenen Zweckorientierung von hochschulischer Bildung ist der „(Deutsche) Qualifikationsrahmen“. Genaugenommen müssen wir von einem System von Qualifikationsrahmen sprechen, das sich europaweit, ja weltweit etabliert hat. Ein Qualifikationsrahmen beschreibt die Kenntnisse und Befähigungen, die durch ein bestimmtes Zertifikat (zum Beispiel eine Berufsbildung oder ein Studium) nachgewiesen sein sollen. Dabei werden die Beschreibungen nicht durch Lernort, Lernzeiten und Lerninhalte gefüllt, sondern sollen als Lernergebnisse anzeigen, was eine Person mit dieser Qualifikation erfolgreich zu tun in der Lage ist. Allgemeine Ausdrücke dieser Befähigungen dienen als Deskriptoren für das Niveau der Qualifikation im Ranking aller verfügbaren Qualifikationen eines Bereiches oder auch einer Nation. Durch Beschränkung auf eine Beschreibung des tatsächlichen Könnens von qualifizierten Personen soll ein Vergleich von Qualifikationsprofilen über die Grenzen von Bereichen oder Nationen hinweg möglich werden. Im Ergebnis wird Mobilität von Arbeitskräften gefördert, die vorher durch die Eigenheiten der nationalen, regionalen und auch der bereichsspezifischen Bildungssysteme verhindert wurde.

„Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR)“ wird vor allem von Arbeitgebern und Gewerkschaften als zentrales nationales Rahmenwerk etabliert. Er soll alle

arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen in der Bundesrepublik ordnen und über den „Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR)“ die Mobilität auf einem europäischen Arbeitsmarkt herstellen. Für unsere Fragestellung ist nun bedeutsam, dass der vorhandene Qualifikationsrahmen für Deutsche Hochschulabschlüsse (QR DH) im DQR weitgehend „verschwindet“. Das heißt, die Differenzierung einer hochschulischen und einer beruflichen Bildung soll zugunsten gegenseitiger Vergleichbarkeit und Anerkennung zurücktreten, ja überwunden werden. Wenn man lediglich die bloße Befähigung zur Beschäftigung („employability“) als Vergleichsbasis heranziehen wollte kann das auch durchaus sinnvoll sein. Schließlich werden entsprechende Aufgaben in der Arbeitswelt von beruflich oder von akademisch gebildeten Personen gleichermaßen erfüllt. Ich fürchte aber, das greift zu kurz.

5. Was geht verloren?

Die oben genannten „Lernergebnisse“ als Tugenden hochschulischer, wissenschaftlicher Bildung sind in einem Konzept der „employability“ nicht zwingend aufgehoben. Wir laufen daher Gefahr, wesentliche Qualitätsziele der wissenschaftlichen Bildung zu verlieren oder zumindest zu verändern, wenn wir die augenblicklichen Tendenzen einfach unreflektiert „laufen“ lassen. Dazu gehört auch die Idee einer unabhängigen Wissenschaft. Diese Idee ist nicht nur mit den Rahmenbedingungen von Forschungsorganisation verknüpft. Unabhängigkeit und damit Unbestechlichkeit im wissenschaftlichen Urteil ist auch ein konstitutiver Bestandteil einer wissenschaftlichen, forschenden Haltung, die den Wissenschaftler auszeichnen muss. Diese Haltung wird erworben, wenn man sich in forschenden Zusammenhängen bilden kann und dabei womöglich von Vorbildern angeleitet wird, die diese Unabhängigkeit vorleben. Eine Hochschule, die ihre grundständige Bildung auf Bachelor-Niveau vom Konzept forschenden Lernens abkoppelt und die Forschung erst mit dem Masterabschluss oder gar gänzlich ab der Promotionsphase vorsehen will, verengt die hochschulische Bildung des großen Anteils ihrer Absolventen/innen auf die Zwecke der Berufsausbildung. Auch die Forschungstätigkeit selbst wird von der Bildungsaufgabe entfernt und damit verändert, wenn sie sich vor allem durch die unmittelbare Nützlichkeit für Drittmittelgeber auszeichnen muss. Und die enge Verknüpfung von betrieblicher Ausbildung und Hochschulstudium fordert ebenfalls einen Tribut. Viele Abschlussarbeiten entstehen als Lösungen für betriebliche Aufgabenstellungen. Oft werden sie mit Verweis auf betriebliche Interessen nicht oder nicht gänzlich öffentlich gemacht. Gerade die Öffentlichkeit wissenschaftlicher Forschungsergebnisse ist aber ein Grundprinzip von Wissenschaft und unterscheidet Wissenschaft auch von anderen Entwicklungsarbeiten, die gegebenenfalls mit wissenschaftlichen Methoden unter dem Ausschluss von Öffentlichkeit vorgenommen werden.

Wissenschaft ist nicht vollständig gemäß von Effizienz-Kriterien industrieller Produktionsweise machbar. Forschung muss Wagnis, Scheitern, Neubeginn und Irrwege einschließen. Eine Hochschulbildung, die sich nicht mehr als unterscheidbarer Bildungsweg von anderen Qualifikationswegen begreift und realisiert, versäumt den Auftrag, die Bildung von Forscherpersönlichkeiten für unabhängige Wissenschaft zu befördern.

Unsere Gesellschaft und auch unsere Wirtschaft benötigen aber diese Persönlichkeiten, um mit einer verantwortlichen Wissenschaft die Lebensbedingungen der wissenschaftlich technischen Welt zu gestalten und zu bewahren.

Studieren sollte daher im Kern forschendes Lernen bedeuten, mit allen Möglichkeiten für Umwege und Verzögerungen.

Die Ziele des Weizsäcker-Hochschulplanes von 1970 behalten ihre Gültigkeit und wir haben gute Gründe, die damaligen Reformansätze als Anregung und Maßstab hervorzuholen. Studium würde dann nicht nur den Zweck der Beschäftigungsbefähigung, sondern auch den Wert der Unabhängigkeit von Wissenschaft vermitteln. Wir haben es bitter nötig.

Vielen Dank für Ihre Geduld.

Moderator: Vielen Dank. Begrüßen Sie mit mir Professor Jörg Hacker, den Präsidenten der Nationalen Akademie der Wissenschaft Leopoldina und damit Deutschlands höchstrangigen Politikberater in Sachen Wissenschaft. Ehe er 2010 diese Position übernahm, war er 2008–2010 Präsident des Robert Koch-Instituts. Er hat in Halle an der Saale Biologie studiert und war dann lange Mikrobiologe in Würzburg. Herzlich Willkommen, wir freuen uns auf Ihren Vortrag zur Unabhängigkeit der Wissenschaft.

Referenzen:

[1] Weizsäcker/Dohmen/Jüchter u.a., Baukasten gegen Systemzwänge. Der Weizsäcker-Hochschulplan, München 1970. Die wörtlichen und indirekten Zitate in diesem Text sind sämtlich dieser Ausgabe entnommen.

Die Rolle der Akademie in der Wissenschaftslandschaft

Professor Dr. Jörg Hacker,

*Deutsche Akademie der Naturforscher,
Leopoldina – Nationale Akademie der
Wissenschaften, Halle (Saale)*



Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung, bei dieser Tagung über die Unabhängigkeit von Wissenschaft zu diskutieren, und zwar im Kontext der Rolle der Leopoldina in der deutschen Wissenschaftslandschaft. Aber zunächst darf ich dem Bundesinstitut für Risikobewertung zum zehnjährigen Jubiläum gratulieren. Ich wünsche Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern alles Gute für die nächsten zehn Jahre.

Ich darf Ihnen die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina kurz vorstellen. Sie ist zugleich eine alte und eine junge Institution. Ich spreche von einer alten Institution, weil sie im Jahre 1652 gegründet wurde und seitdem ununterbrochen existiert hat. Damit ist sie die älteste ununterbrochen bestehende Akademie der Welt. Jung ist die Leopoldina, weil sie im Jahre 2008 zur Nationalen Akademie der Wissenschaften ernannt wurde. Sie hat rund 1.500 Mitglieder aus 30 Ländern, darunter 30 Nobelpreisträger. Die Leopoldina ist zur Nationalen Akademie ernannt worden, um Deutschland im internationalen Kontext der Akademien eine Stimme zu geben, aber auch, um sie national noch stärker für die Beratung von Politik und Öffentlichkeit im Hinblick auf wichtige wissenschaftliche Fragen in Anspruch zu nehmen. Gerade diese wissenschaftsbasierte Politik- und Öffentlichkeitsberatung möchte ich in den Mittelpunkt meines Vortrages stellen.

Zunächst aber möchte ich mit der Bedeutung der Leopoldina, ihrer Unabhängigkeit und deren Sicherstellung beginnen. Unabhängige Beratung zu drängenden gesellschaftlichen Fragen ist wichtig. Der Bedarf danach steigt ständig an, weil der Wissenschafts- und Erkenntnisfortschritt uns immer wieder mit Fragen konfrontiert, die letztlich in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden müssen und bei denen Handlungsempfehlungen nötig sind.

Was befähigt die Leopoldina dazu, diese Beratung zu leisten? Es ist zum einen der Sachverstand herausragender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in allen Gebieten, von den Lebenswissenschaften über die Naturwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Darüber hinaus bekräftigt die Leopoldina ihre Autonomie immer wieder und wählt weitere Mitglieder nur aufgrund der wissenschaftlichen Exzellenz. Sie ist unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Einflüssen im Hinblick auf ihre Satzung, ihre

Zuwahl, ihre Veranstaltungen und ihre Organisation. Übrigens wurde der Leopoldina bereits im 17. Jahrhundert Zensurfreiheit gewährt; daher rührt auch ein Teil ihrer Reputation. Wir sind ganz besonders stolz darauf und fühlen uns dieser Autonomie verpflichtet.

Es sind im Grunde vier Charakteristika, die den heutigen Auftrag der Leopoldina und auch anderer Akademien ausmachen: die Internationalität, die Transdisziplinarität über Fächergrenzen hinweg, die wissenschaftliche Exzellenz und eben jene Unabhängigkeit, von der ich gerade sprach. Es gibt einige Institutionen, die irgendwann auftauchen und später wieder an Bedeutung verlieren. Aber ich glaube, die Akademien sind an die heutige Wissensgesellschaft und deren Beratungsbedarf gleichsam präadaptierte Organisationen, weil sie schon immer der wissenschaftlichen Exzellenz und Unabhängigkeit verpflichtet waren. In Deutschland nehmen wir diese Aufgabe als Nationale Akademie der Wissenschaften in enger Zusammenarbeit mit der Union der Deutschen Akademien der Wissenschaften und der Deutschen Akademie für Technikwissenschaften, acatech, wahr. Außerdem haben wir ein enges Zusammenwirken mit den anderen Akteuren im deutschen Wissenschaftssystem, vor allem mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft, mit denen wir auch schon bei einer Reihe von Veranstaltungen und Stellungnahmen zusammengearbeitet haben. Die Leopoldina als Akademie muss immer auch die Strukturen des Wissenschaftssystems in den Blick nehmen, aus einer Art Vogelperspektive. Aus unserer unabhängigen Rolle heraus versuchen wir, den Dialog mit den Akteuren in der Wissenschaft, in der Politik, in der Zivilgesellschaft zu pflegen. Ich halte es für sehr wichtig, dass wir uns dem gesellschaftlichen Dialog stellen.

Wir haben seit 2008 14 Stellungnahmen zu unterschiedlichen Themen veröffentlicht, die teilweise intensiv diskutiert wurden. Ich möchte einige Themenfelder herausgreifen und dann exemplarisch auf zwei Punkte eingehen. Zu den Themenfeldern zählen Energiewende und Energieforschung, die zusammen mit dem Klimawandel ein wichtiges, globales Problem berühren. Ein weiteres Themenfeld betrifft ethische und juristische Aspekte der Biotechnologie und Medizin. Die Präimplantationsdiagnostik und ein Gesetz, das hier auf den Weg gebracht wurde, sind Beispiele aus diesem Bereich. Wir befassen uns auch mit Fragen des langfristigen Gedeihens unseres Wohlfahrtsstaates, beispielsweise im Hinblick auf die demographische Entwicklung. Wir haben vor vier Wochen in der Bundespressekonferenz zusammen mit der Berlin-Brandenburgischen Akademie die Studie „Zukunft mit Kindern“ vorgestellt, in der wir die demographische Lage analysieren. Zugleich geben wir aber auch Hinweise darauf, wie man in der jetzigen Situation die relativ geringe Reproduktionsrate steigern kann, wie vor allem auch die Berufstätigkeit von Frauen gefördert werden kann und welche Instrumente dafür wichtig sind. Auch diese Stellungnahme ist sehr intensiv diskutiert worden.

Zwei Stellungnahmen möchte ich besonders hervorheben: Das erste Beispiel betrifft das Thema Energiewende, das zweite ist die Dual-Use-Problematik. Sie werden sich erinnern, dass die Bundeskanzlerin nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima eigens eine Ethikkommission ins Leben gerufen hat, um die Energieforschung und die Energiepolitik zu beleuchten. In dieser Kommission durfte ich mitarbeiten. Allen Beteiligten war sehr schnell klar, dass es in den kommenden Jahren um weitaus mehr gehen muss als um die größtmögliche Verkürzung der Laufzeit von Kraftwerken und um eine Technologie, deren Einsatz in Deutschland gesellschaftlich nicht mehr vermittelbar ist. Es ist wichtig, Energie sinnvoll einzusetzen, sie nachhaltig zu produzieren und neue Formen der Energieerzeugung

auf ihre Einsatzfähigkeit hin zu erproben. Im Grunde geht es um die große Energiewende, die weiter trägt als das simple Abschalten von Kraftwerken.

Eine konkrete Frage in diesem Zusammenhang lautet: Sollen Pflanzen, die für den Einsatz in Biogasanlagen geeignet sind, eine zunehmende Rolle bei der Energiewende spielen? Die Leopoldina hat im Juni dieses Jahres eine Stellungnahme dazu veröffentlicht. Unter Abwägung aller Argumente stellte sich heraus, dass sich die Verwendung von Biomasse als Energiequelle in Deutschland vor allem auf Abfälle fokussieren sollte, die in Produktionsprozessen von und aus Biomasse anfallen. Nur so wird es zwischen der Nutzung von Pflanzen als Energiequelle auf der einen Seite und als Lebensmittel auf der anderen Seite keine Konkurrenz geben. Wir haben eine Reihe von Randbedingungen definiert und haben ein großes Echo in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit hervorgerufen, das noch immer anhält. Die Wissenschaftler, die an der Stellungnahme zum Thema Bioenergie mitgearbeitet haben, beteiligten sich in den letzten Monaten an zahlreichen öffentlichen Podiumsveranstaltungen, Hintergrundgesprächen mit Politikern, insbesondere auch mit Verbandsvertretern, die mit uns ins Gespräch kommen wollten, und mit anderen Playern auf diesem Gebiet. Es gab Anhörungen in Ausschüssen des Bundestages und es gab viele Interviews in Presse, Rundfunk und Fernsehen. Die Anzahl der Artikel in den Tages- und Wochenzeitungen zu diesem Thema ist sehr stark angestiegen. Ich halte es für wichtig, die Möglichkeiten realistisch einzuschätzen. Energiewende darf kein Wunschdenken sein, sondern muss sich an realistischen Fakten orientieren. Wir sind deshalb auch auf andere erneuerbare Energien sowie auf die Effizienzprobleme im Umgang mit fossilen Brennstoffen eingegangen.

Als zweites Beispiel aus der Arbeit der Leopoldina möchte ich das Thema Risikobewertung ansprechen, ein Thema, das ja für das BfR von zentraler Bedeutung ist. Vor kurzem fand ein Fachgespräch im Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zum Umgang mit sicherheitsrelevanten Forschungsergebnissen statt. Dabei zog besonders die doppelte Anwendungsmöglichkeit von Forschungsergebnissen, die sogenannte Dual-Use-Problematik, die Aufmerksamkeit auf sich. „Dual Use“ bedeutet, dass bestimmte Forschungsergebnisse für unterschiedliche Zwecke verwendet werden können, einerseits für die Weiterführung der Grundlagenforschung und Technologien, andererseits aber auch missbräuchlich, etwa für die Entwicklung biologischer Waffen. Insofern verwundert es nicht, dass die Ereignisse, die uns vor etwa einem dreiviertel Jahr im Hinblick auf die genetische Veränderung von Vogelgrippeviren beschäftigt haben, immer wieder Fragen nach der Freiheit und nach der Unabhängigkeit der Wissenschaft aufgeworfen haben. Hierbei geht es um Experimente von zwei Arbeitsgruppen in Holland und im amerikanischen Bundesstaat Wisconsin. Sie haben den Vogelgrippe-Erreger so verändert, dass er im Tierversuch besser von einem Tier auf ein anderes übertragbar ist als bei Varianten ohne diese genetische Veränderung. Der Erreger der Vogelgrippe ist für Menschen hochpathogen: Es gab bisher 600 dokumentierte Fälle von Infektionen bei Menschen, etwa 60 Prozent sind letal ausgefallen.

Die Forschergruppen, die sich mit der Frage der besseren Übertragbarkeit auseinandersetzten, haben das vor dem Hintergrund der Tatsache gemacht, dass bisher eine Übertragung von Mensch zu Mensch nicht beschrieben wurde, oder wenn, dann nur in Ansätzen. Diese Experimente, über die auch öffentlich berichtet wurde, haben in Amerika das National Science Advisory Board for Biosecurity auf den Plan gerufen. Dieses Board

forderte die Autoren auf, eine Veröffentlichung zumindest zu überdenken, um keine Möglichkeit für eine missbräuchliche Verwendung zu schaffen. Viele Wissenschaftler sahen dies als einen Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit, zumal hier auch die Publikation in Frage gestellt wurde. Nach einer längeren Diskussion sind diese Arbeiten in überarbeiteter Form schließlich doch in den Zeitschriften Nature und Science publiziert worden. Die Frage selbst ist natürlich nach wie vor wichtig: Wie gehen wir mit Forschungsergebnissen um, die möglicherweise eine doppelte Verwendung haben? Wie gehen wir mit dem Risiko wissenschaftlicher Entscheidungen um? Mit dieser Problematik haben wir uns als Akademie schon Anfang des Jahres beschäftigt. Ein Statement dazu finden Sie auf unserer Homepage, ebenso einen Hinweis auf den Verhaltenskodex der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zur Dual-Use-Problematik, der im Jahre 2008 verabschiedet wurde. In diesem Statement der DFG ist relativ kurz, aber prägnant dargestellt, dass es immer wieder notwendig ist, zunächst eine Bewertung von Experimenten durchzuführen, bevor diese dann ausgeführt werden. Es ist notwendig, das Risikopotenzial zu benennen und möglichst auch öffentlich zu machen. Ferner ist es notwendig, Informationen über dieses Vorgehen in die Ausbildung von Wissenschaftlern aufzunehmen. Wir glauben, dass dieser Verhaltenskodex, der sich allerdings ausschließlich auf pathogene Mikroorganismen bezieht, immer noch richtig ist. Wir denken, dass der Blick auch auf andere Technologien ausgeweitet werden müsste; exemplarisch möchte ich die Materialwissenschaften und die Informationstechnologie nennen. Die Max-Planck-Gesellschaft hat sich im Jahre 2010 ebenfalls mit dieser Thematik auseinandergesetzt und eine Bewertung vorgenommen, in der die unterschiedlichen Sphären der Ethik und des Rechts gegenüber gestellt worden sind. Auch das InterAcademy Council, ein internationaler Zusammenschluss von Akademien, hat sich gerade kürzlich zur Entscheidung im Fall der Grippeviren geäußert. Wir sind der Meinung, dass die Sicherheit der Bevölkerung im Mittelpunkt stehen muss, wenn es zu solchen Abwägungen im Hinblick auf Risiken kommt. Das ist das höchste Gut, dem sich alles unterzuordnen hat. Und wenn es andere Güter gibt wie Unabhängigkeit und Freiheit der Wissenschaft, so kann dieser Freiheitsbegriff nur im Kontext der Sicherheit der Bevölkerung zur Anwendung kommen.

Freiheit der Wissenschaft ist nicht denkbar ohne die Verantwortung der Wissenschaftler für ihr Tun. Die Wissenschaftsfreiheit ist durch Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes in Deutschland geschützt. Aber es gibt konkurrierende Artikel, etwa zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen in Artikel 1 und auch zur körperlichen Unversehrtheit in Artikel 2. In einer Einzelfallbetrachtung müssen unterschiedliche Sichtweisen zusammengebracht werden. Für die Unabhängigkeit der wissenschaftsbasierten Beratung bei solchen Fragen ist auf jeden Fall wichtig, dass die Arbeitsweise der Berater transparent ist und dass sie ergebnisoffen gestaltet wird. Zudem sollte eine verständliche Präsentation gewählt werden, um die Stellungnahme mit den Kernaussagen auch in die Öffentlichkeit und Politik zu bringen. Dazu sind verschiedene Publikationen und Veranstaltungsformate notwendig.

Diese beiden Beispiele habe ich herausgegriffen, weil sie besonders im nationalen Rahmen eine Rolle gespielt haben. Aber wissenschaftsbasierte Politik- und Öffentlichkeitsberatung geschieht natürlich im internationalen Kontext. Zu den Aufgaben der Leopoldina gehört auch die Herstellung dieser Internationalität, nicht nur, um international gehört zu werden, sondern auch, um die Stimmen aus anderen Ländern in Deutschland zum Tragen zu bringen. Wir als Leopoldina sehen dabei die freie Ausübung der Wissenschaft als ein universelles Gut an. Wissenschaftler weltweit brauchen Freiheit im Kontext von Verantwortung und wir

engagieren uns beispielsweise im internationalen Menschenrechtsnetzwerk der Akademien und Gelehrtengesellschaften. Die Leopoldina gründete ein sogenanntes „Human Rights Committee“, das sich mit Menschenrechten und bioethischen Fragestellungen aus der Wissenschaft befasst. In den letzten Wochen haben sich beispielsweise insbesondere Mediziner und Lebenswissenschaftler eingesetzt, um medizinischem Personal aus Syrien die Möglichkeit zu geben, ihrem Beruf unter den schweren Bedingungen des Bürgerkrieges weiter nachzugehen. Gerade für diese Gruppe, die sehr schwere Aufgaben zu erfüllen hat, gilt es, die Wahrung der grundlegenden Menschenrechte sicherzustellen. In diesem Zusammenhang haben wir in Zusammenarbeit mit zahlreichen Universitätskliniken in Deutschland medizinische Hilfe für schwerverletzte syrische Helfer organisiert. In der vergangenen Woche haben Ärzte am Universitätsklinikum Tübingen mit der Behandlung eines syrischen Ersthelfers begonnen, der beim Versuch, Medikamente für die Zivilbevölkerung in die Stadt Ranqus zu bringen, schwer verwundet wurde und eine Hand verlor. Wir halten auch diese praktischen Erfordernisse im internationalen Kontext für bedeutsam, um Wissenschaft, aber auch Wissenschaftler, zu schützen und schwere Beeinträchtigungen ihrer Arbeit zumindest öffentlich zu machen.

Abschließend möchte ich ein aktuelles Beispiel für die internationale Zusammenarbeit in der Risikobewertung nennen. Es geht um die Bewertung des Risikos, das Wissenschaftler eingehen, wenn sie ihre Fachkompetenz für die Beratung von Politik und Öffentlichkeit nutzen. Dieses Risiko, also der potenzielle Schaden, der durch wissenschaftsbasierte Beratung entstehen kann, ist dann besonders hoch, wenn es um den Schutz der Bevölkerung vor möglicherweise drohenden Gefahren geht. In der vergangenen Woche veröffentlichte die Leopoldina zusammen mit der französischen Académie des Sciences eine kurze Stellungnahme zur wissenschaftsbasierten Kommunikation von Risiken aus Anlass der Verurteilung italienischer Wissenschaftler in L'Aquila. Wie Sie wissen, hat das dortige Gericht am 22. Oktober 2012 sieben Mitglieder der italienischen Nationalen Kommission für Vorhersage und Prävention großer Risiken zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Das Urteil hat weltweit eine Diskussion um rechtliche Aspekte der Verantwortlichkeit von Wissenschaftlern ausgelöst, die staatliche Einrichtungen beraten. An dieser Diskussion müssen sich Wissenschaftler deutlich vernehmbar und so objektiv wie möglich beteiligen. Die Präsidenten der amerikanischen National Academy of Sciences und die Royal Society in London haben sehr schnell entsprechende Stellungnahmen veröffentlicht, in denen sie sich sehr stark hinter die Wissenschaftler gestellt haben. Das ist meiner Meinung nach im Prinzip richtig. Die Leopoldina und die französische Akademie haben versucht, diesen Fall noch etwas differenzierter darzustellen; sie nehmen ausdrücklich Bezug auf eine Arbeitsgruppe, die die Nationale Akademie in Italien eingesetzt hat. Diese hatte eine unabhängige Expertenkommission aus Geologen und Juristen um eine rechtliche Untersuchung und eine Abwägung wissenschaftlicher und rechtlicher Aspekte gebeten. Man kann hier nur abwarten, wie diese Entscheidung in Italien von unseren Kollegen gesehen wird.

Prinzipiell gilt: Menschen vor Gefahren durch Naturkatastrophen besser zu schützen, ist eine wesentliche Motivation für wissenschaftliche Forschung. Bei unkontrollierbaren Ereignissen wie Wirbelstürmen, Erdbeben oder Vulkanausbrüchen spielen wissenschaftliche Vorhersagemethoden eine immer bedeutendere Rolle. Wissenschaftler und Vertreter staatlicher Institutionen müssen hier vertrauensvoll zusammenarbeiten, um die Öffentlichkeit auf der Grundlage verlässlicher Daten über mögliche Gefahren verantwortungsvoll zu informieren. Wissenschaftliche Voraussagen über Gefahren, und damit auch über die

Risiken der möglicherweise betroffenen Menschen, schätzen Wahrscheinlichkeiten zukünftiger Ereignisse ab und sind daher immer mit Unsicherheiten behaftet. Herr Gigerenzer, ein Wissenschaftler aus dem Max-Planck-Institut in Berlin, pflegt in diesem Zusammenhang Benjamin Franklin zu zitieren, der sagt: Sicher ist überhaupt nichts, außer dem Tod und den Steuern. Das sagte er vor 200 Jahren. Es gilt auch heute noch, dass wir es mit Unsicherheiten zu tun haben, die als solche auch von der Wissenschaft genannt werden müssen. Für Wissenschaftler besteht die Verpflichtung, diesen wesentlichen Sachverhalt so verständlich wie möglich zu kommunizieren. Staatliche Entscheidungsträger und verunsicherte Bürger erwarten eindeutige Aussagen. Das ist im Grunde der schmale Grat, auf dem wir uns befinden und den wir entlanggehen müssen. Das setzt voraus, dass sich die Wissenschaftler, die in der Politik- und Öffentlichkeitsberatung tätig sind, nicht völlig aus den Ereignissen selbst zurückziehen. Vielmehr müssen sie die Risiken ihres Engagements deutlich reflektieren.

Meine Ausführungen zur Rolle der Nationalen Akademie der Wissenschaften sollten Ihnen nahebringen, dass die Unabhängigkeit der Wissenschaft im Selbstverständnis der Leopoldina eine wichtige Grundlage aller ihrer Aktivitäten bildet. Das ist von Anfang an der Fall – siehe Zensurfreiheit – und diesem Ideal fühlen wir uns verpflichtet. Dies gilt auch und besonders für die wissenschaftsbasierte Politik- und Öffentlichkeitsberatung auf nationaler und internationaler Ebene. Wir sind uns bewusst, dass dieses Ideal immer wieder neu bestimmt und auch neu konkret eingefordert werden muss. Nur dann, wenn die Leopoldina sich der Freiheit der Wissenschaft in Zusammenhang mit Verantwortung als ihrem wesentlichen Organisation- und Wirkprinzip verpflichtet fühlt, kann sie national wie international Politik und Öffentlichkeit unabhängig beraten. Die Mitglieder und Mitarbeiter der Leopoldina wissen, dass dies hohe Ansprüche stellt. Und sie wissen, dass wir mit kritischen Nachfragen zum Verhältnis dieses Anspruchs zur Wirklichkeit rechnen müssen. Auch das ist notwendig und richtig. Ich hoffe, dass mein Vortrag Sie neugierig gemacht hat, die Arbeit der Leopoldina auch in Zukunft zu begleiten und sich damit auseinanderzusetzen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Moderator: Vielen Dank für den Einblick in die Arbeit der Leopoldina. Wir kommen nun zum nächsten Vortrag. Ich begrüße Professor Manfred Hennecke. Er ist der zweite Chemiker heute, hat an der Uni Clausthal studiert und dort auch in physikalischer Chemie habilitiert. Seit 2002 ist er Präsident der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung.

Die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Einrichtungen – eine Einschätzung

Professor Dr. Manfred Hennecke,

Präsident der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, Berlin



Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Glückwunsch an das Bundesinstitut für Risikobewertung für zehn Jahre erfolgreiche Arbeit. Ich werde heute nicht über das allgemeine Wissenschaftssystem reden, sondern den Schwerpunkt auf die Institute der Ressortforschung in Deutschland setzen. Zur Ressortforschung zählen etwa 45 Bundeseinrichtungen mit Forschungsaufgaben. Das BfR und auch die BAM Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung gehören zu dieser Gruppe.

Ich möchte mit einem praktischen Beispiel beginnen und die unterschiedlichen Einschätzungsmöglichkeiten aufzeigen, wenn es um die Unabhängigkeit der Wissenschaft geht. Angenommen, ein Ministerium hat Beratungsbedarf, es beruft eine Expertenkommission ein und errichtet eine Geschäftsstelle. Dies ist, nebenbei gesagt, alles mit Kosten verbunden. Für beides nutzt es nicht etwa seine vorhandene, fachlich einschlägige Ressortforschungseinrichtung. Wie kann man einen solchen Sachverhalt bewerten? Nun, völlig klar, das Ministerium möchte das gesamte Wissenschaftssystem zur Politikberatung heranziehen, also die besten Kräfte mobilisieren. Das ist sicherlich überhaupt nicht anstößig. Wir saßen neulich in einer Runde zusammen, und da wurde genau dieser Sachverhalt völlig anders bewertet: Das Ministerium wählt ihm genehme Wissenschaftler aus, weil es die mutmaßlich objektive und unbequeme Stellungnahme seiner eigenen Ressortforschungseinrichtung vermeiden will. Dieses Beispiel ist aus dem Leben gegriffen und ich will es auch nicht weiter kommentieren.

Den nächsten Punkt kann ich rasch abhandeln, da wir schon einiges darüber gehört haben. Wofür braucht man Unabhängigkeit? Für die wissenschaftliche Politikberatung, für die Forschung selbst natürlich, aber – und das ist besonders in der Ressortforschung relevant – auch für eine ganze Reihe von technischen und administrativen Dienstleistungen auf wissenschaftlicher Grundlage. Wovon muss man unabhängig sein? Auch das haben wir bereits gehört. Man muss unabhängig sein von nichtwissenschaftlichen Einflüssen, etwa in politischer, administrativer, finanzieller, ideologischer Hinsicht, von Interessengruppen sowie von persönlichen Vorlieben. Warum braucht man diese Unabhängigkeit? Wir wollen, dass sich die Erkenntnisse und die Ergebnisse, die wir abliefern, sei es bei der Politik oder auch

als Dienstleistungen, ausschließlich auf eine fachwissenschaftliche Basis stützen, also objektiv sind.

Ressortforschungseinrichtungen sind nachgeordnete Behörden der Bundesregierung, im Englischen würde man sie als „Governmental Agencies“ bezeichnen. Man kann es durchaus für rational halten, die Bedürfnisse der vorgesetzten Behörde in eine Entscheidung einzubeziehen. Das ist aber nicht wissenschaftlich. Die Unabhängigkeit ist ein hohes Gut in der Politikberatung. Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften hat vor vier Jahren Leitlinien zur Politikberatung erarbeitet. Darin steht die Unabhängigkeit an erster Stelle und wird mehrfach wieder aufgenommen, etwa im Zusammenhang mit der Unvoreingenommenheit der beratenden Wissenschaftler und bei der Frage, ob mit der Beratung Geld verdient wird oder nicht. Diese Leitlinien sind in der Presse zurückhaltend kommentiert worden; schließlich seien alle diese Forderungen Selbstverständlichkeiten. Das ist richtig, aber von Zeit zu Zeit muss man diese Leitlinien genauso wiederholen, so wie der Pfarrer die Zehn Gebote mehrfach im Jahr wiederholt. Unabhängigkeit ist aber keinesfalls nur in der Forschung wichtig. Unabhängigkeit und Neutralität werden auch anderswo benötigt, zum Beispiel dort, wo man im Wettbewerb so etwas wie Sicherheit produziert. Das tun auch nichtwissenschaftliche Organisationen wie etwa der TÜV.

Kommen wir zur Ressortforschung. Damit Sie verstehen, was dort getrieben wird, möchte ich einen kurzen Überblick über die fachliche Breite geben. Das reicht vom Arbeitsschutz über das Arzneimittelwesen, Eisenbahnen, Strahlenschutz, Kernenergie, Wetterdienst, Straßenverkehr, Verbraucherschutz, Umweltschutz, bis hin zum Zivilschutz und zur Verteidigung. Letzteres ist ein besonderes Kapitel, dort kann man nicht von Dual-Use sprechen, wenn man in einem Forschungsinstitut sitzt, das der Landesverteidigung dient. Auch der Umgang mit Waffen und Sprengstoffen ist ein Thema der Ressortforschung. Das klingt militärisch, ist aber zivil. Letztlich sind alle großen Themen dabei: Energie, Umwelt, Mobilität, Gesundheit, Ernährung.

Ich habe diese Themenbreite vorgestellt, um die Frage aufzuwerfen, ob Unabhängigkeit oder die Bedrohung der Unabhängigkeit möglicherweise auch ein wenig von der Thematik abhängen. Dahinter steckt folgender Gedanke: Sollte es irgendeinen Bereich geben, für den sich niemand interessiert, der problemlos läuft, dann haben die Wissenschaftler dort auch keine Probleme mit der Unabhängigkeit. Wenn Sie aber im Bereich der Kernenergie, des Verbraucher- und Umweltschutzes, der Medizin, der Vorsorge gegen gefährliche Krankheiten tätig sind, stehen Sie unter einem hohen Druck diverser Interessensgruppen. Schaut man sich die Bandbreite der Ressortforschung an, stellt man fest, dass nur einige ihrer Themen politisch kontrovers diskutiert werden und sich entsprechend besonderer Aufmerksamkeit der Medien erfreuen. Dazu zählen zum Beispiel: Nutzung der Kernenergie, Brennelementtransporte, Gentechnik, Schweinegrippe, Abfallbehandlung, Verunreinigung von Lebensmitteln und auch verkehrstechnische Großprojekte.

Daneben gibt es auch eine ganze Reihe von Feldern, an denen kein derartiges öffentliches Interesse besteht: Die Wettervorhersage etwa ist auch ein Beispiel aus der Ressortforschung. Würden wir dort eine Gefährdung der Unabhängigkeit vermuten? Wir ärgern uns übers Wetter, aber wir köpfen doch nicht die Wetterfee. Funkuhren sind ein weiteres Beispiel. Jeder von uns nutzt die Tatsache, dass die Zeit sehr präzise über den Langwellensender kommt, und auch hier vermuten wir sicherlich keine Bedrohung der Unabhängigkeit. Das

GPS, das Eichwesen, der Blaue Engel und so weiter, das ist alles eher harmlos. Unabhängigkeit ist also dort besonders wichtig, wo es um ein politisch besetztes und aktuell kontroverses Feld geht. Hier gilt es folglich, wissenschaftsfremden Einflüssen vorzubeugen und die Unabhängigkeit sicherzustellen.

Kommen wir jetzt zu einem weiteren Feld: zu den Formen technischer Dienstleistungen. Welche wissenschaftlich-technischen Dienstleistungen werden von Forschungseinrichtungen erbracht? Dazu zählen Zulassungen, Genehmigungen, Erlaubnisse, Analysen und Prüfungen, die Weitergabe von Standards, Proben, Referenzmaterialien, Sammlungen und Datenbanken. Gutachten, insbesondere zu Unfällen und Schadensfällen, gehören dazu, ebenso wie die allgemeine Beratung der Öffentlichkeit. Mit dieser Liste vor Augen habe ich überlegt, ob man nicht ein Ranking der Dienstleistungen durchführen kann, bei denen wir besonders auf Unabhängigkeit achten müssen, wo sie durch die Art der Wahrnehmung der Aufgabe besonders bedroht ist? Das Ergebnis ist: Ich kann es nicht. Bei Prüfungen zum Beispiel könnte man annehmen, dass sie wenig anfällig für einen „Bias“ sind: Es besteht eine Regel oder eine Norm, nach der geprüft wird; der Wissenschaftler erhält eine Probe, geht damit ins Labor, misst und schreibt das Ergebnis auf. Wo könnte da ein sachfremder Einfluss ausgeübt werden? Doch ausgerechnet in diesem Feld habe ich während meiner Amtszeit in den letzten fünf Jahren am meisten Ärger mit der Politik bekommen.

Das BAM ist zum Beispiel für den Gefahrguttransport in Deutschland mit verantwortlich. Es gibt viele Regeln, die beim Transport von Gefahrgütern sicherstellen sollen, dass Schiffe nicht sinken, Flugzeuge nicht abstürzen und Eisenbahnkesselwagen dicht bleiben. Wenn man eine Probe daraufhin überprüft, ob sie gefahrlos transportiert werden kann – das gilt übrigens auch für abgebrannte Brennelemente – und die Probe besteht diese Prüfung, dann ist das vom Gesichtspunkt des Gefahrguttransportes in Ordnung. Wehe, Sie kommen auf die Idee, irgendetwas mit dieser Probe zu machen, was nicht Bestandteil der Gefahrguttransportregeln ist. Das aber genau tut eine wissenschaftliche Einrichtung, denn unsere Leute sind neugierig; das müssen sie auch sein. Es ist wichtig, nach links und nach rechts zu schauen. Deshalb führen sie gelegentlich auch nicht bestellte Prüfungen durch und teilen das Ergebnis mit. Wenn das Resultat irgendjemandem nicht passt, handeln sie sich damit aber gewaltigen Ärger ein.

Üblicherweise gehen wir so vor, dass die Wissenschaft Entscheidungen vorbereitet, dass aber die Entscheidung selbst von der Politik getroffen werden muss. Die Politik muss vor allem auch eine Bewertung vornehmen. Meiner Erfahrung nach funktioniert das leider nicht immer. Bisweilen möchte die Politik die Verantwortung für eine Entscheidung an die Wissenschaft abgeben, obwohl wir in unserer Stellungnahme eigentlich nur die Konsequenzen möglicher Entscheidungen aufgezeigt haben, ohne die Entscheidung selbst vorwegzunehmen. Ich habe dazu ein schönes Beispiel: Vor einigen Jahren sind im Münsterland Strommasten umgefallen, und die Gegend um Ahaus war mehrere Tage lang ohne Strom. Etwa 20.000 bis 30.000 Menschen waren betroffen. Es ist nichts Schlimmes passiert, die Krankenhäuser hatten Notstromaggregate und meines Wissens entstand kein Personenschaden. Trotzdem war die Aufregung groß. Das BAM untersuchte die defekten Strommasten; zunächst ging es ja um die Klärung der Schuldfrage. Das Ergebnis: Niemand hatte Schuld. Die Masten waren nach den Regeln der Technik gebaut, keiner hatte geschluppt oder gegen geltende Regeln verstoßen. Es war wetterbedingt eine Situation eingetreten, die über der Lastannahme lag, die die Ingenieure vor 40 Jahren zugrunde gelegt

hatten. Was folgt daraus? Aus unserer Sicht gar nichts. Hätten wir vorgeschlagen, alle Strommasten in Deutschland so aufzurüsten, dass sie dieser Lastannahme standhalten, wäre das eine 20-Milliarden-Euro-Entscheidung gewesen. So viel hätte diese Aufrüstung ungefähr gekostet.

Unsere Aussage war überhaupt nicht erwünscht, denn es bestand ein politischer Handlungsdruck, der zu heftigen Diskussionen führte. Verzeihen Sie mir bitte meine Polemik, aber ich vermute, dass hinter diesem Handlungsdruck das Bestreben lokaler Politiker nach Aufmerksamkeit stand. Damit möchte ich zum Ausdruck bringen, dass Aussagen, die aus objektiver Prüftätigkeit herrühren, als solche gar nicht bestritten werden. Aber man erwartet dann, dass eine Handlungsanweisung daraus folgt. Diese Handlungsanweisung wird normalerweise Bewertungen beinhalten und kann Anlass zum Streit geben, aber es gehört nicht zu den Aufgaben der Wissenschaft, die Handlungsanweisung mitzuliefern, sondern ihre Aufgabe ist es, die Fakten zu liefern.

Unterschiedliche Formen wissenschaftlicher Politikberatung kennen Sie alle. Die erste Domäne der Ressortforschung ist die mündliche und schriftliche Beratung von Ministerien und deren Behörden, gelegentlich auch der Gerichte. Dafür müssen Mitarbeiter ständig zur Verfügung stehen, diese Aufgabe lässt sich auch nicht durch die ad-hoc-Berufung externer Experten lösen. Dazu gehört außerdem die Mitgliedschaft von Mitarbeitern in Gremien der Politikberatung, natürlich auch der Akademien, ebenso wie die Mitarbeit in der nationalen und internationalen Regelsetzung und Normung. Man sollte nicht vergessen, dass wesentliche Teile der Wirtschaft nicht durchweg staatlich geregelt sind. Ich komme aus einer Einrichtung der Chemie und der Technik; dort ist der größte Teil, anders als im Lebensmittelrecht, nicht staatlich geregelt. Alle sind glücklich und froh darüber, dass dieser Bereich verhältnismäßig wenig reguliert ist. Vielmehr spielt dort die Normung eine große Rolle. Normung ist eher Konsensfindung, Regelsetzung durch die beteiligten interessierten Kreise, aber deswegen nicht konfliktfrei. Auch dort gibt es durchaus Formen massiver Beeinflussungsmöglichkeit, deshalb ist besonders die Unabhängigkeit der öffentlichen Forscher wichtig, die an der Normung beteiligt sind. Forscher mögen die Normung häufig nicht. Sie ist wenig spektakulär, und wird betrieben von älteren Herren wie mir. Dennoch bedeutet Normung Schmierstoff für die Wirtschaft. Es werden viele Regeln festgelegt, die die Politik und deren staatliche Regelsetzung entlasten. Ich freue mich sehr über die Aussage des Herrn Staatssekretärs heute, der von uns allen eingefordert hat, wir sollten die Politik beraten, auch wenn eine solche Beratung nicht ausdrücklich angefordert ist. Wissenschaftler melden sich selbstverständlich auch durch Publikationen und Vorträge zu Wort; ich glaube, das gehört zur Beteiligung der Wissenschaft am allgemeinen Diskurs dazu.

Wie kann man Unabhängigkeit sichern? Natürlich institutionell: Das Bundesinstitut für Risikobewertung ist eine der wenigen Ressortforschungseinrichtungen ohne ministerielle Fachaufsicht und liefert ein gutes Beispiel dafür. Die Rechtsform ist dafür nicht unerheblich, zumindest in Deutschland. Man kann durch die Rechtsform eine gewisse Unabhängigkeit sichern, insbesondere Unabhängigkeit von staatlichen Stellen, nicht unbedingt von den anderen Quellen. Externer Rat und Beobachtung durch wissenschaftliche Beiräte und Kuratoren gehören selbstverständlich auch zu den institutionellen Formen der Sicherung von Unabhängigkeit. Viele Einrichtungen der Ressortforschung hatten eine solche Beobachtung lange Zeit nicht, das hat sich inzwischen geändert. Auch der Wissenschaftsrat legt darauf großen Wert.

Man kann auch versuchen, Unabhängigkeit individuell zu erreichen, und in diesem Zusammenhang möchte ich die Stichworte Beamtenrecht und Hochschulrecht ansprechen. Das Hochschulrecht sichert jedem deutschen Hochschullehrer zu, dass er keine Fachaufsicht hat. Er hat keinen Vorgesetzten, muss sich keine Fachthemen vorschreiben lassen und ist niemandem rechenschaftspflichtig, jedenfalls nicht in der Forschung. Die Erwähnung des Beamtenrechts wird viele wundern, aber wenn wir die alten Kommentare zum Beamtenrecht hervorholen, können wir dort nachlesen, dass die hohe Formenstrenge und die Rechtsförmlichkeit des Beamtenrechtes auch den Zweck hat, dem deutschen Beamten das Rückgrat zu stärken und ihn unabhängig zu machen von irgendwelchen Zumutungen seines Vorgesetzten und von äußeren Einflüssen. Das wird häufig vergessen. Auf jeden Fall steckt dahinter die richtige Absicht, Unabhängigkeit zu sichern. Weiterhin kann man organisatorische Maßnahmen initiieren, zum Beispiel eine Rotation bei der Übernahme von Aufgaben, die Einführung des Vier-Augen-Prinzips und das Aufstellen von Regeln. Viele Institute der Ressortforschung haben solche Regeln für die Politikberatung festgelegt. Auch die bereits erwähnten Leitlinien der Berlin-Brandenburgischen Akademie beinhalten solche Regeln.

Die Gewährleistung von Ressourcen ist sicher auch ein Mittel zur Förderung der Unabhängigkeit. Stiftungsfinanzierungen sind in Deutschland nicht üblich, anders als zum Beispiel in den USA. Ich kenne die Stiftung Warentest ganz gut; man sollte meinen, das sei eine Stiftung, die die Erträge des Stiftungskapitals für ihr segensreiches Werk nutzt. Zwar handelt es sich in der Tat um eine Stiftung, aber viel Geld hat der Staat nicht gegeben. Der Zusammenhang zwischen Drittmitteln und Unabhängigkeit ist umstritten. Dabei muss man wissen, dass in Deutschland die meisten Drittmittel nicht aus der Industrie kommen, sondern vom Staat, selbst bei der Fraunhofer-Gesellschaft ist das so. Zahlreiche Institute sind der Meinung, dass sie ohne Drittmittel keine Möglichkeit hätten, ihrem Auftrag nachzukommen. Viele, auch wir in der BAM, haben einen Drittmittel-Kodex, der Beschränkungen insbesondere bei Industriemitteln vorsieht. Ohne Drittmittel-Kodex geht es nicht, aber bei einer vernünftigen Handhabung lässt sich trotz Drittmitteln die Unabhängigkeit sichern. Ähnliches gilt für eigene Einnahmen aus bestimmten Dienst- oder Beratungsleistungen. Die können unabhängig machen, weil man nicht so dringend auf jede Haushaltsverhandlung angewiesen ist. Die Verbreiterung der finanziellen Basis ist daher generell ein vernünftiges Mittel.

Über die Themen Transparenz und Kooperation wurde heute schon viel gesagt, deshalb wende ich mich jetzt meinem nächsten Punkt zu: Wissenschaftliche Qualität halte ich für die wesentliche Form der Sicherung von Unabhängigkeit. Mehr noch als durch institutionelle, individuelle und organisatorische Regeln kann man Unabhängigkeit dadurch sichern, dass man wissenschaftliche Qualität abliefert. Dann ist man in gewisser Weise unangreifbar. Ich glaube, wir alle wissen, dass die Themen- und Ergebnisdiskussion mit der ‚Scientific Community‘ das beste Mittel der Qualitätssicherung ist. Es gibt sicherlich kein besseres weltweit. Darüber hinaus schafft eine exzellente Forschung weltweites Ansehen, nicht nur für den einzelnen Wissenschaftler, auch für die Institution. Nach meiner Überzeugung wird eine hochangesehene Institution viel seltener mit unredlichen Methoden und Mitteln angeschossen als eine weniger angesehene. Es ist ebenfalls wichtig für die Unabhängigkeit, wenn die persönliche Reputation persönliche berufliche Alternativen ermöglicht. Ein Wissenschaftler, der jederzeit die Möglichkeit hat, seine Institution zu verlassen, muss sich nicht alles bieten lassen, insbesondere keine Übergriffe in seine wissenschaftliche

Unabhängigkeit. Auch sollte man nicht unterschätzen, dass eine mangelnde berufliche Alternative abhängig macht, selbst den Beamten. Die Akzeptanz durch die Fachwelt vermeidet außerdem das Ignorieren und das Verzerren von Ergebnissen. Wenn Ergebnisse irgendwo in der internationalen Literatur stehen, können sie kaum noch aus der Welt geschafft werden. Und schließlich, das ist meine Hoffnung, stellt sich die Fachwelt im Bedarfsfall, also bei Eingriffen in die Unabhängigkeit, vor ihre Mitglieder. Das gilt insbesondere für die Akademien, aber auch für alle anderen. Ich kenne eigentlich keine Beispiele, wo das nicht passiert ist, wenn auch nicht immer erfolgreich.

Natürlich kann auch eine verständige und noble Obrigkeit dafür sorgen, dass ihre Einrichtung, egal ob Universität oder Bundesinstitut, unabhängig ist. Zum Thema „Sicherung von Unabhängigkeit durch die Obrigkeit“ wurde heute schon Karl Marx zitiert. Ich erlaube mir, diesen Gedanken mit einem Vierzeiler von Heinrich Heine zu illustrieren: „Vertrauet eurem Magistrat, der fromm und liebend schützt den Staat, durch huldreich hochwohlweises Walten. Euch ziemt es, stets das Maul zu halten.“ Das war vor ungefähr 150 Jahren, inzwischen ist die Obrigkeit wesentlich nobler und verständiger geworden als damals.

Nach meiner Überzeugung ist es für die Dienstleistungen und für die Politikberatung wesentlich, dass wir diese Aufgabenbereiche eng mit der wissenschaftlichen Forschung verschränken. Dann, und nur dann, sind sie in hohem Maße qualitätsgesichert. Das war für die Ressortforschung nicht immer eine Selbstverständlichkeit. Ich denke aber, dass dies heute weitgehend erreicht wurde; das sorgt nicht nur für Qualität, sondern auch für Unabhängigkeit. Es ist sowohl für den einzelnen Wissenschaftler als auch für die Institution elementar wichtig, sich als Teil des jeweiligen Wissenschaftssystems, der jeweiligen wissenschaftlichen Community, zu verstehen. Alle Ergebnisse, egal welcher Form, müssen weltweit nachvollzogen werden können und vor der wissenschaftlichen Kritik Bestand haben. Das heißt, man muss sich uneingeschränkt an den geltenden wissenschaftlichen Standards messen lassen. Wenn das gewährleistet ist, kann man zwar auch nicht immer alle Zumutungen in Richtung Einschränkung von Unabhängigkeit vermeiden, aber man kann sie gelassen ertragen.



Podiumsdiskussion I: Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?

Teilnehmer:

Prof. Dr. Anne Glover, Chief Scientific Advisor der Europäischen Kommission, Brüssel

Dr. Catherine Geslain-Lanéelle, Direktorin der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)

Prof. Dr. Jörg Hacker, Deutsche Akademie der Naturforscher, Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften, Halle (Saale)

Prof. Dr. Dr. Andreas Hensel, Präsident des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR)

Prof. Dr. Manfred Hennecke, Präsident der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, Berlin

Prof. Dr. Walter Krämer, Leiter des Instituts für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Technische Universität Dortmund

Dr. Roger Pielke Jr., Center for Science and Technology Policy Research, USA

Moderation: Dr. Patrick Illinger, Journalist

Moderator: Frau Professor Glover, während ich Ihnen zuhörte, hatte ich den Eindruck, dass Sie die Misserfolge aus hundert Jahren wissenschaftlicher Innovation ausgelassen haben, zum Beispiel die Katastrophe von Seveso oder die Fluorchlorkohlenwasserstoffe, die sich in der Atmosphäre negativ auf die Ozonschicht auswirken. Ich habe außerdem gelernt, dass die Welt so schön sein könnte, wenn bloß die Menschen nicht so dumm wären, Risiken einzugehen. Können Sie das kommentieren?

Prof. Glover: Das Ziel meiner Rede war es, etwas Ausgewogenheit zu schaffen. Wir reden nämlich immer über die negativen Dinge und verlieren die positiven Aspekte oft aus den Augen. Selbst die Fluorchlorkohlenwasserstoffe erfüllten ein dringendes Bedürfnis der menschlichen Bevölkerung, hatten aber unerwartete Auswirkungen, besonders auf die Ozonschicht. Also hat die Wissenschaft, gemeinsam mit Politikern, Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit, Lösungen geliefert. Ich wollte nur ansprechen, dass wir nicht in einer risikofreien Welt leben können und daher Risiken akzeptieren müssen. Dafür brauchen wir Einrichtungen wie das BfR und die Behörden der Europäischen Kommission. Sie helfen uns, Risiken einzuschätzen und ihnen zu begegnen. Im Fall der Fluorchlorkohlenwasserstoffe waren wir nicht sonderlich nachlässig; wir mussten einfach nur stetig Wissen zusammentragen. Wir sollten also niemanden beschuldigen, sondern Verfahren bereithalten, die sicherstellen, dass wir auf Probleme sofort reagieren können. Außerdem sollten wir vorhersagen können, ob es ein Problem geben könnte; wir sollten ferner über die richtigen Strukturen verfügen, um den Schaden möglichst gering zu halten.

Moderator: Ich habe den Eindruck, dass Sie, wenn die Menschen Atomkraft oder GVOs ablehnen, annehmen, ihre Haltung sei in Angst begründet. Aber es kann andere Gründe geben, warum Menschen diese Bereiche ablehnen. Sollten wir diese nicht auch berücksichtigen?

Prof. Glover: Ja, unbedingt. Tatsächlich verfolgte mein Land in der Zeit, als ich oberste Wissenschaftsberaterin von Schottland war, eine strikt ablehnende Atompolitik. Dennoch konzentrierten sich unsere Diskussionen in Schottland nicht ausschließlich auf die Gefahren der Atomenergie, sondern auf die Tatsache, dass wir in Schottland über 40 Prozent der erneuerbaren Energieressourcen in Europa verfügen. Es wäre schon fast kriminell, nicht in diese Technik zu investieren und sie auf den Markt zu bringen. Daher hat sich die Politik gegen Atomkraft entschieden. Wir lehnen also nicht einfach die Erkenntnisse ab, weil sie uns nicht gefallen, sondern weil wir andere Prioritäten haben, zum Beispiel Kosten, soziale Auswirkungen, IT oder Ethik. Wir müssen Erkenntnisse akzeptieren, aber unter Umständen nutzen wir sie aus anderen Gründen dann nicht. Das ist absolut vernünftig.

Moderator: Herr Dr. Pielke, sollte die öffentliche Meinung nicht Teil der wissenschaftlichen Erkenntnis sein? Oder anders gefragt: Kann die Wissenschaft die öffentliche Meinung verändern?

Prof. Pielke: Ich denke, dass ein Engagement der Öffentlichkeit in wissenschaftlichen Themen von entscheidender Bedeutung ist. Es ist wichtig, die Autorität der wissenschaftlichen Gemeinschaft zu legitimieren. Andererseits denke ich nicht, dass die Öffentlichkeit zu den technischen Überlegungen, die Wissenschaftler anstellen, viel beitragen kann. Mir gefällt der Kommentar, den Stephen Chu von Daniel Patrick Moynihan bekam: Wir haben alle ein Recht auf eine eigene Meinung, aber nicht auf eigene Fakten. Einer meiner liebsten Kommentatoren ist Walter Lippman, der für die New York Times schrieb. Anfang des 20. Jahrhunderts sagte er, die Rolle der Demokratie bestehe nicht darin, alle Menschen dazu zu bringen, gleich zu denken, sondern darin, Menschen mit unterschiedlichen Meinungen zu gemeinsamem Handeln zu bewegen. Viele unserer heutigen Debatten werden geführt, um jeden dazu zu bewegen, diese oder jene Tatsache zu glauben. Aus dem historischen Blickwinkel geschieht politisches Handeln nicht, weil alle dasselbe denken, sondern weil kreative Politik zu einer Angleichung der Interessen führt.

Moderator: Frau Geslain-Lanéelle, warum akzeptieren Sie Interessenkonflikte überhaupt?

Dr. Geslain-Lanéelle: Wir akzeptieren Interessenkonflikte nicht. Natürlich müssen wir die Interessen der Experten kennen, mit denen wir zusammen arbeiten. Aber wenn ein Interesse besteht, heißt das noch nicht, dass auch ein Interessenkonflikt vorliegt.

Moderator: Lassen Sie mich anders fragen. Wäre es nicht besser für die EFSA, ihren Experten jedes Engagement in der Industrie zu verbieten?

Dr. Geslain-Lanéelle: In einer Organisation wie der EFSA kann es leicht unterschiedliche Auffassungen unter verschiedenen Menschen aus verschiedenen Kulturen und Ländern darüber geben, was ein Interessenkonflikt ist. Es ist wichtig, dass wir transparent darlegen, wie wir einen Interessenkonflikt definieren und charakterisieren. Wir müssen außerdem sicherstellen, dass wir unsere Regeln auch ordentlich anwenden. Wir lehnen den puristischen Ansatz ab, weil wir dadurch vielleicht mit einer perfekten Vision dastehen, aber ohne wissenschaftliche Experten. Das wollen wir nicht. Wir wollen Experten mit einer Vielzahl von Interessen.

Moderator: Es ist interessant, dass Sie keine Experten finden, die nicht in der Lebensmittelindustrie engagiert sind.

Dr. Geslain-Lanéelle: Wir arbeiten ja nicht mit wissenschaftlichen Experten zusammen, die in der Industrie arbeiten, sondern mit Leuten aus Universitäten, öffentlichen Forschungseinrichtungen und nationalen Lebensmittelsicherheitsorganisationen. Lassen Sie mich hinzufügen, dass ich es für wichtig halte, dass Wissenschaftler sich weiterhin in der Gesellschaft engagieren. Wenn Wissenschaftler nicht die Fragen verstehen, die die Gesellschaft stellt, dann sind unsere Mitteilungen unter Umständen belanglos. Und das wollen wir natürlich nicht.

Moderator: Aber würde nicht in der Gesellschaft ein schlechter Eindruck entstehen, wenn die Experten, die über Lebensmittelsicherheit entscheiden, mit der Industrie verstrickt sind?

Dr. Geslain-Lanéelle: Es ist ziemlich offensichtlich, dass unsere Grundsätze nicht zu Privilegien oder Geschenken an die Industrie führen: 80 Prozent der von der Industrie eingereichten Health Claims sind abgelehnt worden, auf der Grundlage der Bewertungen der EFSA.

Moderator: Professor Krämer, ist es wirklich so, dass all diejenigen, die Ihre Meinung über die Wirtschaft und den Euro nicht teilen oder nicht äußern, abhängig sind? Und Sie selbst zählen zu den Unabhängigen? Kann man das so sagen?

Prof. Krämer: Oh nein. Industrievertreter und Bankenvertreter vertreten die Industrie und die Banken. Das ist legal.

Moderator: Ich rede jetzt von unabhängigen Ökonomen.

Prof. Krämer: Gut. Ich habe den Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaft, also die fünf Weisen, sehr gelobt. Wie schon erwähnt, halte ich deren

Gutachten für das Beste, was zu diesem Thema in Deutschland im letzten Jahr geschrieben wurde. Es findet zwar nicht die Beachtung, die es verdient, aber es ist gut. Vor diesen Leuten habe ich Hochachtung und verbeuge mich. Sie machen ihren Job perfekt, nur hört niemand auf sie.

Moderator: Die Ökonomie erscheint mir nach der Paläanthropologie die am meisten zerstrittene Wissenschaft, die ich kenne. Wenn ein Knochen gefunden wird, können Sie hinsichtlich der Deutung Saalschlachten erleben. Zumindest ist das mein Eindruck.

Prof. Krämer: Ich protestiere energisch. Bei den allermeisten Themen sind 99,9 Prozent aller Ökonomen einer Meinung. Ich kann nachvollziehen, dass die Medien gerne einen anderen Eindruck verbreiten, weil es sonst zu langweilig wäre. Deshalb werden immer die verbliebenen 0,1 Prozent aus der letzten Ecke hervorgekramt, um noch einen Gegenartikel platzieren zu können. Dennoch gibt es bei den allermeisten Themen, unabhängig davon ob es sich um Studiengebühren, Eurokrise, dem Einfrieren von Mietpreisen oder andere Diskussionen handelt, eine ganz dezidierte Mehrheitsmeinung.

Moderator: Ich konnte es kaum erwarten, bis die Medienschelte kommt. Wir halten fest, der öffentliche Eindruck muss sich noch ein bisschen zurechtrücken; der Anstoß dafür könnte allerdings auch aus der Ökonomie selbst kommen. Professor Hacker, darf jemand der Leopoldina angehören, der gegen Gentechnik ist?

Prof. Hacker: Ja.

Moderator: Das passiert aber wahrscheinlich nicht, oder doch?

Prof. Hacker: Wir fragen das nicht ab. Aber ich kann ich mir schon vorstellen, dass wir bei den Geistes- und Sozialwissenschaftlern durchaus gentechnikkritische Einstellungen vorfinden. Auch bei den Lebenswissenschaftlern wird diese Frage differenziert gesehen. Die Erforschung der Methoden zur Veränderung von Pflanzen gehört zum Beispiel zur Grundlagenforschung dazu. Eine zweite Frage zielt darauf, inwieweit Saatgut verändert werden sollte und welche ökonomischen Interessen in diesem Bereich eine Rolle spielen. Ich denke, die Leopoldina hat keine Einheitsmeinung zu solch kontrovers diskutierten Themen.

Moderator: Bei der akademischen Grundlagenforschung nimmt man immer an, sie sei in höchstem Maße unabhängig. Ist das denn wirklich so? Wird die Grundlagenforschung nicht auch zum Teil durch Drittmittel oder Modetrends gesteuert? Es gibt durchaus wissenschaftliche Themen, die en vogue sind. Vor zehn Jahren zählte dazu zum Beispiel die Nanotechnologie, vor ein paar Jahren war es die Gender-Forschung in den Geisteswissenschaften. Führt das nicht zu gewisser Abhängigkeit und dazu, dass man als Förderorganisation plötzlich ganz neue und viele Forschungsanträge bekommt?

Prof. Hacker: Grundsätzlich ist es natürlich so, dass Drittmittel oft, auch bedingt durch die entsprechende staatliche Förderpolitik, für bestimmte Themenkomplexe vergeben werden. Wir haben heute schon darüber gesprochen, dass es Felder gibt, in denen sich die Forschung konzentriert, in denen der wissenschaftliche ‚Mainstream‘ abläuft. Das wird es immer geben, aber daneben sollten auch alternative Positionen eine Chance haben.

Moderator: Wie sehen Sie denn den nicht-industriellen Einfluss bei der Mittelvergabe in Bezug auf Strömungen und Moden? Wie ist es mit dem Forschungsministerium, das plötzlich ein Thema entdeckt?

Prof. Hacker: Natürlich gibt es in der Wissenschaft immer bestimmte Trends und methodische Zugänge, die sich neu etablieren. Die DFG als die größte Förderorganisation für Grundlagenforschung in Deutschland vergibt jährlich 2,7 Milliarden Euro. Da existieren etablierte Verfahren, mit denen üblicherweise nach wissenschaftlicher Exzellenz und wissenschaftlichen Kriterien geurteilt wird. Das geschieht durch gewählte Fachkollegen in entsprechenden Gremien der DFG. Bei der Max-Planck-Gesellschaft ist es ähnlich; Themen werden gesucht, Institute umstrukturiert und neu entwickelt. Aber neue Themen setzen sich oftmals schwer durch. Eine interdisziplinäre Herangehensweise ist beispielsweise nichts Neues, wenn Chemiker mit Lebenswissenschaftlern zusammenarbeiten. Wenn aber Chemiker mit Sozialwissenschaftlern zusammenarbeiten und Projekte definieren, kann das zunächst ungewöhnlich sein. Betrachtet man die gesamte Wissenschaftslandschaft, so sehe ich die Unabhängigkeit nicht gefährdet, auch wenn es einzelne Ausnahmen gibt.

Moderator: Professor Hennecke, wenn Sie Kaiser von Deutschland wären, würden Sie die Aufgaben, die heute die Ressortforschungseinrichtungen übernehmen, völlig anders verteilen? Man könnte sich zum Beispiel vorstellen, dass sie nicht den Ministerien zugeordnet sind, sondern vielleicht der Leopoldina oder ganz anders.

Prof. Hennecke: Wenn ich die Entscheidungsgewalt hätte, würde ich diese historisch gewachsene Landschaft schon kritisch anschauen. Einige Institutionen sind über 150 Jahre alt, andere wie das BfR sind zehn Jahre alt. Manche sind aus einer aktuellen politischen Krise geboren, manche auch aus einer sehr langfristigen Beobachtung des Bedarfs. Ich glaube nicht, dass irgendeine der verschiedenen Organisationsformen der Wissenschaft in Deutschland per se einen Wettbewerbsvorteil hinsichtlich der Effizienz besitzt, mit der sie ihre Aufgabe erledigt. Es gibt Einrichtungen der Ressortforschung, die genauso gut bei der Helmholtz-Gemeinschaft angesiedelt sein könnten. Die Zuordnung sollte eine reine Frage der Zweckmäßigkeit sein.

Moderator: Professor Hensel, wie wahren Sie die Unabhängigkeit im Umgang mit Industriekontakten?

Prof. Hensel: Ich halte eine einseitige Verteufelung der Industrie in dieser Frage für völlig verfehlt. Wissenschaft hat zunächst nichts damit zu tun, wer das Geld gibt. Sie definiert sich über wissenschaftliche Kriterien; diese Kriterien lassen sich beschreiben. Im Übrigen akzeptieren wir die Wissenschaft in vielen Bereichen der Industrie. Nein, ich glaube, wir müssen definieren, wofür die Unabhängigkeit der Wissenschaft wichtig ist. Denn wir haben ja ein Ziel vor Augen, nämlich die Verbreitung einer Fachmeinung auf eine transparente und nachvollziehbare Weise. Es geht darum, ob wir, wie von Herrn Grunwald vorgetragen, den Prozess des Erkenntnisgewinns und sein Ergebnis in Teile zerlegen können, die auch von Laien nachvollziehbar sind. Damit wäre mehr erreicht als mit der rein formalen Forderung nach Unabhängigkeit und Offenlegung der Finanzierung. Die Frage nach der Bezahlung berührt natürlich auch ein gesellschaftliches Phänomen; mich würde diesbezüglich ein Vergleich mit Amerika interessieren. Leider ist die Nachricht, eine Studie im Gesundheitswesen oder im Lebensmittelbereich sei von der Industrie bezahlt, in

Deutschland mit einem negativen Beigeschmack besetzt, der viel mit der Perzeption des Verbrauchers zu tun hat. Viele Bürger denken, die große, böse Industrie mit all ihren Mitteln habe sich etwas ausgedacht, was der Laie nicht mehr kontrollieren könne. Diesem Kontrollverlust folgt eine ablehnende Haltung. Ich will nicht verhehlen, dass im Bereich der NGOs Geschäftsmodelle existieren, die diese öffentliche Wahrnehmung aufgreifen. Sie vertreten die Ansicht, man müsse den Bürger vor dem bösen Staat, vor der bösen Industrie oder vor der Wirtschaft schützen. Frau Glover sprach dieses Phänomen an: Menschen nehmen oft nur das wahr, was sie erwarten, und nutzen diese selektive Wahrnehmung, um ihre eigenen Argumente zu verstärken.

Moderator: Das werden wir morgen kritisch hinterfragen. Ich wollte aber jetzt dem Publikum noch die Möglichkeit geben, Fragen zu stellen.

Publikum: Meine Frage an Prof. Krämer und Dr. Pielke lautet: Welche Rolle spielen Open Access-Zeitschriften, die den offenen Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen ermöglichen, für die Unabhängigkeit der Wissenschaft? Entsteht dadurch mehr Nachfrage?

Prof. Krämer: Momentan müssen die Autoren sehr viel für eine Veröffentlichung in einem Open-Access-Journal zahlen: Erst letzte Woche habe ich dort eine Publikation eingereicht; die Veröffentlichung kostet mich 3.000 Euro. Fiele diese Hürde weg, dann könnte Open Access dazu beitragen, dass wissenschaftliche Ergebnisse leichter verbreitet werden.

Prof. Glover: Die Europäische Kommission strebt eine „Open Access“-Politik an. Horizon 2020, die nächste Förderinitiative der EU, wird die Geförderten dazu ermutigen, in „Open Access“-Journalen zu veröffentlichen. Ich denke, das ist ein guter Ansatz.

Moderator: Meine Damen und Herren, für den heutigen Tag bedanke ich mich bei Ihnen auf dem Podium ganz herzlich dafür, dass Sie vorgetragen haben; den Teilnehmern danke ich fürs Zuhören.

Elemente einer unabhängigen Politikberatung

Professor Reiner Wittkowski,

*Vizepräsident des Bundesinstituts für
Risikobewertung, Berlin*



Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zum zweiten Tag unserer Veranstaltung. Wir werden heute diskutieren, wie wir die Unabhängigkeit sichern, die zu Recht von Institutionen wie dem BfR gefordert wird. Jeder geht ganz selbstverständlich von der eigenen Unabhängigkeit aus. Wir haben gestern diskutiert, wie sich diese Unabhängigkeit einstellt, welche Kriterien dafür erfüllt sein müssen und wie man die eigene Unabhängigkeit glaubhaft macht. Ich glaube, das haben wir gut vermittelt. Erlauben Sie mir, dass ich kurz das gestern Gesagte zusammenfasse. Ich beginne mit einem Zitat von Max Weber, der 1919 sagte: „Wo immer der Mann der Wissenschaft zu einem eigenen Werturteil kommt, hört das volle Verstehen der Tatsachen auf.“ Das passt gut zu dem, was Herr Grunwald gestern formuliert hat: Die Wissenschaft ist kein Hüter der Wahrheit, sondern folgt einem dynamischen Prozess, der der jeweiligen Erkenntnisgewinnung dient.

Politikberatung, auch das haben wir gestern gelernt, findet nicht nur hier im BfR in Deutschland statt, sondern auf der europäischen und der globalen Ebene. Erst im letzten Jahr mussten wir schmerzlich erfahren, dass Lebensmittel-, Chemikalien- und Produktsicherheit eine globale Dimension aufweisen. Wir haben gestern einen Vortrag der Generaldirektorin der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA gehört; es ist klar, dass Projekte oder Themenschwerpunkte nicht nur in der EFSA bearbeitet werden, sondern durchaus auch federführend in den nationalen Agenturen, die dann miteinander agieren und das bestehende Netzwerk zum Wohle des Verbrauchers und der Entscheidungsträger nutzen müssen. In den Leitlinien der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften sind eben drei Kernelemente der Unabhängigkeit benannt: die Freiheit der Methodenwahl, die Freiheit der Informationsgrundlage, und – ganz wichtig – die Freiheit der Interpretation von Ergebnissen. Das ist etwas grundsätzlich anderes als eine Meinungsführerschaft, eine Deutungshoheit von Wissenschaftlern, die meinen, dass die Daten, die sie selber generiert haben, letztlich auch nur von ihnen selber interpretiert werden können. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Deswegen braucht die Politik wissenschaftlichen Sachverstand; so äußerten sich der Staatssekretär und auch die Ministerin gestern.

Insbesondere ist die Legislative zunehmend zu einem wichtigen Nachfrager und Adressaten von Expertise geworden. Regierung und Parlamente sehen sich bei der Formulierung von Gesetzen immer häufiger mit komplexen Sachverhalten konfrontiert. Als Kriterien guter Wissenschaft müssen dabei Transparenz und Offenlegung, Unvoreingenommenheit und Autonomie gelten. Es geht nicht um Autokratie oder um die Autonomie in der Themenfindung, so formulierte es Herr Grunwald. Das passt zu dem Satz der komplexen Entscheidungsfindung, die Herr Riesenhuber thematisiert hat und die darin begründet ist, dass sich unser Wissen alle vier Jahre verdoppelt.

Diesem Umstand verdanken wir nicht nur die Gründung des BfR in Deutschland; auch der gesundheitliche Verbraucherschutz in Europa wurde als Folge der BSE-Krise neu gegliedert. Das BfR wurde vor zehn Jahren als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) gegründet. Man verfolgte damit das Grundkonzept einer Trennung von Risikobewertung und Risikokommunikation vom Risikomanagement. Damit wollte man eine qualifizierte wissenschaftliche Bewertung sicherstellen, frei von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Einflüssen. Ich beziehe mich dabei auf die Ausführungen von Herrn Riesenhuber: Es geht hier in erster Linie um Orientierungswissen. Es geht um die Bereitstellung wissenschaftlicher Expertise und das Erstellen von Entscheidungsgrundlagen als Ergebnis einer Metaanalyse, nicht notwendigerweise um Grundlagenforschung.

Zieht man Bilanz und bewertet die Arbeit des BfR, dann ist es durchaus sinnvoll, in die Entscheidungsgrundlage zur Gründung des BfR, das „von Wedel“-Gutachten von 2001, zu schauen. Dort wird gefordert, dass die Unabhängigkeit des BfR im Errichtungsstatut ausdrücklich normiert und durch eine klare organisatorische Trennung von den politisch gepflegten Strukturen des Risikomanagements abgesichert wird. Weiter heißt es, die wissenschaftliche Stelle solle bei politisch Verantwortlichen, in Fachkreisen und in der Öffentlichkeit die höchste wissenschaftliche Autorität genießen. Mit dieser allgemein anerkannten Kompetenz soll sie die politischen Entscheidungsträger objektiv und präventiv beraten und Verwaltungen rechtzeitig auf Probleme hinweisen. Als unbestrittene Fachautorität kann die wissenschaftliche Stelle mit Stellungnahmen und Gutachten zur Klärung wissenschaftlicher Streitfragen auf dem Gebiet der Lebensmittelsicherheit beitragen. Dabei steht es grundsätzlich in ihrem Ermessen, ob, wie und zu welchem Zeitpunkt sie sich wissenschaftlich dazu äußert. Auch das ist wichtig: Von der wissenschaftlichen Stelle wird erwartet, dass sie im Rahmen ihrer Politikberatung die für das Risikomanagement Verantwortlichen unterrichtet, wenn sich aufgrund ihrer wissenschaftlichen Beurteilung Risiken für die Lebensmittelsicherheit abzeichnen. Hier ist das Selbstbefassungsrecht des BfR bereits verankert.

Das heißt, das BfR übernimmt die Funktion eines Spürhunds dort, wo Risiken zu befürchten sind; es bewertet und kommuniziert sie und bindet sie in seine Beratungsleistung ein. Bei Bedarf sollte sich die wissenschaftliche Stelle auch an die Öffentlichkeit wenden können. Ob und in welcher Weise sie ihre Erkenntnisse veröffentlicht, muss sie im Rahmen ihrer Unabhängigkeit in jedem Einzelfall entscheiden. Dabei wird sie zwischen den Informationsbedürfnissen der Verbraucher sowie den allgemeinen gesellschaftspolitischen Auswirkungen und Interessen privater Dritter abwägen und außerdem Datenschutzfragen beachten. Soweit die Empfehlungen, das war die Grundlage, die gesetzlich fixiert wurde,

nicht nur in der Neuordnung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes, sondern auch im Errichtungsgesetz des BfR. Dort ist definitiv festgelegt, dass das BfR in seiner Forschung und in seiner wissenschaftlichen Bewertung und Beratungsleistung weisungsunabhängig ist. Selbst die Bundeskanzlerin könnte uns nicht verbieten, Dinge zu tun oder zu kommunizieren. Wir müssen zu ihrer Ehrenrettung sagen, sie hat es auch noch nie probiert.

Mit der neuen Aufgabe stellte sich die Frage, wie wir unserem Auftrag gerecht werden, unabhängige Beratung auf höchstem wissenschaftlichen Niveau zu gewährleisten, fachliche Expertise zu generieren und bereitzustellen und das Verbrauchervertrauen, das während der BSE-Krise verlorengegangen war, wieder zurückzugewinnen. Wir haben in einer sehr aufwändigen internen Diskursrunde diskutiert, wer zu unserem „Kundenkreis“ gehört, wie unser Auftrag lautet, wie wir die Erfüllung unseres Auftrags gewährleisten und wie unsere Kommunikation in der Öffentlichkeit Glaubwürdigkeit erlangt. Wir haben drei wichtige Säulen identifiziert: die Wissenschaft, die Unabhängigkeit und die Transparenz. Ich möchte Ihnen das gerne anhand einiger Beispiele erläutern.

Beginnen wir mit der Wissenschaft: Wer betreibt Wissenschaft, und welcher Wissenschaftler ist geeignet, eine Beratungsleistung zu erbringen? Niemand würde sich von einem Herzchirurgen beraten oder behandeln lassen, der seit zehn Jahre nicht mehr praktiziert. Wir müssen also gewährleisten, dass die Beratungsleistung von Wissenschaftlern kommt, die selbst aktiv in die Forschung eingebunden sind. Wissenschaftliche Expertise entsteht im Rahmen eines wissenschaftlichen Diskurses, der nicht nur innerhalb des BfR, sondern mit der gesamten wissenschaftlichen Gemeinschaft geführt wird. Wer in dieser Gemeinschaft anerkannt sein möchte, der muss aufgrund eigener Expertise, eigener Forschungsleistung und Bewertungsarbeit bestehen können. Das BfR wird durch einen externen wissenschaftlichen Beirat unterstützt und wir haben ein Kommissionswesen zur Beratung des BfR aufgebaut, um Expertise von außerhalb einzuholen, sie zu diskutieren und unsere Bewertungen zu überprüfen. Letztlich dienen diese wissenschaftlichen Kommissionen auch der externen Qualitätssicherung unserer wissenschaftlichen Arbeit.

Kommen wir zur Unabhängigkeit. Es reicht nicht aus, wenn sie im Gesetz steht, ohne dass sie gelebt wird. Es reicht auch nicht, wenn wir versichern, wir seien unabhängig; es müssen vielmehr Kriterien festgelegt werden, die diese Unabhängigkeit garantieren. Um sicherzustellen, dass unsere Bewertungen interdisziplinär erfolgen, haben wir Experten mit gleicher oder ähnlicher Expertise in Organisationseinheiten zusammengefasst. Alle unsere Aufträge werden von genau denen bearbeitet, die die optimale Expertise dazu mitbringen. Unabhängig davon, um welche Stellungnahme es sich handelt oder welcher Gesetzesvollzug bedient wird, immer werden alle Experten gehört, die dazu etwas zu sagen haben. Dazu laufen alle unsere Aufträge zunächst in einer Clearingstelle ein. Sie arbeitet direkt der Leitung zu und legt fest, wer zu beteiligen ist. Wir arbeiten also nach dem Mehraugenprinzip und mit einer Beteiligungsverpflichtung. Diese interdisziplinäre Zusammenarbeit läuft über festgelegte Prozesse, die sowohl intern als auch extern immer wieder überprüft werden. Dabei hilft uns die Zertifizierung, wir sind komplett ISO-zertifiziert.

Es gab außerdem Diskussionen darüber, für wen wir eigentlich da sind. Die meisten Mitarbeiter waren zunächst der Auffassung, dass wir in erster Linie für den Verbraucher da sein sollten. Letztlich ist das aber nur mittelbar der Fall. Denn wir bedienen hauptsächlich die Multiplikatoren, also die politischen Entscheidungsträger, die Presse ebenso wie

wissenschaftliche Einrichtungen, wissenschaftliche Gesellschaften oder Berufsvereinigungen. Wir wollen eigentlich keine Einzelpersonen, auch keine einzelnen Politiker oder einzelnen Firmen beraten.

Aber selbstverständlich sitzen wir nicht im Elfenbeinturm, sondern sind Teil dieser Gesellschaft. Herr Riesenhuber mahnte gestern an, dass viel zu wenige Wissenschaftler in den Parlamenten vertreten sind. Das heißt, wir müssen uns dem Diskurs stellen mit allen, die von unserer Arbeit profitieren oder davon betroffen sind, positiv oder auch negativ. Das heißt, wir führen Gespräche mit Verbänden, politischen Fraktionen, Ausschüssen des Bundestages, mit NGOs und Verbraucherverbänden, aber eben nicht mit Einzelpersonen.

Das Bundesbeamtengesetz und die Regelungen des öffentlichen Dienstes gelten für alle Wissenschaftler und Mitarbeiter des BfR; so lassen sich Korruption verhindern und Nebentätigkeiten überprüfen. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass sämtliche Bewertungen und die gesamte Bewertungsleistung des BfR von BfR-Mitarbeitern kommen. Auch wenn wir ein Kommissionswesen haben, so nehmen diese Kommissionen an den Bewertungsleistungen des BfR nicht teil. Das unterscheidet uns durchaus von der EFSA. Denn die EFSA ist als nicht-wissenschaftliche Einrichtung von der Expertise der EFSA-Panels abhängig. Selbstverständlich stehen uns keine Mittel der Industrie oder anderer Interessensvertretungen zur Verfügung; wir finanzieren uns über den Staatshaushalt. Wenn wir Drittmittel zur Forschung einwerben, dann kommen die Gelder entweder von Ministerien, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder der Europäischen Union. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Element, um Unabhängigkeit glaubwürdig nach außen zu vertreten. Sicher gibt es unabhängige Wissenschaftler an Universitäten, die einen Teil ihrer Forschungen durch die Industrie finanzieren. Wenn aber Zweifel an der Unabhängigkeit einer Einrichtung aufkommen, weil sie Forschungsgelder von der Industrie erhält, dann lässt sich dieser Vorwurf meist nicht entkräften. Deswegen muss man hier, meiner Ansicht nach, eine ganz klare Linie ziehen.

Standardisierung und Transparenz sind uns gerade vor dem Hintergrund des europäischen und globalen Gedankens wichtig. Wir beraten in erster Linie Ministerien im Hinblick auf gesetzliche Verfahren in den Bereichen Pflanzenschutzmittel, Chemikalien, Biozide, gentechnisch veränderte Organismen, Novel Food. Diese Beratungsleistung machen wir in Form von Berichten öffentlich und stellen sie ins Internet. Wir müssen bei dieser Offenlegung allerdings den Schutz des geistigen Eigentums respektieren. Dort, wo Unterlagen für die Chemikalienzulassung oder auch für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln die Rechte der Antragsteller schützen, können wir das Recht nicht beugen. Aber darüber hinaus wird unser gesamter Output der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, ebenso wie die Begründung, warum wir tätig werden, und eine Liste der Aspekte, die möglicherweise nicht abschließend bewertet werden können, weil es dort Wissenslücken oder Interpretationsspielräume gibt. Man kann nachlesen, welche Kriterien wir bei einer Bewertung anlegen, wie wir mit wissenschaftlichen Informationen umgehen, wie wir wissenschaftliche Publikationen würdigen und wie wir unter Umständen zu der Entscheidung kommen, eine Publikation nicht zu berücksichtigen, weil sie den wissenschaftlichen Qualitätskriterien nicht entspricht. Darüber hinaus haben wir verschiedene Veranstaltungsformate entwickelt, vom Expertengespräch über Symposien, Verbraucher- oder Stakeholderkonferenzen bis hin zu den BfR-Foren. Diese Veranstaltungen befassen sich mit Themen, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden und zu denen auch die Fachwelt wenige Informationen hat. Denken Sie an

die Bewertung von Mehrfachrückständen bei Pflanzenschutzmitteln, die Nanotechnologie oder das große Thema der natürlichen Inhaltsstoffe mit toxikologischem Potenzial. Auch wenn es bei diesen Veranstaltungen in den meisten Fällen nicht gelingt, einen Konsens zu erzielen, werden alle dort vertretenen Standpunkte transparent gemacht, so dass jeder sich selber ein Bild zum Stand des Wissens und vor allem auch des Nichtwissens machen kann.

Wissenschaftliche Politikberatung kann und soll politische Entscheidungen und den allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs nicht ersetzen, aber sie kann diesen vorbereiten, ermöglichen und kritisch begleiten. Entscheidend dabei ist, dass politische Beratung öffentlich und transparent erfolgt. Ist dies nicht der Fall, kann es zu Vertrauensverlusten kommen. Deswegen stellen wir diese Transparenz her, und deswegen glaube ich auch, dass die Mehrzahl unserer Adressaten dem BfR vertraut. Wissenschaftliche Kontroversen und Unsicherheiten müssen verständlich dargelegt werden. Dazu gehören auch die transparente Darstellung von wissenschaftlichem Dissens und das Fehlen von wissenschaftlicher Expertise oder Erkenntnis. Dies zu leisten, gehört zu unserem Selbstverständnis.

Wir haben bereits vor zehn Jahren eine wissenschaftliche Referenzfunktion bei der Risikobewertung angestrebt. Dazu gehört die enge Zusammenarbeit zwischen nationalen und europäischen Lebensmittelbehörden, so wie es ja auch in der Lebensmittelbasisverordnung steht. Wir müssen Wissen zusammenführen, „Best Practice“-Erfahrungen aus den Mitgliedstaaten und aus der EFSA zum Wohle der Verbraucher nutzen, und harmonisierte Methoden einsetzen. Wir müssen an standardisierten Verfahren arbeiten, um Vergleichbarkeit zu erreichen und nationale Experten auch in der wissenschaftlichen Schwerpunktexpertise in Europa einbeziehen. Sie wissen, es gibt sehr kleine Mitgliedstaaten in der EU, die nicht so ressourcenstark sind wie Frankreich, Österreich, Großbritannien oder auch Deutschland. Um die EFSA hier zu entlasten, sollte man über eine Art Peer-Reviewing unter Einbeziehung nationaler Expertengruppen nachdenken. Dieser Ansatz ist aber noch nicht zu Ende diskutiert.

Sie wissen, dass auch immer wieder Zweifel an unserer Unabhängigkeit geäußert werden. Im Mai 2012 veröffentlichte die Zeitschrift Testbiotech einen Bericht, in dem die Unabhängigkeit des BfR deswegen infrage gestellt wurde, weil Mitglieder der GVO-Kommission zum Teil in der Industrie tätig sind oder waren oder auch an Patenten beteiligt sind oder waren. Die entsprechende Resonanz in den Medien war leider sehr undifferenziert; vieles von dem, was dort veröffentlicht wurde, war sachlich nicht korrekt. Das führte dazu, dass nicht nur das BfR, sondern auch Mitglieder dieser Kommissionen persönlich diffamiert wurden. Es gab daraufhin eine kleine Anfrage vom Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag; sie bezog sich nicht ausschließlich auf das BfR, sondern auch auf andere Institutionen des Bundes mit Bewertungs- oder bei Zulassungsaufgaben. Ähnlich wie im Fall der EFSA lag der Schwerpunkt dieser nationalen Anfrage auf den GVOs und den Pflanzenschutzmitteln beziehungsweise den zuständigen Kommissionen. Nun, wir haben diese Fragen beantwortet, es gab eine Antwort der Bundesregierung, die vom ARD-Nachrichten-Magazin „Report“ aufgegriffen wurde. Wir waren mit der Berichterstattung nicht ganz zufrieden, weil die Sendung Zusammenhänge bewusst falsch darstellte. Ich sage das bewusst, weil die Redaktion Kenntnis der tatsächlichen Zusammenhänge hatte. Ich habe vorher ausgeführt, dass sowohl die Kommissionen als auch das BfR unabhängig sind. Im Bericht wurden letztere jedoch als Kontrollgremien des BfR bezeichnet. Wäre das so, dann würde Lobbyismus tatsächlich eine Rolle spielen. Davon kann aber keine Rede sein.

Wir haben daraufhin auch hier unsere Verpflichtung zur Transparenz wahrgenommen und uns dazu entschlossen, die Unabhängigkeit des BfR öffentlich zu kommunizieren.

Im Rahmen unseres Qualitätssicherungssystems stellen wir diese Transparenz von Zeit zu Zeit auf den Prüfstand: Gibt es neue Entwicklungen oder vielleicht sogar neue Anforderungen an das BfR, denen wir gerecht werden müssen? Dass solche Überlegungen nicht unbedingt selbstverständlich sind, sehen Sie am Beispiel Fukushima: Gut eineinhalb Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima kommen Zweifel auf an der Neutralität von vier Mitgliedern einer japanischen Regierungskommission, die für die Reaktorsicherheitsstandards zuständig waren. Dieses Gremium zur Festlegung von Sicherheitsstandards war erst 2012 eingerichtet worden, um der Atomaufsicht mehr Unabhängigkeit zu verleihen. Zuvor waren die zuständigen Experten in einem Ministerium angesiedelt, das die Atomindustrie förderte. Im Bemühen um mehr Transparenz hatte man bei Festlegung dieser Kommission gefordert, finanzielle Aktivitäten offenzulegen. Dabei kam heraus, dass Kommissionsmitglieder Gelder von der Atomindustrie erhalten hatten. Das war zwar legal in Japan; es führte aber zu massiven Vertrauensverlusten schon bei Gründung der Kommission.

Herr Hacker führte noch ein anderes Beispiel an: Vor einem Monat erhielten sechs Wissenschaftler und ein Behördenvertreter einer Kommission lange Haftstrafen, weil sie das Erdbebenrisiko in der Abruzzenstadt L'Aquila verharmlost haben sollen. Sie hatten zwar leichtere Erdstöße vor der Erdbebenkatastrophe festgestellt, waren aber zu dem Schluss gekommen, es bestehe kein erhöhtes Risiko. Damit haben die Experten im Einklang mit der wissenschaftlichen Erkenntnis gehandelt, dass man Erdbeben nicht vorhersehen kann. Die Staatsanwaltschaft beharrte aber darauf, die Wissenschaftler hätten die Gefahr verharmlost; die Analyse der Experten sei auf kriminelle Weise fehlerhaft sowie nutzlos und widersprüchlich gewesen. Die Aussage der Verteidigung in diesen Prozess ist bemerkenswert. Sie argumentierte, bei einer Verurteilung der Experten werde sich zukünftig kein Wissenschaftler mehr zum Phänomen Erdbeben äußern, wenn er befürchten muss, für eine Vorhersage, die naturgemäß spekulativ ist, in Haft genommen zu werden. Vielen Dank.

Moderator: Vielen Dank, Professor Wittkowski, für die Einführung in den zweiten Tag. Bitte begrüßen Sie jetzt den nächsten Redner, Thilo Bode. Er studierte Soziologie und Volkswirtschaft, promovierte über Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern und betreute auch Projekte zum Aufbau der Wasser- und Energieversorgung in der Dritten Welt. Dr. Bode ist seit zehn Jahren Geschäftsführer von foodwatch e.V. zur Förderung des Verbraucherschutzes durch Verbraucherberatung und -aufklärung. Herzlich willkommen.

I. Positionen der Stakeholder

Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?

Thilo Bode,

Geschäftsführer von foodwatch e.V., Berlin



Sehr geehrte Damen und Herren,

in Anbetracht der Kürze der Zeit möchte ich die Frage herausgreifen, ob unabhängige Wissenschaft nicht auch unabhängig kommuniziert werden muss. Die Erkenntnisse, über die ich hier sprechen will, entspringen unserer politischen Erfahrung. Denn oftmals besteht an der Unabhängigkeit der Wissenschaftler gar kein Zweifel. Dennoch werden wissenschaftliche Ergebnisse von interessierten Behörden oder Stakeholdern – und das gilt für alle, auch für interessierte NGOs – nicht mehr unabhängig kommuniziert, sondern verfärbt. Auch wenn sich ihre Botschaft an Verbände oder Organisationen richtet, so kann dennoch ein Problem entstehen, wenn die breite Masse diese Darstellung aufgreift. Ich möchte dieses Phänomen kurz an drei Beispielen darstellen: am Beispiel der Nährwertampel, am Beispiel der Höchstwerte für radioaktive Belastung von Lebensmitteln und am Beispiel der Dioxinbelastung von Lebensmitteln beim Dioxin-Vorfall in den Jahren 2010/2011.

Die Diskussion um die Nährwertampel ist hinlänglich bekannt. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Zitat der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner; sie sagte, der Ampel fehle die wissenschaftliche Grundlage. In veränderter Form ging dieses Zitat häufig durch die Medien. Foodwatch ist bekanntermaßen ein Befürworter der Ampel. Wir müssen jedoch festhalten, dass die Ampel als solche weder wissenschaftlich noch unwissenschaftlich sein kann. Unabhängig davon, ob man sie befürwortet oder nicht: Ihre Bewertung hängt vom Verbraucherbild ab, das zugrunde gelegt wird. Wenn man der Meinung ist, dass Verbraucher im Hinblick auf allgemeinpolitische Ziele durch Kennzeichnungen in ihren Entscheidungen gelenkt und geleitet werden sollen, dann ist die Ampel effektiv. Wenn man hingegen die Meinung vertritt, der Ampel liege ein paternalistisches Verbraucherbild zugrunde, dann muss man sie ablehnen. Natürlich sollte das richtige Verbraucherleitbild Gegenstand der öffentlichen Diskussion sein; natürlich können wir wissenschaftlich untersuchen, ob die Ampel tatsächlich Lenkungseffekt hat oder nicht. Und in der Tat, es gibt dazu Untersuchungen in Großbritannien und in Australien, weniger in Deutschland. Aber letztendlich geht es um eine politische Entscheidung. Das muss man sich klar machen.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die Strahlenhöchstwerte von radioaktiv belasteten Nahrungsmitteln, im Wesentlichen mit Cäsium. Wie Sie wissen, schlugen sich langfristig

riskante Effekte von Nuklearunfällen in erster Linie in den Lebensmitteln nieder. Dort bleibt die Belastung für eine sehr lange Zeit bestehen; bei einer radioaktiver Verstrahlung mit Cäsium gibt es im Vergleich zu anderen Giften keine Schwellenwerte – eine radioaktive Belastung ist immer gefährlich. Mit der Annahme eines bestimmten Schwellenhöchstgehalts trifft man implizit eine statistische Entscheidung über die Anzahl von kranken und toten Menschen. Wir sind der Meinung, dass die Höchstwerte in Europa viel zu hoch sind, dazu haben wir auch einen Bericht mit dem Titel „Kalkulierter Strahlentod“ vorgelegt. Technisch sind wir zwar möglicherweise auf einen nuklearen Unfall vorbereitet, aber nicht im Hinblick auf den Vorsorgeschutz bei Lebensmitteln. Ein Zitat der Bundesregierung besagt, dass die Höchstgehalte dem Grundprinzip des Strahlenschutzes Rechnung tragen, eine radioaktive Belastung „möglichst weitgehend zu minimieren“. Aus dieser absurden Formulierung geht hervor, dass man das Minimierungsgebot eben nicht konsequent anwendet; aber den Anschein wecken will, es zu tun. Die Wissenschaft ist sich einig, dass es keine sicheren Höchstwerte für die radioaktive Belastung von Lebensmitteln gibt. Werden dennoch Höchstwerte festgelegt, ist das eine Entscheidung über Leben und Tod.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die in Japan geltenden Höchstwerte ein Jahr nach dem Reaktorunfall in Fukushima um 60 bis 80 Prozent zurückgenommen wurden. In der EU besteht derzeit folgende Regelung: Für japanische Importe gelten die japanischen Grenzwerte, für den Rest hingegen die um 80 Prozent höheren Grenzwerte der EU. In der Praxis ist es also nicht so weit her mit einer unabhängigen Kommunikation wissenschaftlicher Ergebnisse. Die Bevölkerung wurde hier nicht richtig aufgeklärt. Für uns steht fest: Wenn man unabhängige Wissenschaft in Anspruch nimmt und sich beraten lässt, dann gehört dazu auch eine absolut unabhängige Kommunikation in den Medien. Mir ist klar, dass das sehr schwierig ist. Wir haben vorhin gehört, dass die Medien bestimmte Aspekte herausgreifen. Dennoch enthebt uns das nicht der Pflicht einer sehr sorgfältigen Kommunikation.

Im letzten Beispiel beziehe ich mich auf ein Zitat zum Dioxin-Vorfall 2010/2011 aus Ihrem Haus. Herr Professor Hensel erklärte dazu folgendes: „Selbst wenn in den letzten Monaten Eier oder Schweinefleisch mit Gehalten im Bereich der höchsten gemessenen Werte über einen längeren Zeitraum verzehrt wurden, ist eine Gefährdung der Gesundheit nicht zu erwarten.“ Wir von foodwatch halten das für ein nicht angemessenes Risiko. Wir sind der Meinung, dass ein Teil der Bevölkerung allein durch den normalen Verzehr von Nahrungsmitteln über der duldbaren täglichen Aufnahme liegt. Das trifft insbesondere für Kinder bzw. Kleinkinder zu. Weil bei dieser Bevölkerungsgruppe schon geringste Mengen an Dioxin die Funktion von Körperzellen stören können, ist jede zusätzliche Belastung kritisch zu beurteilen. Die Aussage von Herrn Hensel hat wichtige Auswirkungen auf die Rechtsprechung und die Ermittlungen von Vergehen gegen die Futtermittelgesetze, von denen es leider viel zu viele gibt.

Mein Fazit lautet: Die Kommunikation wissenschaftlicher Ergebnisse durch Institutionen der Politik muss einerseits natürlich die Grenzen und Annahmen wissenschaftlicher Erkenntnisse deutlich machen, andererseits auch die politischen Ausgangshypothesen transparent darstellen. Selbstverständlich ist das Ausmaß der Risiken, die eine Gesellschaft zu tragen bereit ist, eine politische, keine wissenschaftliche Entscheidung. Darüber muss man sich auch im Klaren sein, darüber muss eine politische Debatte geführt werden. Aber wir haben beim Gesundheitsschutz besonders strenge Anforderungen, zumindest auf dem Papier. Das

Vorsorgeprinzip ist nicht nur in der EU-Basisverordnung verankert, es ist auch Teil des Europäischen Primärrechts, festgehalten im Lissabon-Vertrag. Damit besteht sozusagen eine verfassungsrechtliche Vorgabe, die bei der Kommunikation berücksichtigt werden muss. Eine verharmlosende Risikokommunikation, die wissenschaftliche Sachverhalte ohne den Vorsorgegedanken darstellt, erschwert die Durchsetzung des Gesundheitsschutzes in der Rechtspraxis. Sie unterläuft damit auch den Vollzug des Lebensmittelrechts. Das trifft insbesondere auch für das Futtermittelrecht zu. Vielen Dank.

Diskussion:

Frage: Ich habe eine Anmerkung zu Ihrem Statement bezüglich der Grenzwerte bei radioaktiver Belastung: Natürlich gibt es die normale Hintergrundbelastung, die, wenn man so will, einen „sinnvollen Grenzwert“ abgibt.

Thilo Bode: Ja, die gibt es natürlich. Dabei muss man aber verstehen, dass radioaktives Cäsium in der Natur nicht vorkommt. Die Cäsium-Belastung entstand durch Nuklearunfälle und aufgrund der atmosphärischen Atombombenversuche in den 1950er Jahren. Sie muss zum Beispiel bei der Zulassung von Lebensmitteln konsequent minimiert werden. Die in der EU gültigen Schwellenwerte sind aufgrund kommerzieller Überlegungen unverantwortlich hoch.

Moderator: Aber dennoch gibt es ja auch natürliche radioaktive Strahlung, mit der wir konfrontiert werden. Würde ich dieses Glas Wasser jetzt dem besten Chemiker der Welt mit den sensibelsten Messmethoden geben, dann fände er darin vermutlich geringste Mengen von Arsen. Würden Sie dann argumentieren, dass das nicht sein darf, oder würden Sie eher darüber hinwegsehen, weil die Mengen so gering sind?

Thilo Bode: Unsere Trinkwassergesetze sind sehr gut. Wenn die Probe den gesetzlichen Vorgaben entspricht, ist dagegen nichts zu sagen.

Moderator: Vielen Dank. Meine Damen und Herren, begrüßen Sie Dr. Holger Brackemann. Er hat in Chemie promoviert, arbeitete dann beim Umweltbundesamt und seit 2003 bei der Stiftung Warentest, wo er seit 2008 für Untersuchungen zuständig ist. Neu war mir, dass er sich in diesem Zusammenhang auch mit dem Thema Corporate Social Responsibility befasst. Herzlich willkommen.

Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?

Dr. Horst Brackemann,

Stiftung Warentest, Berlin



Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn das BfR eine zweitägige Konferenz zur Frage nach der Unabhängigkeit der Wissenschaft organisiert, dann ist eines schon sicher: Die Antwort ist nicht einfach! Beim Versuch der Annäherung an eine Antwort erweist es sich als hilfreich, über den Tellerrand in einen anderen Bereich zu schauen. Ich denke dabei an Richter, die ihr Amt unabhängig und überparteiisch ausüben sollen. Sie dürfen in dem Fall, in dem sie eine Entscheidung zu treffen haben, nicht befangen sein. Doch wie wird der Sachverhalt der Befangenheit festgestellt? Vor Gericht reicht die Besorgnis der Befangenheit aus, um einen Richter abzuwählen. Es kommt nicht darauf an, dass die tatsächliche Befangenheit nachgewiesen wird – wie sollte man das auch tun? Vielmehr müssen vernünftige, objektive Tatbestände vorliegen, die einen Zweifel an der Unbefangenheit vermuten lassen. Es muss also berechnete Zweifel geben, dass der Richter dieser Sache nicht unvoreingenommen gegenübersteht und unparteiisch ist. Das bloße Gefühl oder die Unterstellung reichen nicht, aber auf der anderen Seite ist der kaum zu führende Beweis einer Befangenheit eben auch nicht erforderlich.

In diesem Vorgehen lassen sich Parallelen erkennen zu der Art, wie die Stiftung Warentest ihre Unabhängigkeit seit nunmehr fast fünf Jahrzehnten wahrte. Sehr viele Verbraucher, laut Umfragen 70 bis 75 Prozent, haben ein hohes oder sogar sehr hohes Vertrauen in unsere Arbeit. Ein wesentlicher Grund für diese sehr guten Werte liegt darin, dass unsere Unabhängigkeit nicht in Zweifel gezogen wird; uns wird keine Parteilichkeit unterstellt.

Auch wenn die Stiftung nicht unbedingt dem klassischen Wissenschaftsbetrieb zuzurechnen ist, so nehmen wir dennoch für uns in Anspruch, dass wir unsere Untersuchungen nach wissenschaftlichen Methoden durchführen. Dieser Grundsatz ist auch in unserer Satzung verankert und im Zweifel müssen wir ihn vor Gericht entsprechend verteidigen können. Wie also vermeiden wir den Anschein der Befangenheit in der täglichen Arbeit? Diese Frage ist auch deswegen brisant, weil wir vielfach mit der anbietenden Wirtschaft in Kontakt treten. Das ist unseres Erachtens notwendig und auch gewünscht. Unser Grundsatz für alle diese Kontakte lautet: Transparenz ja, Beeinflussung nein.

Ich möchte diesen Grundsatz an fünf Arbeitsschritten erläutern, die nicht nur für uns, sondern für wissenschaftliches Arbeiten insgesamt relevant sind. Das erste Thema in diesem Zusammenhang ist die Unabhängigkeit bei der Wahl der Themen. Mit der Fragestellung

nach der Relevanz der Themen beginnt für uns die Freiheit der Wissenschaft. Wir diskutieren die Projekte, die wir untersuchen wollen, in einem Kuratorium. Alle Stakeholdergruppen sind dort vertreten, Professor Wittkowski vom BfR ist dort unter anderem ebenfalls Mitglied. Insoweit sind wir transparent. Aber zu Recht sieht unsere Satzung relativ hohe Hürden vor, wenn das Kuratorium einer Untersuchung widersprechen möchte.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Unabhängigkeit bei der Wahl der Untersuchungsmethoden. Die Beantwortung neuer Fragestellungen erfordert vielfach auch die Anwendung neuer Methoden. Bei unseren Tests heißt das, dass wir nicht nur auf standardisierte Verfahren zurückgreifen. Wir sind gleichwohl transparent, indem wir dieses Vorgehen in einer Runde von Sachverständigen zur Diskussion stellen. Diese beraten uns, aber sie entscheiden letztlich nicht darüber, welches Verfahren zur Anwendung kommt. Denn sonst wäre die Unabhängigkeit an dieser Stelle nicht gewährleistet.

Der dritte Punkt ist die Neutralität derjenigen, die die eigentliche Untersuchung durchführen, also der Prüfinstitute. Hier ist für uns die Unabhängigkeit von Anbietern von ganz besonderer Bedeutung. Auch wenn in der Wirtschaft sicherlich hervorragende Prüfeinrichtungen existieren und dort auch exzellente Wissenschaftler arbeiten, würden wir niemals eine Untersuchung in einem solchen Labor durchführen lassen. Der Anschein der Befangenheit läge auf der Hand. Wir lassen uns deshalb von unseren Auftragnehmern sehr detailliert darlegen, dass keine wirtschaftlichen und sonstigen Abhängigkeiten von den anbietenden Unternehmen bestehen.

Der vierte Punkt wurde heute bereits angesprochen: die Unabhängigkeit bei der Bewertung. Wissenschaft heißt immer Interpretation und Bewertung der gefundenen Ergebnisse und Unabhängigkeit bedeutet hier die Freiheit, eigene Bewertungsansätze zu entwickeln und anzuwenden. Wir suchen dazu natürlich regelmäßig die Beratung von Sachverständigen. Ich möchte mich an dieser Stelle auch explizit beim BfR für die vielfältige Unterstützung bedanken, die wir in den vergangenen Jahren erfahren haben. Aber auch hier entscheiden wir letztlich selbst, wie wir eine konkrete Bewertung vornehmen. Wir treffen diese Entscheidung unabhängig von den Anbietern der untersuchten Produkte, und vielfach weitergehend als es die rechtlichen Normen vorgeben. Oftmals geraten wir deshalb auch in die Kritik.

Ganz entscheidend für unsere Arbeit ist schließlich die wirtschaftliche Unabhängigkeit. Unsere Arbeit wird ganz überwiegend vom Verbraucher finanziert, ein kleiner Anteil kommt aus dem Bundeshaushalt, aber es kommt eben kein Geld von denjenigen, deren Produkte wir untersuchen.

Aus unserer Sicht lässt sich die Fragestellung dieser Konferenz wie folgt zusammenfassen: Wir leben von und mit der offenen Diskussion mit allen Stakeholdern. Dabei bewahren wir aber an zwei entscheidenden Stellen unsere Unabhängigkeit. Wir entscheiden immer selbst, was wir tun und wie wir es tun, und wir finanzieren das unabhängig von denen, die davon betroffen sind. Man könnte das Thema dieser Tagung auch etwas anders formulieren und stattdessen fragen, wie abhängig Wissenschaft sein darf. Ich denke, eine absolute Antwort darauf ist schwierig. Ich möchte aber aus Sicht der Stiftung Warentest und ihrer 50-jährigen Erfahrung versuchen, eine relative Antwort zu geben. Wissenschaft darf umso weniger

abhängig sein, je mehr Akzeptanz für ihre Ergebnisse erwartet wird. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Diskussion:

Frage: Inwieweit sind Anbieter in der Lage, Produkte im Vorfeld unserer Untersuchungen so zu verändern, dass sie ein besseres Testergebnis bekommen? Können Sie dazu etwas sagen?

Dr. Brackemann: Das ist ein Problem, mit dem wir uns in der Tat bei verschiedenen Produktgruppen immer wieder konfrontiert sahen, sowohl bei Lebensmitteln als auch bei Wasch- und Reinigungsmitteln. Es geht dabei um Produkte, bei denen man durch die Auswahl der Rohstoffe die Produktqualität verändern kann und dadurch auch gleichzeitig Geld sparen kann oder mehr Geld in die Hand nehmen muss. Nun kaufen wir unsere Produkte grundsätzlich im Handel, so wie Sie das auch tun. Und wir tun das bei den genannten Produktgruppen, bevor die Anbieter von dem Testvorhaben erfahren. Das unterscheidet uns von vielen anderen Testveranstaltern.

Moderator: Woher wissen denn dann die Hersteller, dass so ein Test anstehen könnte?

Dr. Brackemann: Unsere Satzung regelt, dass wir ein Untersuchungsvorhaben im Vorfeld mit unserem Kuratorium diskutieren. Dort sind alle Stakeholdergruppen vertreten, sowohl die Anbieter, Verbraucherorganisationen als auch neutrale Sachverständige. Wir haben in der Vergangenheit leider die Erfahrung machen müssen, dass diese Transparenz offensichtlich auch ausgenutzt wurde. Um auf Ihre Frage zu antworten, wir sind seit einigen Jahren dazu übergegangen, unsere Vorhaben nur sehr allgemein im Kuratorium vorzustellen. Wenn wir also zum Beispiel Orangensaft untersuchen wollen, dann sprechen wir von Säften; das Segment Orangensaft wird erst bekannt gegeben, wenn wir die Säfte bereits eingekauft haben, wenn also keine Manipulation mehr möglich ist. Darüber hinaus, das möchte ich hier betonen, schauen wir uns natürlich die Produkte auch intensiv an, nachdem das Ergebnis veröffentlicht wurde. Auf diese Weise stellen wir fest, ob die gleiche Qualität wie im Test vorliegt.

Frage: Müssen Sie an diesem Verfahren etwas ändern?

Dr. Brackemann: Nein, aber Sie kennen alle das Mediengeschäft. Manchmal kommen Themen ohne besonderen aktuellen Anlass hoch. Auch bei der aktuellen Diskussion um die Manipulation getesteter Produkte reden wir über längst vergangene Vorfälle. Wir haben unser Vorgehen bereits vor vier oder fünf Jahren verändert: Die Stakeholder werden eingebunden, allerdings zu einem Zeitpunkt, wo eine Beeinflussung des Untersuchungsgegenstandes nicht mehr möglich ist. Ein ganz klassisches Beispiel sind Dienstleistungsuntersuchungen. Wenn wir eine Bankberatung testen und vorher sagen würden, mit welcher Frage wir in die Filiale gingen, dann könnten wir uns die Untersuchung sparen. Deshalb findet die Beratung nach Abschluss der Feldphase statt, das heißt, wenn wir die Ergebnisse bereits ermittelt haben. Dann sprechen wir darüber, wie sie zu interpretieren sind. Inzwischen wenden wir, das hatte ich vorher ausgeführt, bei einer ganzen Reihe von Produkten quasi das gleiche Verfahren an: bei Lebensmitteln, Wasch- und Reinigungsmitteln und Kosmetika. Wir kaufen erst ein und diskutieren dann mit den Experten.

Die Untersuchungsverfahren, die wir anwenden wollen, stellen wir zur Diskussion, wir hören uns auch mögliche Kritik vor der Veröffentlichung an und reagieren darauf, wenn wir sie für sachgerecht halten. Wir behalten uns aber auch vor, Kritik zu ignorieren, wenn wir sie für nicht sachgerecht halten.

Frage: Ich komme aus der Kunststoffindustrie und möchte einen Kommentar zum Themenkomplex „Risikobewertung und Risikokommunikation“ abgeben. Was Sie zu Ihren Arbeitsgruppen ausgeführt haben, kann ich bestätigen. Bei der konkreten Arbeit an einem Projekt binden Sie die unterschiedlichen Stakeholder wirklich stark ein. Was uns manchmal unsanft aufweckt, ist der Testbericht, der anschließend erscheint, also die Kommunikation der Ergebnisse. Wir argumentieren in den Gruppen sehr sachlich; in der Testzeitung wird das Ergebnis natürlich sehr pointiert kommentiert. Das passt nicht immer zusammen.

Moderator: Wie gehen Sie mit Kritik nach der Veröffentlichung um?

Dr. Brackemann: Dazu hatten wir vor einiger Zeit eine interessante Veranstaltung hier in diesem Saal. Herr Bode sprach es eben schon an. Wir sind kein wissenschaftliches Fachorgan. Das wollen wir auch gar nicht sein. Im Unterschied zum BfR richten wir uns mit unseren Publikationen an den Verbraucher, an die breite Bevölkerung. Das heißt, wir müssen zwei Ziele erfüllen: Das eine ist eine hohe fachliche Qualität in unseren Tests, das andere ist eine journalistische Qualität. Dazu gehört auch, dass wir zuspitzen, Dinge auf den Punkt bringen. Das ist richtig und gewollt – muss aber immer fachlich verantwortbar sein.

Moderator: Vielen Dank. Begrüßen Sie bitte Jutta Jaksche. Sie ist Referentin für Ernährungswissenschaft und Lebensmittelqualität bei der Verbraucherzentrale Bundesverband.

Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?

Jutta Jaksche,

Verbraucherzentrale Bundesverband, Berlin



Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Beitrag wird sich mit der Frage beschäftigen, wie die Wissenschaft mit der Gesellschaft kommuniziert und wie sie Fragestellungen der Gesellschaft aufnimmt. Denn es muss uns allen klar sein, dass wir uns nicht mehr leisten können, nur in die eine Richtung zu kommunizieren. Ich möchte das gerne am Beispiel des BfR an einigen Punkten erläutern: Zunächst geht es dabei um die Frage nach den Voraussetzungen für eine unabhängige Kommunikation. Die erste Voraussetzung ist die politische Unabhängigkeit; das bedeutet aber auch eine institutionelle Unabhängigkeit. Wir haben im Zuge der BSE-Krise in der Vergangenheit allzu deutlich gemerkt, wie eng Wissenschaft und Administration verflochten waren. Mit der Bildung zweier verschiedener Einrichtungen, dem BfR und dem BVL, wurden die Konsequenzen aus den negativen Folgen dieser Verflechtung gezogen. Heute stellen wir fest, dass diese Institutionen in der Folge tatsächlich unabhängiger und interessensfreier sind. Das ist als großer Erfolg zu werten.

Die zweite Voraussetzung besteht darin, dass die Wissenschaftler selbst unabhängig argumentieren können, dass sie eine eigenständige Expertise vorlegen können. Das BfR arbeitet im Rahmen von Kommissionen zum Beispiel mit 200 externen Experten, obwohl es seine Gutachten überwiegend mit eigenen Mitarbeitern erstellt. Herr Professor Wittkowski legte genau dar, wie diese Arbeit der externen Experten funktioniert und welche Rolle ihnen zukommt. So kommt auch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA in ihrem vergleichenden Report von 2011 zu einer positiven Bewertung des BfR, was die formale und wirtschaftliche Unabhängigkeit angeht. Wir sind aber immer noch nicht zufrieden. Wir würden uns vom BfR wünschen, dass die Verbraucher noch verständlicher über Risiken informiert werden. Dabei sollte klar werden, welches Risiko für diese oder jene Handlungsoption besteht. Denn wir sind der Auffassung, dass die Öffentlichkeit nachvollziehen können muss, ob die zu ergreifenden Maßnahmen tatsächlich angemessen sind. Denn wenn das BfR zu einer bestimmten wissenschaftlichen Bewertung kommt, dann wollen die Verbraucher und wir als Verbraucherschutzorganisation verstehen, ob das BVL die vorgeschlagenen Maßnahmen in angemessener Weise in politisches Handeln umsetzt. Als dritte wichtige Voraussetzung müssen wissenschaftliche Fragestellungen auch so formuliert sein, dass sie tatsächlich eine Antwort auf Verbraucherfragen bieten. Hier ist also

nicht nur eine Risikobewertung, sondern gegebenenfalls auch eine gesundheitliche Bewertung notwendig. Das BfR wird vermutlich argumentieren, das sei nicht sein Auftrag. Wir halten entgegen, dass dann das Zusammenspiel der zuständigen Behörden bei der Kommunikation verbessert werden muss.

Ich möchte an einem kleinen Beispiel erläutern, was bereits gestern von der EFSA-Vertreterin angesprochen wurde: das Beispiel „Health Claims“. Wir alle wissen, dass gesundheitsbezogene Werbeaussagen von der EFSA geprüft werden. In Zukunft werden nur solche Aussagen zugelassen, die auch wissenschaftlich nachweisbar sind, in denen eine tatsächliche Ursache-Wirkungsbeziehung festgestellt werden konnte. Aus unserer Sicht ist diese Ursache-Wirkungsbeziehung von Inhaltsstoffen im Hinblick auf den Verbraucher nicht ausreichend. Denn sein Risiko auf dem Gesundheitsmarkt ergibt sich auch dadurch, dass es vielfältige andere Lebensmittel gibt, die mit dem Inhaltsstoff angereichert sind. Mit der Betrachtung eines bestimmten Ausschnitts schafft man für den Verbraucher eine Scheinsicherheit. Daher wünschen wir uns für die Zukunft, dass eine Risikobewertung sehr eng gekoppelt wird an gesundheitliche Bewertungen.

Dazu ist eine genauere Kenntnis des Verbraucheralltags notwendig. Wir müssen wissen, womit sich Verbraucher beschäftigen. Wie zum Beispiel ist ein potenzieller Vitaminmangel gegenüber einer Überdosierung mit Vitaminen einzuschätzen? Welche verhaltensrelevanten Schlussfolgerungen kann der Verbraucher daraus ziehen und wie unterstützt eine entsprechende Behörde diese Verbraucherfragen?

Zu den wichtigen Voraussetzungen für eine unabhängige Kommunikation gehört die Transparenz in Bezug auf die Risikobewertung, das heißt die Offenlegung der zugrundeliegenden Annahmen. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der Art, wie ein Risiko kommuniziert wird. Was ist zum Beispiel im Zusammenhang mit den Dioxinfällen der jüngsten Vergangenheit von der Aussage zu halten, dass eine gesundheitliche Gefährdung nicht bestehe. Der Verbraucher weiß ja aus früheren Dioxinvorkommnissen, dass Dioxin nicht gut ist. Er fragt sich natürlich, ob diese Aussage nur der Beschwichtigung dient. Brauchen wir da also nicht weitere Verbraucherinformationen, damit er mit einer solchen Aussage zurechtkommt?

Das Thema Vertrauen wurde gestern bereits angesprochen. Die BSE-Krise hat gezeigt, dass Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit Hand in Hand gehen. Wir alle wissen, dass Experten oft nicht zu einem Konsens kommen. Drei Wissenschaftler, vier Meinungen. Allzu rasch werden Einzelmeinungen in die Öffentlichkeit getragen. Das heißt, wir müssen den Verbraucher im Umgang mit der Pluralität des Wissens unterstützen. Deswegen sind wir der Auffassung, dass eine zuverlässige Referenzstelle wie das BfR oder in bestimmten Fällen das Max Rubner-Institut oder die Deutsche Gesellschaft für Ernährung nötig ist.

In der Tat ist das BfR für uns eine Referenzstelle. An eine solche Referenzstelle stellen wir den Anspruch, dass sie die notwendige Übersicht schafft, dass sie Meta-Untersuchungen präsentiert und eben keine Einzelmeinungen. Denn besonders im Ernährungsbereich werden Verbraucher mit immer neuen Informationen von einem Trend zum nächsten „gehetzt“; das führt naturgemäß zu einer großen Verwirrung. Deshalb müssen Standards für die Kommunikation entwickelt werden. Darüber hinaus müssen die Grundlagen der

Bewertung öffentlich gemacht werden, damit die Öffentlichkeit die Möglichkeit zu einem Vergleich hat. Das ist sehr wichtig.

Was aber, wenn das BfR zu einer anderen Risikobewertung kommt als eine andere Institution? Das lässt sich sicherlich nicht ausschließen. Wir sind aber der Auffassung, dass das BfR hier eine wissenschaftlich fundierte Meinung öffentlich machen und auch verteidigen muss, auch wenn sie im Gegensatz zu anderen steht. Die Bewertung von Kinderspielzeug ist ein erfreuliches Beispiel in diesem Zusammenhang.

Zu einer Kultur der Transparenz gehört auch ein aktiver Dialog mit allen Beteiligten, vor allem im Umgang mit dem Nichtwissen. Verbraucher sind sehr häufig verunsichert, weil so getan wird, als sei die Problemlage klar; dabei stellt sich diese vermeintliche Klarheit im Nachhinein als Trugschluss heraus. Ich erinnere an die BSE-Vorkommnisse, an den EHEC-Ausbruch oder Acrylamid. Sicher argumentieren einige unter Ihnen, es habe erhebliche politische Sprengkraft, wenn eine Institution ihr Nichtwissen zugibt. Eine solche Kommunikation wird häufig gleichgesetzt mit fehlender Kompetenz bei der Lösung eines Problems. Wir sind aber der Meinung, dass das Eingeständnis des Nichtwissen letztendlich Ausdruck wissenschaftlicher Souveränität und Unabhängigkeit ist, vorausgesetzt, es besteht eine Kultur von Transparenz und ein aktiver Dialog mit den Beteiligten.

In diesem Zusammenhang wird auch die Einrichtung eines Frühwarnsystems angeregt, das nicht unser Wissen, sondern unserer Unwissen thematisiert. Denn häufig schließen wir von idealisierten Studienbedingungen auf komplexe Anwendungsbedingungen und gehen davon aus, dass wir auf diese Weise die Wirklichkeit abbilden. Dieses Vorgehen ist natürlich mit Unsicherheit belastet. Das Eingeständnis von Nichtwissen ist die Voraussetzung dafür, dass man entsprechende Forschungen anregt und durchführt. Deswegen regen wir an, auch in der Kommunikation stärker vom Nichtwissen auszugehen.

Zum Abschluss möchte ich gerne einen kurzen Ausblick geben, welche Instrumente denn unserer Meinung nach geeignet sein könnten, um die Verbraucherkommunikation zu verbessern. Sicherlich brauchen wir eine Stärkung der Verbraucherbildung. Verbraucher müssen sich heute mit vielfältigen Themen auseinandersetzen, seien das die digitalen Medien, Ernährung, Finanzen und vieles mehr. Hier wäre es sinnvoll, ein Schulfach einzuführen, das allgemein Verbraucherbildung heißt. Auf diese Weise könnten Verbraucher lernen, den Umgang mit Risiken besser einzuschätzen. Das Zusammenspiel zwischen Risikobewertung und Information in der Öffentlichkeit lässt sich aus unserer Sicht hier sicherlich verbessern. Das betrifft auch die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder. Der Dialog zwischen Öffentlichkeit und Wissenschaft muss auf allen Ebenen intensiviert werden. Wir stehen als Ansprechpartner für solche Maßnahmen gerne zur Verfügung. Vielen Dank.

Moderator: Vielen Dank. Meine Damen und Herren, begrüßen Sie Professor Matthias Horst. Er ist Hauptgeschäftsführer des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde und der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie. Professor Horst ist Jurist, er war von Juli 2002 bis 2012 auch im Verwaltungsrat der EFSA und hat jetzt eine Honorarprofessur in Bonn. Herzlich willkommen.

Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?

Professor Dr. Matthias Horst,

*Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde
e. V. (BLL), Berlin*



Sehr geehrte Damen und Herren,

Was hat die Unabhängigkeit der Wissenschaft mit der Lebensmittelwirtschaft zu tun? Verantwortlich für die Lebensmittelsicherheit ist zunächst der Unternehmer und niemand sonst. Er muss sich nicht nur am geltenden Lebensmittelrecht orientieren, sondern auch am Stand der Wissenschaft. Grundlage dafür ist eine Risikoanalyse *lege artis*; dabei ist die Wissenschaft für die Risikobewertung und Risikokommunikation zuständig. Für die Lebensmittelwirtschaft ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir eine hoch qualifizierte Risikobewertung betreiben, und zwar durch unabhängige Institutionen und unabhängig handelnde Wissenschaftler, die in diesen Institutionen arbeiten. Daran besteht überhaupt kein Zweifel. Diese Anforderung kommt das BfR in Deutschland sehr gut nach, auf europäischer Ebene hat sich die Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), trotz aller Schwierigkeiten, in den letzten zehn Jahren eine gute Reputation erworben.

Für die Lebensmittelwirtschaft ist es jedoch sehr wichtig, dass die Wissenschaft auch gehört wird. Im Krisenfall ist das immer wieder ein Problem. Krisen werden oftmals dazu genutzt, politische Scharmützel auszuführen; in solchen Fällen hat es die Wissenschaft schwer. Ich beziehe mich hier auf das Dioxin-Beispiel 2010/2011. Das BfR erklärte von Beginn an, es sei unverzeihlich, dass Dioxin in das Tierfutter gelangte, dennoch hätte das keine negativen Auswirkungen auf die Gesundheit des Einzelnen. Es dauerte Wochen, bis diese Botschaft beim Verbraucher ankam. Es kann nicht sein, dass die Risikomanager aus der Politik die Bewertung des BfR oder der EFSA negieren, weil andere Interessen vorherrschen. Vielmehr muss die Politik diese Erkenntnisse tatsächlich aufnehmen und transportieren.

Ganz wichtig, meine Damen und Herren, ist die Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement. Auch dies wurde heute schon mehrfach angesprochen. Als diese Trennung vor zehn Jahren eingeführt wurde, gab es viele Skeptiker, aber ich glaube, sie hat sich wirklich bewährt. Auf diese Weise kam es zu einer Entkrampfung und zu einer Eindämmung der Politisierung der Wissenschaft, mit der wir zuvor, insbesondere in der BSE-Krise, oftmals konfrontiert waren.

Wenn wir eine unabhängige Risikobewertung wollen, dann müssen wir auch unbequeme Ergebnisse akzeptieren. Natürlich zeigte sich die Wirtschaft nicht gerade hocheifrig über

die sehr rigide Haltung der EFSA zu den „Health Claims“, aber sie musste sie letztendlich akzeptieren. Umgekehrt sollte man auch bitte akzeptieren, wenn die EFSA oder das BfR zu dem Schluss kommen, dass gentechnisch veränderte Organismen (GVOs) kein Gesundheitsproblem nach sich ziehen. Man darf diese Bewertung nicht gleich dazu nutzen, um diejenigen, die zu diesem Ergebnis gekommen sind, zu diffamieren.

Damit komme ich zu einem ganz wichtigen Punkt: Immer wieder wird heutzutage der Versuch unternommen, die Wissenschaft und die handelnden Wissenschaftler persönlich zu attackieren, wenn man mit den Ergebnissen nicht übereinstimmt. Das heraufbeschworene Szenario ist immer das gleiche: Man wirft ihnen vor, von der Industrie gekauft zu sein. Ich kann Ihnen versichern, das ist eine kindische Vorstellung.

Trotzdem plädieren viele für eine sehr viel striktere Trennung von Wissenschaft und Politik. Professor Grunwald sagte gestern, Wissenschaft kann nicht autark sein, muss aber in ihren Bewertungen autonom sein. Ich glaube, das ist die richtige Abgrenzung. Natürlich bedarf es der Zusammenarbeit und Interaktion zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Denn die Wirtschaft muss die Ergebnisse der Wissenschaft kennen, um sie in ihrem eigenen Tun umzusetzen. Ich glaube, das BfR hat hier einen richtigen Weg gefunden, durch seine Kommunikationspolitik und die BfR-Kommissionen, in denen auch Wirtschaftsvertreter sitzen. Diese Kommissionen sind unabhängig vom BfR und umgekehrt muss das BfR unabhängig von dem sein, was die Kommission ausheckt oder zu Papier bringt.

Ein Wort noch zur EFSA: Die wissenschaftlichen Gremien der EFSA sind zusammengesetzt aus externen Wissenschaftlern, die nicht auf der Gehaltsliste der EFSA stehen; keiner dieser externen Wissenschaftler ist in der Industrie angestellt. Juristisch wäre das durchaus möglich, aber man entschied sich dagegen. Trotz eines ungemein komplizierten Auswahlverfahrens wird der EFSA immer wieder vorgeworfen, die Industrie nehme Einfluss auf die Auswahl der Wissenschaftler. Als ehemaliges Mitglied des Auswahlboards kann ich Ihnen versichern, das stimmt nicht. Das Auswahlgremium kontrolliert lediglich, ob das Auswahlverfahren eingehalten wird. Niemand hat dort je versucht, die Besetzung eines bestimmten Experten durchzudrücken. Das geht auch gar nicht.

Ein wichtiges Sicherungsinstrument sind die umfangreichen „Declarations of Interest“; die Wissenschaftler müssen alle Abhängigkeiten von der Industrie offenlegen. Ein weiteres Korrektiv ist die Tatsache, dass in den Gremien der EFSA bis zu 21 Wissenschaftler gemeinsam beraten. Was dabei beschlossen wird, ist eine kollektive Entscheidung.

Ganz generell bleibt immer die Frage, was als ein „Conflict of Interest“ zu werten ist. Ich meine, wir sollten in diesem Zusammenhang nicht zu hysterisch sein. Beispielsweise entschied das EFSA-Board, dass ein Experte, der aus einem Industriebetrieb in der Lebensmittelkette kommt und eben kein Verbraucher ist, nicht einmal Vizevorsitzender werden kann. Wir müssen wirklich aufpassen, mit diesen Kriterien kein Abschreckungsszenario für gute Wissenschaftler aufzubauen. Wir sollten realistisch bleiben und wir dürfen dabei nicht von der Idee ausgehen, dass Wissenschaft absolut unabhängig sein kann. Diese absolute Unabhängigkeit gibt es schlichtweg nicht.

Wichtig ist, dass die Wissenschaft, dass Institutionen wie das BfR und die EFSA die notwendige politische Unterstützung und genügend Freiraum bekommen. Wenn wir so

weitermachen, dass jeder, der sich wissenschaftlich äußert, Zielscheibe für persönliche Diffamierungen werden kann, dann kommen wir damit nicht weiter. Mit diesem Thema werden sich alle Verantwortlichen in Politik, Wissenschaft, und gesellschaftlich relevanten Institutionen künftig befassen müssen, um wieder zu einem besseren und einem entkrampfteren Verhältnis zu kommen. Vielen Dank.

Diskussion:

Frage: Ich habe aus Ihrem Vortrag herausgehört, dass die Akzeptanz der wissenschaftlichen Bewertung eingefordert werden muss. Aber wir können die Akzeptanz unserer Bewertung nicht einfordern. Wir stehen mit unserer Bewertung immer in Konkurrenz zu anderen Parteien, die möglicherweise eine andere Sicht der Dinge haben. Wir müssen uns immer darauf gefasst machen, dass wir unsere Argumente in einer kontroversen Auseinandersetzung vertreten müssen.

Prof. Horst: Das ist richtig, aber Sie sind eine Institution, die letztlich zu einem Ministerium gehört. Deshalb dürfen Sie schon von Ihrem Ministerium einfordern, dass es das, was Sie erarbeiten und publizieren, in seine Politik aufnimmt, vertritt und nicht konterkariert. Dass Sie nicht die Zustimmung der gesamten Gesellschaft oder der anderen Wissenschaftler einfordern kann, versteht sich von selbst.

Moderator: In diesem Zusammenhang könnte man auch diskutieren, inwieweit die beiderseitige Unabhängigkeit nicht auch zulässt, dass sich die Politik dafür entscheidet, der wissenschaftlichen Bewertung nicht zu folgen.

Prof. Horst: Gut, allerdings sollte die Politik in einem solchen Fall klar sagen, dass und warum sie sich gegen die wissenschaftliche Bewertung entscheidet.

Moderator: Meine Damen und Herren, begrüßen Sie bitte Dr. Gerd Romanowski. Er ist Geschäftsführer des Verbandes der chemischen Industrie (VCI). Er hat Chemie studiert und ist seit 1993 in verschiedenen Abteilungen des VCI tätig, unter anderem in der Wissenschaft und Forschung, als Geschäftsführer des VCI, als Leiter der Abteilung Wissenschaft, Technik und Umwelt, sowie als Geschäftsführer des Fonds der chemischen Industrie.

Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?

Dr. Gerd Romanowski,

*Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI),
Frankfurt*



Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, aus Sicht der Industrie zu der Frage, wie unabhängig Wissenschaft sein kann, Stellung zu nehmen. Ich möchte einen besonderen Aspekt herausgreifen, der für uns wichtig ist: die gesetzlich vorgeschriebenen wissenschaftlichen Untersuchungen, die die Industrie zur Sicherheit der eigenen Produkte durchführen muss. Hier entsteht, zumindest vordergründig, ein Zielkonflikt: Einerseits fordert man von der Industrie völlig zu Recht, dass sie die Verantwortung für die Sicherheit ihrer Produkte übernimmt und auch die dafür notwendigen Untersuchungen, wissenschaftlichen Tests und Bewertungen vornimmt und finanziert. Das ist zum Beispiel eine wichtige Grundlage des europäischen Chemikalienrechts REACH, aber auch beispielsweise der Zulassungsverfahren gentechnisch veränderter Organismen (GVOs).

Andererseits besteht bei manchen derer, die diese Verantwortung der Industrie einfordern, Misstrauen gegenüber den Ergebnissen dieser von der Industrie beauftragten Untersuchungen – sie seien eben nicht von unabhängigen Wissenschaftlern durchgeführt, sondern von der Industrie oder von Wissenschaftlern, die im Auftrag der Wissenschaft gehandelt haben. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit Wissenschaft, Wissenschaftler, und wissenschaftliche Einrichtungen grundsätzlich unabhängig sein können? Sieht man von der Unabhängigkeit des BfR ab, stellt sich diese Frage aber bei vielen anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und Wissenschaftlern. Die Frage ist nicht einfach, sondern sehr differenziert zu beantworten. Ich glaube, dass es eigentlich weniger um die Frage nach der Unabhängigkeit bei solchen Untersuchungen und Tests geht, sondern um die Qualität, die Einhaltung gewisser wissenschaftlich anerkannter Standards und die Überprüfung dieser Einhaltung.

Wie wichtig diese Frage nach guter oder schlechter Wissenschaft ist, zeigt ein Vorfall, der erst ein paar Wochen zurückliegt und für viel Aufmerksamkeit gesorgt hat – das BfR war involviert. Eine Gruppe um den französischen Wissenschaftler Séralini hatte die Ergebnisse einer Studie publiziert, bei der Ratten mit einer bestimmten gentechnisch veränderten Maissorte gefüttert wurden. Aus den Untersuchungen schlossen die Wissenschaftler, dass diese Maissorte und das beim Anbau verwendete Herbizid zu einer höheren Krebsanfälligkeit der Ratten führen. Sie schlossen daraus, dass die Maissorte und das verwendete Herbizid krebserregend und damit gesundheitsgefährdend seien. Diese

Nachricht wurde schnell von den Medien aufgegriffen und führte sogleich zu der Forderung nach sofortigem Verbot der betroffenen Maissorte, am besten gleich aller gentechnisch veränderter Pflanzen. Erst Wochen danach kam das Bundesinstitut für Risikobewertung nach einer sorgfältigen Überprüfung zu dem Ergebnis, dass die Studie sowohl Schwächen im Design als auch in der statistischen Auswertung aufwies, so dass die Schlussfolgerungen der Autoren nicht nachvollziehbar sind.

In gleicher Weise äußerte sich auch die europäische Lebensmittelagentur EFSA. Diese Nachricht wurde weit weniger prominent von den Medien aufgegriffen; sie fand sich zumeist in den weniger häufig gelesenen Wissenschaftsteilen der Zeitungen. Das Beispiel zeigt, dass es weniger darauf ankommt, ob ein Wissenschaftler unabhängig ist oder nicht. Herr Séralini aus dem Beispiel war sicher in gewisser Weise unabhängig, obwohl er in der Vergangenheit schon häufiger im Auftrag von Organisationen gearbeitet haben soll, die der Gentechnik ablehnend gegenüberstehen. Ungeachtet dessen hätte er auf jeden Fall eine wissenschaftlich einwandfreie, den gängigen Qualitätsstandards entsprechende Arbeit veröffentlichen können, allerdings womöglich mit einem anderen Ergebnis, das von ihm so nicht gewollt war. Es kommt also weniger auf angebliche Unabhängigkeit an, sondern auf die Qualität der wissenschaftlichen Untersuchung und die Einhaltung allgemein gültiger wissenschaftlicher Standards.

In dem genannten Beispiel wurde schlicht schlechte Wissenschaft betrieben, deren vermeintliche Ergebnisse dann ungeprüft veröffentlicht, unkritisch von der Presse aufgegriffen und stilisiert wurden. Dabei gibt es für solche Untersuchungen anerkannte wissenschaftlich validierte Verfahren und Standards, nach denen Studien zur Sicherheits- und Risikobewertung von Chemikalien oder von GVOs durchgeführt werden müssen. Zumindest für die gesetzlich vorgeschriebene Risikobewertung, zum Beispiel im Chemikalienrecht oder auch bei der GVO-Zulassung, gibt es internationale, breit anerkannte, wissenschaftlich validierte Testverfahren, an die die Industrieunternehmen, die beteiligten Wissenschaftler und auch die zuständigen Behörden durch entsprechende Vorschriften gebunden sind.

Im Bereich der Chemikaliensicherheit sind dies zumeist standardisierte Testverfahren der OECD, die sogenannten OECD-Test-Guidelines und -Standards, die im Anschluss an die Erarbeitung und Validierung durch die OECD von der EU zur Sicherheitsbewertung von Chemikalien nach der REACH-Verordnung übernommen werden. Für die Sicherheitsbewertung im Rahmen behördlicher Zulassungen für gentechnisch veränderte Pflanzensorten gibt es ebenfalls derartige wissenschaftliche Verfahren, die beispielsweise in den „Guidance Documents“ der EFSA festgelegt sind und die verbindlich vorschreiben, wie Tests zur Sicherheit durchzuführen sind. Außerdem gibt es mit dem Standard der guten Laborpraxis GLP ein Qualitätssicherungssystem, das sich mit dem Ablauf einer Untersuchung befasst und ganz genau festlegt, wie und unter welchen Bedingungen eine wissenschaftliche Studie geplant, durchgeführt, überwacht, ausgewertet und dokumentiert werden muss, um dem allgemein anerkannten wissenschaftlichen Standard zu genügen. Außerdem regelt es die Aufzeichnung, Archivierung und Berichterstattung über die Prüfungen. Die Einhaltung der GLP, der guten Laborpraxis, für Studien, die im Rahmen von Risikobewertungen durch die Industrie durchgeführt werden, ist ebenfalls gesetzlich vorgeschrieben. Darüber hinaus gibt es Zertifizierungen, Herr Wittkowski erwähnte sie vorher

in seinem Vortrag, nach verschiedenen ISO-Standards oder auch Dienststandards, die entsprechend dokumentiert und nachprüfbar sind.

Ein zusätzliches Sicherheitsnetz wird dadurch geschaffen, dass die für eine Sicherheitsbewertung durchgeführten Studien und deren Bewertung durch unabhängige Behörden, wie das BfR in Deutschland oder die EFSA auf europäischer Ebene, evaluiert werden. Es ist enorm wichtig, dass mit dem Vorlegen einer Risikobewertung durch die Industrie die Sache nicht abgeschlossen ist, sondern dass eine Kontrolle durch die Behörden stattfindet: Sind die Studien valide, entsprechen sie den vorgeschriebenen Standards, sind die getroffenen Schlussfolgerungen korrekt? Und ist die erforderliche Transparenz gegeben?

Im Rahmen von REACH wird diese Transparenz zum Beispiel von der Europäischen Chemikalienagentur ECHA in Helsinki geschaffen: Sie veröffentlicht im Internet für jeden Stoff die wesentlichen Informationen zu den durchgeführten Studien, zur Risikobewertung, den gefährlichen Eigenschaften und zum Risikomanagement. Außerdem gibt es eine Reihe öffentlicher Konsultationen, wie zum Beispiel zur Evaluierung der Registrierungsdossiers, zum Zulassungsverfahren für bestimmte besorgniserregende Stoffe oder auch zu Beschränkungsmaßnahmen für bestimmte Stoffe in bestimmten Produkten. Durch diese Transparenz und auch die darin enthaltenen Beteiligungs- und Diskussionsmöglichkeiten soll weitgehende Akzeptanz für die Entscheidungen auf Basis der Risikobewertungen erreicht werden.

Bei der Fülle dieser Fragestellungen können Bewertungen zur Stoff- und Produktsicherheit, sowie die darauf basierenden Entscheidungen nur dann wirksam und zielgenau erfolgen, wenn Verfahren mit klaren, nachvollziehbaren Kriterien und Qualitätsstandards von allen Beteiligten angewendet und akzeptiert werden. Die Industrieunternehmen und die dort beschäftigten Wissenschaftler sind per Gesetz zur Einhaltung dieser Anforderungen verpflichtet, ebenso die Wissenschaftler, die von der Industrie beauftragt werden. Gleiches gilt für die Behörden, die bei ihrer Überprüfung der von der Industrie vorgelegten Studien zur Neutralität und Objektivität verpflichtet sind. Problematisch wird es, wenn die Ergebnisse und die auf dieser Grundlage getroffenen Entscheidungen durch Studien infrage gestellt werden, die die wissenschaftlichen Qualitätsstandards nicht erfüllen, die aber mit großer Medienbeteiligung öffentlichkeitswirksam publiziert werden, wie in dem eingangs geschilderten Beispiel.

In dieser Situation ist es wichtig, dass es Behörden gibt, die durch ihre wissenschaftliche Arbeit und durch ihre sachliche Information und Kommunikation als glaubwürdige Instanzen wahrgenommen werden. In Deutschland erfüllt das Bundesinstitut für Risikobewertung diese Aufgabe meiner Ansicht nach in vorbildlicher Weise. Es wäre wünschenswert, wenn die Qualitätskriterien, die für gesetzlich vorgeschriebene Tests und Studien gelten, auch für andere Untersuchungen zur Sicherheit von Produkten und Stoffen gelten würden. Das lässt sich natürlich nicht durch Vorschriften erreichen, wenn es sich um die Untersuchungen freier Wissenschaftler handelt, die frei publizieren können. Aber ich kann mir zum Beispiel eine Selbstverpflichtung der wissenschaftlichen Fachzeitschriften bzw. ihrer Verlage vorstellen, nur solche Sicherheitsuntersuchungen zu publizieren, die den gesetzlichen Qualitätsstandards genügen. Ein anderer Mechanismus zur Sicherung der Qualität besteht in der konsequenten Anwendung des Peer-Review-Verfahrens, das bei wissenschaftlichen Publikationen ja durchaus üblich ist. Gute und angesehene wissenschaftliche Zeitschriften

lassen eingehende Veröffentlichungen stets durch mindestens einen, meist zwei oder mehrere anerkannte Wissenschaftler begutachten, und nur bei positiven Gutachten wird ein Artikel veröffentlicht oder angenommen. Diese gute wissenschaftliche Praxis sollte erst recht dann gelten, wenn es sich um Fragen von Sicherheit und Gesundheit handelt. Und auch die Medien, Herr Illinger, sollten eigentlich nur wissenschaftliche Veröffentlichungen in ihre Berichterstattung übernehmen, die zumindest eine solche Qualitätssicherung bestanden haben. Vielleicht ist es an der Zeit, auch über eine Selbstverpflichtung von Zeitschriften; Publikationen und Verlagen zu sprechen, um hier die Verunsicherung der Bevölkerung, durch eine entsprechende Berichterstattung zu vermeiden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Diskussion:

Moderator: Vielen Dank, Herr Romanowski. Ich finde, dass die Séralini-Studie das falsche Beispiel ist. Sie haben den Sachverhalt so dargestellt, als seien die Ergebnisse dieser Studie zunächst publiziert und in den Wissenschaftsteilen der Medien später wieder zurückgenommen worden. Ich kann aus der eigenen Anschauung sagen, dass unsere Wissenschaftsredaktion von Anfang an involviert war und Kritik geäußert hat. Die Studie war so schlecht, dass namhafte Wissenschaftler, die wir dazu befragt haben, die Qualität der Studie in Frage stellten. Sogar die Stakeholderorganisationen, die solche Ergebnisse normalerweise gerne aufgreifen, übten eher Zurückhaltung. Insofern frage ich mich, warum Sie dieses Beispiel gebracht haben.

Dr. Romanowski: Es handelt sich einfach um ein aktuelles Beispiel, das zeigt, wie es nicht laufen sollte.

Moderator: Das sehe ich anders. Ich fand den Umgang der Medien mit dieser Studie angemessen.

Frage: Angenommen, alle Qualitätssicherungsmaßnahmen werden eingehalten. Dennoch werden manche Publikationen oder klinische Studien nicht publiziert, weil die nicht den Ergebnissen entsprechen, die erwartet worden sind. Gibt es Mechanismen, um dies zu verhindern?

Moderator: Sie meinen wissenschaftliche Untersuchungen, die von Unternehmen bewusst zurückgehalten werden?

Frage: Richtig, und zwar, weil sie den Markt nicht unterstützen.

Moderator: Das ist eine wichtige Grundsatzfrage. Sie sprechen von freier Wissenschaft, aber die Industrieforschung bzw. die Forscher, die dort arbeiten, haben mitunter nicht die Freiheit des freien Publizierens.

Dr. Romanowski: Ich kann nur für unseren Industriezweig, die chemische Industrie, sprechen. Das Hauptregelwerk für die Chemikaliensicherheit ist die europäische Chemikalienverordnung REACH; dort ist vorgeschrieben, dass alle verfügbaren und vorliegenden Erkenntnisse über die Gefährdungseigenschaften von Chemikalien und Risiken,

in den Registrierungs dossiers zu nennen und aufzuführen sind. Das ist gesetzlich vorgeschrieben.

Moderator: Müssen Sie diese Studien denn ankündigen, bevor sie durchgeführt werden?

Dr. Romanowski: Es gibt für bestimmte Chemikalien Testanforderungen, für die mit dem Einreichen des Registrierungs dossiers zunächst ein Testvorschlag gemacht wird. Mit diesen Tests sind nämlich Tierversuche verbunden. Die europäische Chemikalienagentur ECHA entscheidet anschließend, ob dieser Tierversuch noch durchgeführt werden muss oder ob er vielleicht eingespart werden kann, weil er von jemand anderem schon gemacht wurde. Für solche aufwändigen Studien werden Vorschläge von der Industrie gemacht; die ECHA entscheidet dann anschließend, wer unter welchen Bedingungen und welcher Form diese Tests macht. Im Prinzip muss die Industrie alle vorliegenden und verfügbaren Daten und Fakten in ein Registrierungs dossier zu einer Chemikalie aufnehmen.

Moderator: Das betrifft REACH, aber nicht die gesamte chemische Industrie.

Dr. Romanowski: Das betrifft das gesamte Gebiet der Chemikaliensicherheit. Natürlich gibt es darüber hinaus spezielle Regelwerke für Kosmetika, für Lebensmittelzusatzstoffe, für Pharmazeutika. Ich kann hier nicht zu allen Stellung nehmen, aber für REACH, für die Chemikalienbewertung gilt, dass hier keine Daten zurückgehalten werden können.

Frage: Ich leite im BfR die Abteilung Chemikaliensicherheit, wir haben in unserer Abteilung Pflanzenschutzmittel, Biozide und Chemikalien unter REACH zu bewerten. Oft hören wir von NGOs und aus bestimmten Fraktionen im Bundestag den Vorschlag, einen Fond zur Finanzierung solcher Studien aufzulegen, in den alle Industrieunternehmen einzahlen. Eine Studie würde dann nicht mehr von der jeweiligen Firma finanziert, sondern aus dem Fond, um die geforderte Unabhängigkeit zu gewährleisten. Speziell im Bereich Pflanzenschutzmittel sind die Kosten solcher Studien enorm. Letzten Endes geht es dabei auch um die Frage des Patentschutzes. Nicht in jedem Fall sind die Studien frei und offen, auch wenn unsere Bewertungen natürlich zugänglich sind.

Dr. Romanowski: Diese Frage ist gut bekannt, sie wird schon länger diskutiert. Aber sie geht an der Realität vorbei. Das Problem besteht darin, dass diese Chemikalien, mit denen wir uns jetzt unter REACH beschäftigen, oft schon seit Jahrzehnten auf dem Markt sind. Es liegen dazu bereits sehr, sehr viele Tests, Studien und Sicherheitsbewertungen vor, die wir nicht alle wegwerfen wollen. Denn ihre Durchführung war mit erheblichen Kosten und Tierversuchszahlen verbunden. Diese Studien waren von einzelnen Firmen, die die Stoffe hergestellt haben oder immer noch herstellen, in Auftrag gegeben worden. Ich glaube, REACH stellt einen guten Mechanismus dar, dieses Wissen, das sich über lange Zeit angesammelt hat, für die behördliche Bewertung einsetzbar und nutzbar zu machen. Einen besseren Weg gibt es eigentlich nicht. Dieser Fonds wäre möglicherweise eine Option für Chemikalien, die zukünftig auf den Markt kommen. Aber ihn sozusagen rückwirkend einzusetzen, halte ich für unrealistisch.

Moderator: Aber dennoch entwickelt die chemische Industrie neue Stoffe...

Dr. Romanowski: Ja, aber die Zahl der neuen Stoffe, die auf den Markt kommen, ist doch sehr überschaubar. Meistens handelt es sich um neue Rezepturen oder neue Zubereitungen mit dem bekannten Stoffsortiment. Abgesehen von Arzneimitteln gibt es eigentlich wenige ganz neue chemische Stoffe. Arzneimittel aber unterliegen einem besonderen Zulassungsverfahren zum Nachweis der Wirksamkeit und der Nebenwirkungen.

Statement: Ich wollte einen Kommentar zu den Aussagen des Moderators über die Berichterstattung zur Séralini-Studie abgeben. Das, was vorher gesagt wurde, stimmt für Ihre eigene Zeitung, die Süddeutsche. Ich habe den Bericht Ihrer Kollegin noch vor Augen, der die massive Kritik an dieser Studie wiedergibt. Gleichwohl kam die erste Berichterstattung aus Frankreich. Dort hatte sich ein Journalist gegen eine saftige Konventionalstrafe verpflichtet, keine zweite Meinung einzuholen und diese Studie unkritisch wiederzugeben. Dieser Bericht diente als Referenzpunkt für das deutsche Fernsehen und viele andere Medien. Ich glaube, hier muss sich der Wissenschaftsjournalismus kritisch mit sich selbst auseinandersetzen. Ich glaube auch, Sie würden es in Ihrer Redaktion nicht zulassen, dass Sie einen Exklusivbeitrag angeboten bekommen, sich aber gleichzeitig verpflichten müssen, keinen anderen Wissenschaftler zu fragen, was er davon hält.

Moderator: So habe ich das bisher nicht wahrgenommen. Trifft das zu, dann handelte es sich bei diesem Vorgehen nicht um eine Verfehlung des Wissenschaftsjournalismus, sondern um einen journalistischen Sündenfall. Das ist kein Journalismus. Es gibt eine einzige Verpflichtung, die wir bei einer solchen Berichterstattung eingehen: die Einhaltung der Sperrfrist. Wir erhalten zum Beispiel Fachzeitschriften eine Woche früher, wir können die kompletten Studien lesen, unter der Maßgabe, dass wir darüber erst am Erscheinungstag der Fachzeitschrift berichten. Aber kein Journalist geht eine inhaltliche Verpflichtung ein.

Zunächst jedoch vielen Dank. Das nächste Statement kommt von Dr. Wolfgang Wodarg von Transparency International Deutschland. Er ist Arzt und Gesundheitswissenschaftler und war von 1994 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages für die SPD. Er ist auch Ehrenmitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarats und Mitbegründer und Mitglied des Kuratoriums des Instituts Solidarische Moderne. Herzlich willkommen.

Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?

Dr. Wolfgang Wodarg,

*Transparency International Deutschland e. V.,
Berlin*



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Frage nach der Unabhängigkeit von Wissenschaft beurteile ich anders, als das bisher geschehen ist. Natürlich ist die Wissenschaft nicht unabhängig. Denn die Gesellschaft hat ihr eine Funktion anvertraut und die Wissenschaft sollte sich bemühen, diese Funktion auch zu erfüllen. Sie setzt dafür bestimmte Methoden ein, über die wir schon viel gehört haben. Auf diese Weise schafft sie Wissen, das uns allen das Leben erleichtert. Darauf können wir uns berufen, auch wenn wir die Details nicht genau erfassen. Denn durch ihre Verfahren sorgt die Wissenschaft für brauchbares Wissen, auf das man sich einigen kann. Das ist ähnlich wie bei unserem Finanzsystem: Idealerweise sorgt es dafür, das wir dem Geld vertrauen können. Manchmal versagt es, dann bricht das Vertrauen ein. Dasselbe kann auch mit der Wissenschaft passieren.

Die Wissenschaft als ein Wissen produzierendes Subsystem ist natürlich auf vielfältige Weise an andere Systeme gekoppelt, deshalb ist sie nicht unabhängig. Deshalb ist es interessant, diese Kopplung an andere gesellschaftliche Systeme, etwa an die Politik oder die Wirtschaft zu verstehen: Welche Interaktionen bestehen, wie laufen die Kommunikationsprozesse ab, welche Konflikte treten auf, über die man sich dann durch Kommunikation einigen muss, wie transparent sind sie und welche Auswirkungen haben Fehler?

Wir gehen davon aus, dass die Wissenschaft sich selbst korrigiert, dass sie in der Lage ist, den Wissensstand in Bezug auf bestimmte Sachverhalte, immer mehr zu erweitern. Diese Selbstkorrektur ist ein wesentliches Charakteristikum, das in der Vergangenheit allerdings häufig nicht funktioniert hat. Es zeigt sich, dass die Wissenschaft häufig durch Bias, durch Einflüsse aus anderen Systemen, aus anderen Interessensbereichen, in ihrer Funktion beeinträchtigt wurde. Wir sehen zum Beispiel, dass bei der Veröffentlichung negative Resultate zurückgehalten werden, weil der Sponsor das so möchte. Oder negative Ergebnisse werden so interpretiert, dass sie positiv erscheinen. Bei größeren Studien oder in Reviews ist die Chance für die Veröffentlichung positiver Ergebnisse dreimal so hoch wie bei negativen Ergebnissen. Diese Art des Vorgehen ist nicht neu; schon bei den Griechen hat man auch nur die Dankesschreiben der geretteten Schiffbrüchigen öffentlich gemacht, nicht die Liste der Ertrunkenen.

Es gibt also sehr viele unterschiedliche Einflüsse, von denen die Wissenschaft abhängt. Sie zu kennen ist wichtig; deshalb müssen wir Transparenz herstellen und darüber sprechen. Die wichtigsten Fragen an einen Wissenschaftler lauten daher: Weshalb wurde diese Untersuchung gestartet, was wurde untersucht, was wurde herausgefunden und was bedeutet das? Diese Herangehensweise an die Kommunikation mit Wissenschaftlern, egal ob als Politiker oder ob als Kollege, ist eigentlich ziemlich einfach, aber nicht immer selbstverständlich. Sehr oft wird die Relevanz der Fragen, die die Wissenschaft stellt, gar nicht reflektiert, sehr häufig werden deshalb Untersuchungen gemacht, die irrelevant sind oder möglicherweise ganz andere, keine wissenschaftlichen Zwecke verfolgen.

In vielen Fällen ist das Design der Studie nicht in Ordnung; außerdem ist der Zugang zu den Ergebnissen der Studien und den Details nicht gegeben. Fehlermöglichkeiten bestehen darüber hinaus beim Bericht der Studienergebnisse. Chalmers spricht davon, dass 85 Prozent der klinischen Studien keinen wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn bringen. Das ist eine gewaltige Verschwendung von Ressourcen, die uns nicht weiter bringt.

Da gibt es zum Beispiel Dienstleister, die damit werben, dass sie eine wissenschaftliche Arbeit mit dem Ergebnis abliefern, das sich der Sponsor wünscht. Die Veränderung des kritischen Normwerts für Cholesterin zeigt, welche wirtschaftlichen Interessen hinter einem solchen Schritt stehen können. Seit die Normgrenze von 240 auf 200 Milligramm Cholesterin pro Deziliter herabgesetzt wurde, hat sich der Anteil, der Patienten, an die die Industrie Lipidsenker verkaufen kann, um 86 Prozent erweitert. Ich selbst habe im Europarat an der Untersuchung des Bias bei der WHO in Sachen Schweinegrippe teilgenommen: Wie konnte es dazu kommen, dass eine stinknormale Grippe zur Pandemie hochstilisiert wurde und wer hat dazu beigetragen? Der unnötige Einkauf von Tamiflu und Impfstoffen hat die öffentlichen Haushalte immerhin 18 Milliarden Euro gekostet – eine beschämende Geschichte, bei der auch deutsche staatliche Institute keine gute Figur gemacht haben. Im Nachhinein können wir nicht einmal sicher feststellen, ob wir da nicht angeschmiert worden sind, ob nicht völlig falsche selektierte Daten als Grundlage für diese milliardenschweren Fehlentscheidungen verwendet wurden.

Zukunftsforschungsinstitute mahnen an, dass es in den verschiedenen Feldern, die unsere Gesellschaft beeinflussen, es sehr viele Unwägbarkeiten gibt, bei denen wir schnell und auf eine verlässliche Wissenschaft zurückgreifen müssen. Versagt die Wissenschaft als Kompass für die Politik, dann geraten wir rasch in Schwierigkeiten. Dabei muss man sich die unterschiedlichen Fragen der jeweiligen Zielgruppe klar machen. Ein Unternehmer, ein Investor oder ein Politiker möchte das Risiko kennen, das mit seiner Entscheidung verbunden ist. Die Sicht der Bevölkerung ist anders. Sie entscheidet nicht, sondern fragt vielmehr, ob sie in Gefahr ist. Diese unterschiedlichen Fragehorizonte sind ganz wichtig bei der Betrachtung von Risikoabschätzungen.

Transparency International hat sich die Bekämpfung der Korruption zum Ziel gesetzt. Wir definieren Korruption als den Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil. Bezogen auf die Wissenschaft müssen wir zunächst die Frage stellen, was der Wissenschaft anvertraut wurde? An der Antwort bemisst sich, ob wir von korrumpierter Wissenschaft sprechen können oder nicht. Korruption oder nicht Korruption, das hört sich sehr plakativ an. Ich halte es für günstiger, wenn man von Interessenkonflikten spricht, diese beim Namen nennt und analysiert, welche Interessen letztlich die Oberhand gewonnen

haben. Die primären Interessen einer Institution sind durch ihren Auftrag begründet; die sekundären Interessen sind finanzieller Art, Karriereinteressen, das Renommee, die Zahl der Veröffentlichungen und was auch immer da eine Rolle spielen mag. Was wir brauchen, ist die Transparenz, um beurteilen zu können, ob die anvertraute Funktion wahrgenommen wird. Ohne Transparenz bleibt letztlich nur noch Hoffnung; das ist natürlich nicht genug.

Die Wissenschaft hat uns in der Vergangenheit häufig in die Irre gelenkt. Ich erinnere zum Beispiel an eine peinliche Protokollnotiz aus dem Beschluss der Kultusministerkonferenz, die sich Gedanken darüber macht, wie sie die Bestrafung von Hochschulinstitutionen verhindern kann, wenn diese sich als wissenschaftliche Einrichtungen der Industrie andienen. Die Konflikte bei der Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmittelfinanzierung sind in der Tat sehr komplex; wir untersuchen diese Thematik derzeit in einer Arbeitsgruppe, die sehr viel Zulauf hat, auch von kritischen Studenten. Ich habe die Hoffnung, dass das Thema der Unabhängigkeit von Wissenschaft insgesamt in Deutschland heftiger diskutiert werden wird.

Auch auf europäischer Ebene wäre eine solche Diskussion wünschenswert. Eine semantische Analyse der Forschungsrahmenprogramme, der vergangenen Jahre hat untersucht, wie häufig die Worte „Competitive“, „Business“ und „Economy“ im Vergleich zu „Democracy“, „Civil Society“ oder „Human Rights“ und ähnliche Begriffe vorkommen. Die wirtschaftlichen Aspekte der Forschungsförderung stehen auch auf europäischer Ebene ganz stark im Vordergrund. Wissenschaft ist für die europäische Union etwas, was sie wirtschaftlich konkurrenzfähiger machen soll. Das heißt, Wissenschaft ist ein Instrument für die Wirtschaft. Das primäre Interesse der EU liegt nicht bei der Wahrheitssuche, sondern in der Erhaltung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsräumen der Welt. Dieser Aspekt muss diskutiert werden, auch auf europäischer Ebene.

Die Bremsen eines Fahrzeuges müssen so gut sein, dass es selbst aus Höchstgeschwindigkeit noch rechtzeitig zum Stehen kommt. Der Motor kann noch so stark sein, erfüllt es diese Sicherheitsanforderungen nicht, dann es ist es einfach ein schlechtes Auto. Die Wirtschaft hat leider häufig kurzfristige Interessen, und empfindet Risikoforschung als störend. Deshalb fordern wir, dass eine Pflicht zur Veröffentlichung aller begonnenen klinischen Studien eingeführt wird. Ein solches Vorgehen ist problemlos möglich, wenn zum Beispiel alle Studien, die von der Ethikkommission genehmigt wurden, in ein Pflichtregister aufgenommen werden müssen, das öffentlich zugänglich ist. Die European Medical Agency (EMA) hat das gerade machen müssen, weil der Haushaltsausschuss des Europaparlaments gefordert hat, dass der Zugang zu Arzneimittelzulassungsstudien verbessert wird. Selbst die EMA-Behörde hat Studien zurückgehalten und wirtschaftliche Interessen der Unternehmen vorgetäuscht, die bei näherem Hinsehen nicht haltbar waren.

Wir fordern außerdem Zugang zu allen Daten, auch zu den nicht publizierten Rohdaten und den Studienprotokollen für die Kontrollbehörden. Die amerikanische Zulassungsbehörde FDA macht das in den USA bereits möglich, und zwar viel rigider und drastischer als bei uns in Europa. Im Tamiflu-Fall hat die EMA zum Beispiel auf das Unternehmen verwiesen; das wiederum wartet, bis das Patent ausgelaufen ist, um dann die Daten möglicherweise herauszurücken. Wissenschaft spielt dabei keine Rolle. Unser Forschungssystem ist stark gefährdet, weil wir wenig öffentliches Interesse an Wissen ohne Bias haben. Dafür müssen

wir mehr ausgeben; wir können dieses Feld nicht einfach denen überlassen, die es gerne für sich instrumentalisieren wollen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Diskussion:

Moderator: Vielen Dank, Herr Wodarg. Ich fand es hilfreich, dass Sie den Finger in die Wunde gelegt haben. Mir fiel aber auch auf, dass Sie sehr viele Beispiele aus der Pharmaindustrie genannt haben. Sind die Verhältnisse dort auf andere Bereiche übertragbar?

Dr. Wodarg: Ich habe diese Beispiele deshalb gewählt, weil ich die Verhältnisse im Bereich Gesundheit am ausführlichsten verfolgt habe. In unserer neu gegründeten Arbeitsgruppe werden wir arbeitsteilig auch andere Fälle beleuchten. In der Agrarbiologie ist es ebenfalls nicht zum Besten bestellt. Ich weiß außerdem, dass es in der Energieforschung einen erheblichen Bias gegeben hat. Was die Finanzwirtschaft angeht, so gab es zum Beispiel einen Geheimvertrag zwischen der Humboldt-Universität und der Deutschen Bank.

Frage: Richten Sie Ihre Vorwürfe auch an dieses Institut?

Dr. Wodarg: Ich kann Ihnen zu der Arbeitsweise des BfR ohne gründliche Untersuchung nichts sagen.

Moderator: Herzlichen Dank.



Podiumsdiskussion II: Wie unabhängig kann Wissenschaft sein?

Teilnehmer:

Thilo Bode, Geschäftsführer von foodwatch e. V., Berlin

Dr. Holger Brackemann, Stiftung Warentest, Berlin

Prof. Dr. Matthias Horst, Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e. V. (BLL), Berlin

Jutta Jaksche, Verbraucherzentrale Bundesverband, Berlin

Dr. Gerd Romanowski, Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI), Frankfurt

Prof. Dr. Reiner Wittkowski, Vize-Präsident des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR)

Dr. Wolfgang Wodarg, Transparency International Deutschland e.V., Berlin

Moderation: Dr. Patrick Illinger

Moderator: Das Wort Moderator hat einen doppelten Wortsinn, zum einen beschreibt es jemand, der durch das Programm einer Veranstaltung führt, zum anderen hat es auch einen technischen Wortsinn. In einem Kernkraftwerk ist der Moderator das Material zwischen den Brennelementen, das verhindert, dass sich ein Kernkraftwerk in eine Atombombe verwandelt. Liebe Mitdiskutanten, gestatten Sie mir die Analogie: Ich hoffe, in unserer Runde sind Sie die Brennstäbe.

Meine erste Frage geht an Sie, Herr Bode. Ich hatte einen von mir sehr geschätzten Kollegen, der seine Redaktion immer fragte: Was verpassen wir gerade? Ausschlaggebend war nicht in erster Linie, was aktuell los war, woran die Mitarbeiter gerade schrieben, sondern das, was gerade verpasst wurde. Organisationen wie die Ihre fokussieren sehr stark auf einzelne Punkte, sei es nun Dioxin, BSE oder eine Ölplattform in Mexiko. Riskieren Sie dabei nicht, anderes auszublenden?

Thilo Bode: Lassen Sie mich zuvor noch einen Kommentar zu den vorangegangenen Stakeholder-Statements loswerden. Unserer Auffassung nach gibt es keine unabhängige, scheinbar wertfreie, objektive Risikokommunikation. Das ist ganz wichtig. Herr Horst sagt heute Morgen zum Beispiel, es sei gut gewesen, dass man beim Dioxin gesagt habe, es bestünde keine Gefahr. Das ist natürlich falsch. Das kommt auf die angenommenen Voraussetzungen und auf die Wertannahmen an. Man kann sich unglaublich gut über Gefahren und Risiken streiten, man muss aber immer die Grundlagen der Bewertung transparent machen. Das ist im Falle der Dioxin-Kommunikation des BfR leider nicht ausreichend passiert. Man kann nämlich den Dioxin-Vorfall auch ganz anders und genauso valide bewerten. Wir haben es hier nicht mit objektiv wertfreien Tatbeständen zu tun.

Jetzt zu Ihrer Frage. Natürlich treffen wir eine politische Entscheidung und wir nehmen den möglichen Vorwurf in Kauf, wir würden das Wichtigste gar nicht aufgreifen. Wir sind genauso eine politische Interessensvertretung wie der BLL von Professor Horst, nur dass wir eben keine kommerziellen Interessen vertreten, sondern das, was wir als das Allgemeingut definieren. Das bieten wir der Gesellschaft an und dann wird politisch entschieden. Und diese Entscheidung akzeptieren wir natürlich.

Moderator: Herr Brackemann, hat die Stiftung Warentest manchmal das Gefühl, dass Ihre Deutungshoheit in Sachen Verbrauchersicherheit im Vergleich zu anderen Verbrauchermagazinen verloren geht?

Dr. Brackemann: Nein, das glaube ich nun wirklich nicht. Wir wollen den Verbraucher auf einer wissenschaftlich validen Basis über die Unterschiede von Produkten informieren. Das heißt, wenn wir über das Thema Stoffe berichten, benötigen wir belastbare Informationen über die Gefährlichkeit von Stoffen, bevor wir eine Bewertung vornehmen. Über das eigentliche Risk Assessment kann man lange sprechen, das ist ein sehr aufwändiger Prozess, häufig gekennzeichnet durch viele Lücken. Allein schon aufgrund des Vorsorgegrundsatzes bewerten wir Produkte auf dem Markt, die bestimmte gefährliche Stoffe vermeiden, besser als andere. Aber eine wissenschaftliche Basis für unsere Bewertung benötigen wir dennoch, und die sehen wir bei manchem anderen Testveranstalter nicht.

Moderator: Das ist eine interne Sicht. Mich interessiert, wie Sie damit umgehen, dass Ihr Endverbraucher, die Öffentlichkeit, an dieser wissenschaftlichen Grundlage gar nicht interessiert ist? Sie vertraut foodwatch und Greenpeace mitunter stärker als einer Bundesbehörde oder anderen. Fühlen Sie da manchmal ungerecht behandelt von der Öffentlichkeit?

Dr. Brackemann: Nein, der überwiegende Teil der Bevölkerung kennt uns nicht nur, sondern vertraut uns und unserer Arbeit, ich habe Ihnen die zahlenmäßigen Belege heute vorgestellt. Dieses Vertrauen müssen wir uns natürlich immer wieder neu verdienen. Dann allerdings können wir durchaus hin und wieder eine Meinung veröffentlichen, die der gefühlten Verbrauchererwartung entgegensteht. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Ein viel diskutiertes Stichwort ist der Geschmack, die Sensorik biologisch erzeugter Lebensmittel. Weite Teile der Bevölkerung sind der Meinung, dass man den Unterschied zu Lebensmitteln aus konventioneller Landwirtschaft am Geschmack erkennt. Wohlgemerkt, ich spreche nicht von einer Schadstoffbelastung. Wir haben mit den heute bekannten fachlich-

wissenschaftlichen Methoden vergleichenden Untersuchungen durchgeführt und im überwiegenden Teil der Produkte keine Unterschiede gefunden. Natürlich trauen wir uns, das so zu veröffentlichen, und ich denke, damit gelingt es uns auch, die gesellschaftliche Diskussion zu beeinflussen.

Moderator: Herr Professor Wittkowski, wie gehen Sie mit Ihrer Schiedsrichterrolle um?

Prof. Wittkowski: Wir wären schlecht beraten, uns als Schiedsrichter zu definieren. Wir werden gefragt oder beauftragt, eine Risikoeinschätzung abzugeben, also die Eintrittswahrscheinlichkeiten von Schäden zu bewerten. Es geht dabei nicht darum, tätig zu werden, wenn irgendjemand den Eindruck hat, Ökotest sei in einem Testbericht zu einer falschen Bewertung gekommen. Auch die Séralini-Studie haben wir nicht bewertet, weil wir anderer Auffassung als die Autoren sind; sondern weil wir unser gesamtes Bewertungssystem völlig neu überdenken müssten, würde sie sich als wissenschaftlich valide herausstellen. Deswegen ist es wichtig, die Aussagekraft dieser Studie nach wissenschaftlichen Kriterien zu bewerten und zu prüfen, ob sie so, wie sie dort getätigt wurde, zutreffend ist oder nicht.

Moderator: Frau Jaksche, eigentlich müssten Sie doch am oft widersprüchlichen, oft hochemotionalen Verhalten des Verbrauchers verzweifeln. Einerseits konsumiert er Junkfood; andererseits steigt die öffentliche Aufregung, wenn in den Medien über Verunreinigungen im Essen berichtet wird. In Ihrem Vortrag erschien der Verbraucher als jemand, der all diese wissenschaftlichen Informationen braucht, um mit dem Nichtwissen angemessen umgehen zu können. Dabei scheint es doch so, als ob der Verbraucher genau das nicht kann und nicht will.

Jutta Jaksche: Verbraucher stellen keine homogene Gruppe dar und wir fühlen uns der Verschiedenartigkeit von Verbraucherinteressen verpflichtet. Auf der einen Seite gibt es einen Bedarf an detailliertem Wissen, um das eigene Alltagshandeln daran auszurichten. Andere kommen mit schnellen Hilfen direkt am Markt besser zurecht. Wir werden es immer mit einer Mischung von verschiedenen Instrumenten der Verbraucherinformation zu tun haben. Noch immer aber finden selbst interessierte und engagierte Verbraucher zu wenige Verbraucherinformationen am Markt. Deshalb wollen wir darauf hinwirken, dass die Politik diese Instrumente bereitstellt.

Moderator: Ja, aber werden Sie in Ihrer Arbeit nicht auch bisweilen von plötzlich hochkochenden, emotional geführten Diskussionen getrieben?

Jutta Jaksche: Natürlich müssen wir auch Stellung beziehen zu Fragestellungen, die wir in unserer fachlichen Einordnung als nicht so relevant ansehen. Wenn der Verbraucher hier Probleme sieht, dann sind wir dennoch verpflichtet, ihm eine Antwort zu geben. Es ist auch nicht angebracht, Verbraucher aufgrund ihres Kaufverhaltens als wenig verantwortungsvoll abzuwerten. Wir versuchen herauszubekommen, warum der Verbraucher so handelt, was ihn bewegt. Der Einkauf bei einem Billigdiscounter kann zum Beispiel aus Verbrauchersicht eine hochrationale Entscheidung sein. Häufig werden dort hochwertige Lebensmittel zu günstigen Preisen und quasi der gleichen Qualität wie Markenprodukte angeboten. Auch das ist eine Form der Intransparenz, auf die Verbraucher reagieren. Wir wollen es ihnen einfacher machen und sie bei dem abholen, was sie wollen. Es ist nicht angebracht, den

einen Verbraucher aufgrund seines Kaufverhaltens im Vergleich zum anderen als weniger verantwortungsvoll abzuwerten. Der Markt bietet die gesamte Palette von Einkaufsmöglichkeiten; für den Verbraucher ist es wichtig, Orientierungshilfen für sein Kaufverhalten zu bekommen.

Moderator: Herr Bode, sehen Sie das auch so?

Thilo Bode: Ich gebe Frau Jaksche völlig Recht. Der Verbraucher verhält sich als Wirtschaftssubjekt ganz rational, denn er kann nur im Grunde seine individuellen Rechte wahrnehmen. Wir müssen seine individuellen Rechte und seine Interessen schützen, aber wir können ihm nicht die kollektiven Pflichten übertragen. Fragen zur Tierhaltung, zum Klimaschutz etc. müssen vielmehr politisch gelöst werden.

Moderator: Ich formuliere die Frage noch einmal anders. Der Anteil dessen, was Haushalte für Essen und Ernährung ausgeben, ist in den letzten Jahren massiv gesunken. Essen in Deutschland muss in erster Linie billig sein. Dann aber kommt ein Skandal hoch und alle regen sich über die Industrie und mangelhafte Lebensmittelkontrollen auf.

Thilo Bode: Die Aufregung ist verständlich, weil der Verbraucher sich selbst nicht gegen Risiken schützen kann. Im Gegensatz zu anderen Verbrauchsgütern kann er dem Essensgut das Risiko nicht ansehen und er kann die Qualität auch nicht selber ermessen. Deswegen reden wir bei Lebensmitteln über Vertrauensgüter, bei denen die Transparenz durch die Intervention des Staates in den Markt eingebracht werden muss. Im Übrigen hat die Tatsache relativ sinkender Lebensmittelpreise auch etwas mit steigenden Einkommen zu tun. Die Qualitätsmaßstäbe für Lebensmittel müssen vom Staat festgelegt werden, damit die Verbraucher Qualität kaufen können. Das ist ganz entscheidend.

Moderator: Es ist also nicht so, dass der Druck der Konsumenten in Richtung auf billige Lebensmittel dazu führt, dass auch möglicherweise minderwertige Produkte auf den Markt kommen? Hat das nichts miteinander zu tun?

Thilo Bode: Natürlich muss ein billiges Stück Fleisch genauso sicher sein wie ein teures. Sie erwarten ja auch von einem Polo, dass er genauso sicher ist wie ein BMW, trotz des Preisunterschieds. Es ist fatal, wenn unzureichende Qualitätsstandards eine Abwärts-Preisspirale triggern. Das darf nicht passieren. Dazu ist es wichtig, dass Qualitätsunterschiede klar für den Verbraucher erkennbar sind. Nachdem zum Beispiel die Eierkennzeichnung eingeführt wurde, ging der Verkauf von Käfigeiern signifikant zurück. Darüber hinaus wird es immer Verbraucher geben, denen die Qualität völlig egal ist.

Jutta Jaksche: Wenn ich diese Aussage noch ergänzen darf: Wir haben in einer Verbrauchersforschungsstudie festgestellt, dass verlässliche Leitlabel fehlen. Nehmen wir den Tierschutz: 20 Prozent der Verbraucher fragen nach Produkten aus einer Tierhaltung, die sich an einem höherwertigen Tierschutz orientiert; demgegenüber steht ein Angebot von rund zwei Prozent. Häufig wird argumentiert, Verbraucher mit einem Interesse an einer höheren Tiergerechtigkeit könnten ja Bioprodukte kaufen. Wir halten dem entgegen, nein, wir müssen den Verbrauchern an der Stelle entgegenkommen, für die diese Messlatte zu hoch ist. Leider hat sich die Politik nicht zu gesetzlichen Regelungen mit einer hohen Glaubwürdigkeit durchringen können. Die EU-Ebene hat ein staatliches Tierschutz-Label

bislang abgelehnt. Hätte man dies auf EU-Ebene durchgesetzt, dann wäre auch der Vorwurf der Wettbewerbsverzerrung hinfällig gewesen. Auch auf nationaler Ebene wurde der Vorschlag abgeschmettert. Jetzt geht der Deutsche Tierschutzbund voran und gibt ein zweistufiges Label heraus. Damit sollen auch die Ergebnisse des europäischen „Animal Welfare“-Projekts in der Praxis umgesetzt werden. Aus unserer Sicht haben die staatlichen Akteure in diesem Punkt versagt, weil sie nicht hören, was die Verbraucher wollen.

Moderator: Herr Professor Horst, mich hat Ihre Aussage überrascht, es sei völlig in Ordnung, wenn jemand, der auf der Gehaltsliste eines Unternehmens der Lebensmittelindustrie steht, gleichzeitig bei der EFSA eine entscheidende Rolle spielt. Blicken Sie da nicht zu sehr durch die Brille der Unternehmen? Oder mangelt es am Verständnis dafür, dass man auf diese Weise ein falsches Signal in der Öffentlichkeit setzt?

Prof. Horst: Die Innensicht ist manchmal sehr hilfreich und ich verfüge über eine Innensicht der EFSA von über zehn Jahren. Es geht mir überhaupt nicht darum, dafür zu werben, dass die wissenschaftlichen Panels mit Leuten aus der Wirtschaft besetzt werden; das trifft auch gar nicht zu. Aber natürlich sitzen dort auch Experten von Universitäten oder sonstigen Institutionen, die mit der Wirtschaft zu tun haben. Berührungspunkte an dieser Stelle sind völlig falsch, denn damit negiert man unsere gesellschaftliche Situation.

Moderator: Aber wie steht es denn um Experten mit industriellen Beraterverträgen?

Prof. Horst: Ich weiß nur, dass die Vorschläge, wer in diese Panels aufgenommen wird, nach ganz strengen Kriterien geprüft werden. Ich kenne einen Fall, in den sich jemand für ein Panel bewarb, der in seiner beruflichen Vergangenheit Kontakt zu den Herstellern von Zusatzstoffen gehabt hatte und deshalb abgelehnt wurde. Ich kann Ihnen noch ein anderes Beispiel nennen: Ein EFSA-Mitglied kaufte ein Haus in Südfrankreich mit einem Garten und 100 Weinstöcken. In seiner „Declaration of Interest“ gab er diese Weinstöcke an, er könnte ja in Zusammenhang mit der Weinbauindustrie oder der Weinbauverbände stehen. Man sollte es nicht so weit treiben, dass die Mitarbeit in diesen Panels durch diese Kriterien an Attraktivität verliert.

Moderator: Woher kommen dann die Medienberichte über einen Experten, der einen Beratervertrag mit dem Unternehmen Kraft hat und an entscheidender Stelle bei der EFSA mitwirkt. Das klingt nicht gerade nach einer Lappalie.

Prof. Horst: Ich kenne diesen Fall nicht. Ich wehre mich nur gegen persönliche Angriffe, weil ich als Lobbyist zehn Jahre im Board saß, obwohl die Teilnahme von Verbänden vorgeschrieben ist. Ich habe mich massiv für die Unabhängigkeit der EFSA eingesetzt, und zwar auch für die Unabhängigkeit von der Politik. Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass der damalige Minister Seehofer vor fünf Jahren versucht hat, die EFSA zu konterkarieren, indem er ganz offiziell vorschlug, ein Supervisory Board einzuführen, das beim Rat angesiedelt ist. Damit wären Wissenschaftler vom Rat abhängig geworden. Das wäre das Ende der EFSA gewesen.

Moderator: Ich rede nicht über Sie, sondern über Mitarbeiter der EFSA. Sie sagen, es gibt de facto keine Einflussnahme. Aber es geht doch auch immer um den Eindruck, der nach

außen entsteht. Sie kennen die öffentliche Meinung in Deutschland, wenn Politiker sich zum Beispiel von Freunden einen günstigen Kredit geben lassen.

Prof. Horst: Dennoch kann es nicht sein, dass ein Wissenschaftler seine Glaubwürdigkeit verliert, wenn er in irgendeiner Form Kontakt zur Wirtschaft hat.

Moderator: So weit will ich gar nicht gehen. Es geht um Kontakte, bei denen jemand, der ohnehin aus öffentlichen Mitteln bezahlt wird, in Form eines Beratervertrages noch dazu verdient. Das erzeugt den Eindruck der Abhängigkeit.

Prof. Horst: Wer ist für die Wertschöpfung zuständig? Nicht Sie, nicht ich, sondern das, was in unserem Land, zum Beispiel in Industriebetrieben oder im Dienstleistungsgewerbe erarbeitet wird. Vieles von dem, was Sie fordern, kann nur mit dem Einsatz von Steuergeldern umgesetzt werden, die die Industrie direkt oder indirekt erwirtschaftet. Deshalb wehre ich mich ganz massiv dagegen, dass man alles, was mit Wirtschaft zu tun hat, kriminalisiert und als profitorientiert anprangert.

Moderator: Herr Romanowski, als der zweite Vertreter der Wirtschaft in dieser Runde sprachen Sie vorher davon, dass Wissenschaft dann gut ist, wenn sie frei ist und frei publizieren kann. Aber das Problem der Wissenschaft in den Unternehmen besteht doch gerade darin, dass sie nicht frei publiziert wird. Wie bringen Sie diesen Widerspruch zusammen?

Dr. Romanowski: Ich habe nicht von Publikationsfreiheit und freier Wissenschaft gesprochen, sondern vor allem von der Einhaltung von Qualitätsstandards, zumindest bei solchen wissenschaftlichen Untersuchungen, die sich mit der Sicherheit von Produkten und möglichen damit verbundenen Gesundheitsrisiken beschäftigen.

Moderator: Trotzdem meine Frage: Stimmen Sie zu, dass die Wissenschaft frei publizieren können sollte, damit sie autonom ist?

Dr. Romanowski: Ja, dem stimme ich im Prinzip zu.

Moderator: Wie gehen Sie dann damit um, dass in der Industrie die Studien mitunter oder sogar häufig nicht an die Öffentlichkeit kommen, vielleicht auch, weil sie nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht haben?

Dr. Romanowski: Für den Bereich der Chemieindustrie legt das Gesetz klar fest, welche Daten und Studien ein Unternehmen vorlegen muss, das einen chemischen Stoff herstellen oder importieren möchte. Die Anhänge zur REACH-Verordnung schreiben klar vor, zu welchen toxikologischen Endpunkten Studien gemacht werden. Die ECHA erhält nicht nur die Auswertung dieser Studien, sondern auch die Originaldaten. Auf der Basis dieses Materials erstellt die ECHA einen Auszug – so steht es im Gesetz – und veröffentlicht diese Zusammenfassung für jedermann zugänglich im Internet. Die Industrie kann diesen Anforderungen nicht ausweichen oder Informationen zurückhalten. Ich weiß nicht, was Sie da unterstellen wollen.

Moderator: Ich kenne persönlich Leute, deren Job es ist, die pharmazeutische Industrie zu unterstützen, wenn eine Studie droht, nicht das gewünschte Ergebnis zu bringen. Gibt es das nicht in der chemischen Industrie?

Dr. Romanowski: Mir ist so etwas bisher nicht bekannt.

Moderator: Herr Wodarg, helfen Sie mir. Sehen Sie einen Unterschied zwischen Industrieforschung und öffentlich finanzierter Forschung?

Dr. Wodarg: Bei den Ergebnissen, die die Wissenschaft für die Industrie produziert, handelt es sich um Werte, die sich in Patenten ausdrücken, in der Geheimhaltung von Daten, die einem gehören. Das ist kein gesellschaftliches Wissen. Die Wirtschaft selbst legt großen Wert darauf, dass sie sich auf die von ihr in Auftrag gegebene Forschung verlassen kann. Das heißt, sie hat zwar ein Interesse an guter Forschung. Das ist aber nicht das Wissen, mit dem die Gesamtgesellschaft etwas anfangen kann. Denn die Wirtschaft hat die wirtschaftliche Nutzung und ihre eigenen Interessen im Sinn, wenn sie Forschungsergebnisse in Auftrag gibt.

Moderator: Sie haben ja in Ihrem Statement den Fall Roche und Tamiflu angeführt. Läuft das denn in der Pharmaindustrie komplett anders als in der chemischen Industrie, die Sie, Herr Dr. Romanowski, vertreten?

Dr. Romanowski: Welche Forschung betreibt die chemische Industrie? Zum einen geht es um Forschung mit dem legitimen Ziel, neue Produkte und Verfahren zu entwickeln, die auf dem Markt erfolgreich sind. Diese Forschung erfolgt im eigenen Interesse, in der Absicht, konkurrenzfähig zu bleiben, neue Märkte zu erschließen, neue Produkte auf den Markt zu bringen und Gewinne zu erwirtschaften. Dabei handelt es sich um unternehmensfinanzierte Forschung. Wenn sie besonders risikoreich ist, erfolgt sie mit kleinen Anteilen öffentlicher Förderung. Dafür gibt es Programme des BMBF. Sofern diese Forschung mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, besteht eine Publikationspflicht. Aber es ist doch selbstverständlich, dass Forschung, die dazu dient oder Patentrechte, geistiges Eigentum abzusichern, nicht frei zugänglich ist.

Dr. Wodarg: Das sind Wirtschaftsgüter.

Dr. Romanowski: Ja, Unternehmen, die teure Forschung finanzieren, um ihre Produkte zu entwickeln, weiterzuentwickeln, oder neue zu entwickeln, müssen sich natürlich auch davor schützen, dass diese Produkte sofort nachgeahmt und zu Nullkosten auf den Markt gebracht werden. Denn die Forschungskosten müssen ja zurückverdient werden. Das ist ein normaler Vorgang. Die Chemieindustrie ist ein sehr innovativer Industriezweig mit sehr hohen Forschungsaufwendungen, allein in Deutschland knapp neun Milliarden Euro jährlich, von denen übrigens nur einige zehn Millionen öffentliche Fördermittel sind. Der Rest wird aus den eigenen Erträgen selbst finanziert, um damit die Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten zu erhalten. Daneben gibt es die Forschung, die Sie meinen, die sich mit der Sicherheit der eigenen Produkte beschäftigt.

Moderator: Bei der Pharmaindustrie spielt auch die Wirksamkeit eine Rolle.

Dr. Romanowski: Das gilt für jedes Produkt. Ein nicht wirksames Medikament wird niemand auf den Markt bringen wollen.

Moderator: Wenn es 6,3 Milliarden Umsatz bringt, vielleicht ist das ein Anreiz.

Dr. Romanowski: Für die Chemieindustrie kann ich nur sagen, die Forschung, die der Produktentwicklung dient, soll bessere Produkte oder bessere Verfahren realisieren und so dazu beitragen, die eigene Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten oder auszubauen.

Frage: Ich leite hier im BfR die Abteilung „Sicherheit in der Nahrungskette“. Ich würde mich über ein klares Statement zum Thema „Nicht veröffentlichte Studien“ freuen. Lassen Sie mich das Beispiel Lebensmittel- oder Futtermittelzusatzstoffe anführen. Alle in diesem Metier wissen sehr wohl, dass die Wirkung einer Substanz von der Ausgangssituation von Tier oder Mensch abhängt, ebenso wie von den hygienischen Bedingungen. Es ist also möglich, durch die Wahl geeigneter Ausgangsbedingungen das Studienergebnis positiv zu beeinflussen. Wir vermissen oft eine Beschreibung der Ausgangssituation und der Studienbedingungen.

Dr. Wodarg: Für die Beurteilung einer solchen Studie müssen Sie zunächst davon ausgehen, dass sie von jemand gemacht worden ist, der ein Produkt oder eine Dienstleistung auf den Markt bringen will, der also damit Geld verdienen will. Es gibt Kontrollbehörden, die über die Zulassungsfähigkeit entscheiden; der Unternehmer weiß, welche Anforderungen er für eine Zulassung erfüllen muss und was er lieber nicht abliefern will, um die Zulassung nicht zu gefährden. Natürlich hat das Auswirkungen. Auf der anderen Seite befindet sich die Politik, die an der Macht bleiben möchte. Sie hat das Interesse, dass ein neu entwickeltes Produkt nicht zu Schäden führt, für die sie möglicherweise von der Bevölkerung abgestraft wird. Deshalb ruft sie solche Institute wie das BfR ins Leben. Dieses Institut ist nicht unabhängig, sondern es hat eine Dienstleistungsfunktion für die Politik.

Alle Forschungseinrichtungen, die der Wirtschaft und die der Politik, arbeiten nach wissenschaftlichen Kriterien. Sie können es sich nicht leisten, unwissenschaftlich zu arbeiten, weil ihre Ergebnisse sonst keine Qualität aufweisen. Dennoch geschieht die Veröffentlichung der Ergebnisse im Interesse des jeweiligen Auftraggebers. Wenn wir ein Interesse daran haben, dass die gesellschaftliche, gesamtgesellschaftliche Entwicklung mit Wirtschaft, mit Politik, mit all dem, was dazugehört, vernünftig funktioniert, dann müssen sich alle diese Subsysteme auf das gemeinsame Medium Wissen immer dann verlassen können, wenn sie über die Wissenschaft miteinander kommunizieren. Das ist die Basis dessen, worüber wir uns hier unterhalten.

Dr. Romanowski: Bei den Lebensmittelzusatzstoffen gilt der Grundsatz: Alles ist verboten, es sei denn, es wird nach den gesetzlichen Vorschriften von den Behörden zugelassen. Wenn Sie einen chemischen Zusatzstoff in ein Lebensmittel einbringen wollen, müssen Sie der zuständigen Behörde, in Europa ist das die EFSA, darlegen, welche Wirkung dieser Stoff hat, welcher Grund besteht, diesen Stoff in ein Lebensmittel zu bringen, und ob dessen Anwendung in Lebensmitteln unbedenklich ist. Dazu muss der Hersteller einen in der entsprechenden Verordnung über Lebensmittelzusatzstoffe vorgegebenen Datensatz bereitstellen und Studien und Messdaten an die Behörde weitergeben. Die Behörde beurteilt dann anschließend, ob auf dieser Basis die Zulassung für diesen Stoff erbracht werden kann.

Damit sind doch alle gesetzlichen Vorschriften erfüllt, da wird ja nichts zurückgehalten. Ich verstehe deswegen die Frage nicht.

Frage: Mir sind die Zulassungsverfahren sehr wohl bekannt. Mir geht es um die Studien, die zwar durchgeführt, aber nicht eingereicht und auch nicht publiziert werden, weil sie eben nicht zum gewünschten Ergebnis geführt haben. Aber die Wissenschaft ist trotzdem an diesen Studien interessiert und an der Frage, warum sie nicht zum Erfolg geführt haben. Dazu hätte ich gerne eine Antwort von Ihnen.

Dr. Romanowski: Aber woher wissen Sie denn, dass solche Studien existieren, wenn die nicht publiziert worden sind? Das ist doch eine reine Vermutung. Ich weiß nicht, auf welche Fälle Sie sich beziehen.

Statement (aus dem Publikum): Ich bin in der Pflanzenschutzmittelzulassung tätig und habe Einblick in diesen Bewertungsbereich. Wir wundern uns häufig, dass Jahre bis Jahrzehnte nach der Durchführung Studien bei uns eingereicht werden. Die dürfte es gar nicht geben, wenn die Studien sofort nach Durchführung veröffentlicht werden müssen. Auch beim Pflanzenschutz gilt, dass alle Unterlagen für eine Zulassung vorgelegt werden. Ich will jetzt nicht unbedingt immer eine Absicht als Motiv unterstellen. Manchmal sind die Studien vielleicht zum damaligen Zeitpunkt noch nicht erforderlich gewesen, wurden aber dennoch durchgeführt, und werden erst dann publik gemacht, wenn tatsächlich danach gefragt wird oder wenn wir die Studien einfordern. Nicht immer ist zu jedem Zeitpunkt jede Untersuchung gesetzlich erforderlich. Aber manche Untersuchungen werden frühzeitig gemacht, die Industrie sieht möglicherweise manchmal, dass das Produkt unter bestimmten Bedingungen zu Problemen führen könnte, und reicht die Daten einfach noch nicht ein. Solche Fälle sind uns sehr wohl bekannt.

Moderator: Herr Professor Hensel, wie sehen Sie das?

Prof. Hensel: Die Fokussierung allein auf die Industrie hilft an dieser Stelle nicht weiter. Ich selbst habe als Wissenschaftler Studien durchgeführt, die ich nicht publiziert habe. Sie unterstellen, dass hinter dem Entschluss, etwas nicht zu publizieren, immer eine Absicht steckt. Das mag ja sein; ich glaube aber nicht, dass Herr Romanowski derjenige ist, der das hier verteidigen kann. Herr Wodarg hat die Motivation, die zum Zurückhalten von Studiendaten führen kann, hinlänglich dargestellt. Sicher kommt es vor, dass uns hinter vorgehaltener Hand über Studienergebnisse erzählt wird, die zum Zeitpunkt der Zulassungsentscheidung zwar vorhanden waren, aber nicht eingereicht wurden. Verifizierbar ist das selten.

Dr. Romanowski: Entscheidend ist doch, was gesetzlich vorgeschrieben und verlangt wird. Das müssen die Unternehmen erfüllen. Dazu stehen auch alle. Verstöße gegen Rechtsvorschriften sind ein allgemein bekanntes gesellschaftliches Phänomen. Mord ist auch verboten, dennoch passieren in Deutschland jedes Jahr Hunderte von Morden. Natürlich müssen die Unternehmen die für eine Zulassung erforderlichen Daten vorlegen, wenn sie die Zulassung haben wollen. Wenn man das verschärfen möchte, dann soll der Gesetzgeber die Gesetze ändern oder mehr Studien verlangen. Aber es muss Rechtssicherheit bestehen darüber, was die Unternehmen abzuliefern haben. Wir können uns nicht auf die Basis von Spekulationen begeben.

Dr. Wodarg: Es geht bei der Wissenschaft um Vertrauen. Vertrauen hat etwas damit zu tun, ob die Möglichkeit zur Kontrolle besteht. Wenn beide wissen, dass der andere jederzeit kontrolliert werden könnte, dann entfällt die Notwendigkeit zur Kontrolle. Wir müssen uns überlegen, wie die Strukturen sein müssen, damit die Komplexität reduziert wird. Ob wir eine leistungsfähige Gesellschaft sind, das hängt davon ab, ob es gelingt, dieses Vertrauen zu schaffen.

Prof. Wittkowski: Selbstverständlich existiert ein gesetzlicher Rahmen, der eingehalten werden muss, das ist klar. Das BfR bewertet das, was den wissenschaftlichen Validierungsprozess durch Publikationen zum Beispiel durchlaufen hat, was Stand der Erkenntnisse ist. Wir können keine Studien bewerten, die nicht bekannt sind oder gar nicht vorgelegt werden. Der wesentliche Punkt ist aber, dass wir immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert werden, Zulassungsstudien seien von der Industrie finanziert und folglich könne ein Bias nicht ausgeschlossen werden. Wir hatten Mitte September 2012 hier eine Konferenz zur Krisenbewältigung und Krisenprävention, an der auch Herr Pondelet von der DG Sanco teilnahm. Auch dort wurde über das Thema Vertrauen und Unabhängigkeit diskutiert. Dabei entstand der Vorschlag, ob man nicht Fördermittel der EU für eine Pilotstudie ausgeben könnte, in der man Studien wiederholt, die zum Beispiel für die Zulassung einer Chemikalie oder eines Pflanzenschutzmittels eine Rolle gespielt haben, einfach um zu sehen, ob diese Studiendaten reproduzierbar sind. Das wäre für die Vertrauensbildung des gesamten Systems, auch der Industrieforschung, ein ganz wichtiges Element. Ich halte das für einen sehr guten Weg.

Dr. Romanowski: Das ist ein guter Vorschlag, den man unbedingt aufgreifen sollte.

Jutta Jaksche: Ich möchte noch etwas zu dem Thema Zulassung ergänzen. Wir reden davon, dass die eingereichten Unterlagen wissenschaftlich haltbar sein müssen, um die Zulassung zu legitimieren. Aber was ist denn mit dem politischen Auftrag der Zulassungskommission? Sie hat nach bestimmten Regeln ein Zulassungsverfahren etabliert, aber es gibt auch Fälle, wo im Rahmen dieser Zulassung Substanzen oder Produkte genehmigt werden, die gegen EU-Regeln verstoßen. Ein ganz simples Beispiel: Transglutaminase ist ein Zusatzstoff, der im Kaltverfahren Fleischstücke aneinanderkleben kann; er wird bei der Produktion von Formfleisch eingesetzt, was aber letztendlich zu einer Irreführung der Verbraucher führen kann. Das wird im Zulassungsverfahren nicht moniert. Ich kann noch andere Beispiele nennen, etwas bei den Mehrfachrückständen von Pestiziden. Es fehlen Prozesse, die kontrollieren, ob das System noch im Sinne des Verbraucherschutzes läuft.

Moderator: Herr Bode, wollen Sie die beiden Punkte, die Unabhängigkeit von Studien und den Umgang mit Interessenkonflikten aufgreifen?

Thilo Bode: Wenn ein Stoff zugelassen ist, heißt das ja deshalb noch längst nicht, dass jetzt alles in Ordnung ist. REACH ist ein wesentlicher Fortschritt bei der Bewertung von Chemikalien, aber die chemische Industrie hat sich jahrelang dagegen gewehrt. Es war ein ziemlicher Kampf, bis das Vorsorgeprinzip und die Umkehr der Beweislast bei den Chemikalien angewendet wurden; bei Zusatzstoffen und Nahrungsmitteln ist diese Umsetzung nach wie vor höchst problematisch. Es gibt zum Beispiel Zusatzstoffe, die unter dem dringenden Verdacht stehen, das ADHS-Syndrom auszulösen; die einzige Bedingung

für ihre Zulassung ist ein entsprechender Hinweis auf der Packung. Ginge es nach dem Vorsorgeprinzip, müsste man diese Substanzen verbieten.

Das Hauptproblem ist jedoch die Kommunikation von Risiken. Herr Wodarg hatte es angesprochen: Alles gründet sich auf politische Werturteile. Die reine objektive Wahrheit gibt es nicht. Das trifft auch für die Kommunikation der Dioxinkontamination zu. Das BfR kann deshalb nicht einfach sagen, es besteht überhaupt keine Gefahr. Die Grundlage für Ihre Aussage ist die Überlegung, dass die Aufnahme von Dioxin über Eier weniger als die zulässige tägliche tolerierbare Basis von zwei Pikogramm pro Kilogramm Körpergewicht ausmacht. Aber man muss auch kommunizieren, dass es Bevölkerungsgruppen gibt, die jetzt schon über der zulässigen maximalen Aufnahme von Dioxin liegen und bei denen man davon ausgehen kann, dass eine zusätzliche Dioxinbelastung höchst gefährlich ist. Ihre Kommunikation hat erhebliche Auswirkungen auch auf die rechtliche Verfolgung von Futtermittelvergehen. Wenn kommuniziert wird, dass keine Gefahr besteht, dann wird auch keiner verurteilt.

Dr. Romanowski: Die Behauptung von Herrn Bode, die Chemieindustrie hätte sich gegen REACH gewehrt, stimmt so nicht. Wir haben uns nie gegen REACH gewehrt, nur gegen die Art und Weise, wie REACH in der Praxis umgesetzt werden sollte. Manche unserer Verbesserungsvorschläge wurden aufgegriffen, andere nicht. Insgesamt sind wir mit REACH aber sehr zufrieden und arbeiten an der Umsetzung.

Dr. Brackemann: Viele Produkte wurden von den Anbietern schon untersucht. Wenn solche Untersuchungen von einer unabhängigen Institution wiederholt werden, ist das Ergebnis nicht notwendigerweise das gleiche. Aber ich denke, eine solche Kontrollfunktion ist ausgesprochen wichtig. Noch ein Wort zum Stichwort Produktsicherheit. Wir reden die ganze Zeit über gesetzliche Verfahren und über die Anforderungen an die vorgelegten Studien. Das ist für mich zu kurz gedacht. Denn Unabhängigkeit von Wissenschaft bedeutet auch Unabhängigkeit in der Wahl der Themen. Wir haben in der letzten Zeit viele Beispiele gesehen, bei denen bestimmte Endpunkte oder Schadstoffgehalte nicht rechtlich geregelt waren. Es muss immer jemanden geben, der diese Parameter im Auge behält, um zu neuen Regelungen kommen zu können.

Prof. Wittkowski: Herr Bode, Sie haben zum dritten Mal die Kommunikation des BfR zum Dioxinfall 2010/2011 erwähnt. Ich glaube, wir können Ihre Aussage so nicht stehen lassen. Sie haben in Ihrer Präsentation völlig korrekt die Aussage des BfR-Präsidenten Professor Hensel zitiert, der von einem Worst-Case-Szenario ausging und gesagt hat, unter solchen Bedingungen gäbe es keine akute gesundheitliche Gefährdung oder ein zusätzliches Verbraucherrisiko. Alle Mitarbeiter dieses Instituts, alle Wissenschaftler, die sich mit der Thematik befasst hatten, kamen zu diesem Schluss. Dazu muss man wissen, dass Ende der 1980er Jahre, zu Beginn der Dioxinbewertung, die Grenzwerte ganz bewusst sehr niedrig auf dem Level der Hintergrundbelastung angesetzt wurden, um diese Substanz in der Umwelt minimieren zu können. Das ist auch gelungen. Die gesetzlichen Maßnahmen, Filteranlagen in Verbrennungsanlagen, Müllverbrennungsanlagen bis hin zu Krematorien zu installieren, führten dazu, dass die Hintergrund- und auch die Körperbelastung der Bevölkerung praktisch auf 20 Prozent gesunken sind. Das darf man nicht vergessen. Hätten Sie Recht und Herr Professor Hensel Unrecht, dann müssten Sie die Bevölkerung eigentlich

vor dem Verzehr von Bioeiern warnen. Denn Bioeier haben immer einen tendenziell höheren Dioxingehalt, weil sie diese Hintergrundbelastung aus der Umwelt aufnehmen.

Thilo Bode: Bei den Bioeiern haben Sie völlig recht, wir haben schon häufig auf diese erhöhte Belastung hingewiesen, und diejenigen, die Bioeier vertreiben, lieben uns dafür überhaupt nicht. Aber bei der Beurteilung der Dioxinkrise geht es nicht darum, wer Recht oder Unrecht hat. Es geht um die zugrunde liegenden Bewertungsgrundlagen. Wenn man davon ausgeht, dass es bereits einen Teil der Bevölkerung gibt, die über die geltenden Grenzwerte hinaus einer Belastung durch Dioxin ausgesetzt sind, dann darf man bei langfristig bioakkumulativ wirkenden Giften nicht kommunizieren, es bestehe keine Gesundheitsgefahr. Das halte ich für ausgesprochen leichtfertig. Es gibt keine objektive wissenschaftliche Wahrheit bei der Beurteilung von Risiken.

Prof. Wittkowski: Das BfR schrieb in seiner letzten Stellungnahme das, was auch vorher galt: Es geht um eine Minimierung, soweit es möglich ist. Der Dioxinfall vor zwei Jahren war praktisch eine kriminelle Aktivität. Das heißt, es gab einen Straftatbestand.

Thilo Bode: Das ist noch nicht klar.

Prof. Wittkowski: Hier wurde ein gesetzlich geltender Grenzwert überschritten. Alleine schon deshalb dürfen diese Lebensmittel nicht für den Verzehr angeboten werden. Das hat im Prinzip mit der Gesamtproblematik Dioxin wenig zu tun – die Strategie der Grenzwertminimierung ist nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch vollständig aufgegangen. Eigentlich ist Dioxin ein Paradebeispiel des vorsorgenden Verbraucherschutzes.

Thilo Bode: Ihre Kommunikation ist kein Paradebeispiel für vorsorgenden Verbraucherschutz.

Prof. Hensel: Die Diskussion ist interessant, wir können sie gerne weiterführen, Herr Bode. Wir bieten Ihnen gerne ein Forum dafür an. Mich interessiert noch ein anderer Aspekt. Sie haben den Begriff der Vorsorge eingeführt und haben gesagt, unsere Risikokommunikation sei verharmlosend, weil sie wissenschaftliche Sachverhalte darstelle, ohne den Vorsorgegedanken zu berücksichtigen. Das erschwere die Durchsetzung des Gesundheitsschutzes. Diese Sichtweise stellt unser Haus vollständig infrage. Denn Vorsorge ist keine wissenschaftliche Dimension. Vorsorge ist vielmehr die Antwort der Politik auf den Umgang mit Nichtwissen. Es gibt in der Wissenschaft kein Vorsorgeprinzip. Wie wollen Sie als Politiker oder als NGO denn reagieren, wenn Sie eine Darstellung bekommen, die das Vorsorgeprinzip bereits beinhaltet? Durch eine solche Präjudizierung nähme die Wissenschaft der Politik jeden Entscheidungsspielraum für politische Maßnahmen. Ich halte Ihren Einwand im Prinzip für eine richtige politische Forderung. Mit der wissenschaftlichen Beurteilung fachlicher Sachverhalte hat sie nichts zu tun.

Sie hatten außerdem den Begriff Sicherheit eingeführt; gemeint ist damit: Sicherheit als akzeptables Risiko. Akzeptabel ist immer eine gesellschaftliche Dimension, damit haben Sie recht. Es geht eben nicht um das wirkliche Risiko, sondern um eine gelungene Konstruktion und Darstellung des Risikos. Ein Risiko so zu beschreiben, dass Sicherheit oder zumindest das Gefühl der Sicherheit bei den Menschen hergestellt wird, das ist für uns Wissenschaftler

kompliziert, ich gebe das zu. Dennoch ist das Teil unseres Auftrages, deshalb sind wir eine Bewertungsbehörde. Aber wir übernehmen diese Aufgabe im Rahmen wissenschaftlicher Grenzen. Das heißt, wir reden nicht vom Vorsorgeprinzip, wir sagen nicht, wir wollen keine Risiken eingehen, sondern wir geben die Sicherheitsbereiche an. Das ist eine wissenschaftliche Vorgehensweise.

Thilo Bode: Herr Hensel, die Anwendung des Vorsorgeprinzips beeinflusst natürlich die wissenschaftliche Beweisführung, weil sie zur Umkehrung der Beweislast führt. Sie können doch nicht abstreiten, dass dies ganz offensichtlich etwas mit Wissenschaft und vor allem mit der Kommunikation der wissenschaftlichen Ergebnisse zu tun hat.

Prof. Hensel: Wir führen diese Diskussion schon lange. Das Vorsorgeprinzip wurde politisch eingeführt, weil man davon ausging, dass sich Situationen ergeben, in denen wir mit wissenschaftlich noch nicht abgesicherten Gefährdungen umgehen müssen. Deshalb hat man diesen Vorsorgegedanken politisch eingeführt, unter sehr strengen Bedingungen. Wir wenden ihn da an, wo auch unter Wissenschaftlern das Nichtwissen groß ist. Aber die Anwendung bleibt eine politische Entscheidung. Das Vorsorgeprinzip gibt es nicht in der Wissenschaft.

Thilo Bode: Das Vorsorgeprinzip ist eine politische Entscheidung, die die wissenschaftliche Beweisführung beeinflusst, darüber können wir uns gerne austauschen.

Moderator: Ich danke den Diskutanten herzlich für die Podiumsdiskussion, den Teilnehmern für das Erscheinen und den Organisatoren für den reibungslosen Ablauf der Veranstaltung. Vielen Dank.

Schlusswort

Professor Dr. Dr. Andreas Hensel,

*Präsident des Bundesinstituts für Risikobewertung
(BfR), Berlin*



Sehr geehrte Damen und Herren,

nicht immer hat der Präsident das letzte Wort, in diesem Fall schon. Ich empfand es als besonderes Privileg, als intellektuelle Freude, mit Ihnen zu diskutieren. Ich habe in den letzten anderthalb Tagen viele neue Dinge gehört, die mich zum Denken anregten. Dafür danke ich allen Referentinnen und Referenten, die durch ihre Beiträge diese Tagung spannend gestaltet haben.

Der Reiz der Veranstaltung lag in der Darstellung der verschiedenen Blickwinkel: Wir haben gehört, dass es viele Erklärungsmöglichkeiten gibt. Das gab Anlass zu lebhaften Diskussionen. Zur Transparenz und Offenheit gehört das offene Visier. Das bedeutet, dass auch Kritik geübt wird, vor allem wenn es um Begrifflichkeiten und Definitionen geht. Von Laotse stammt die Aussage, dass das Chaos dort anfängt, wo die Begrifflichkeiten nicht stimmen. Deshalb war es wichtig, die Aspekte zu beleuchten, die die Unabhängigkeit der Wissenschaft bestimmen. Die Frage, ob Wissenschaft autonom oder autark sei, und das Prinzip des besseren Argumentes fand ich sehr interessant. In der vorangegangenen Diskussion haben wir außerdem erfahren, wie wichtig es ist, den Kontext der vorgebrachten Argumente zu berücksichtigen. Für mich war es sehr befruchtend, alle diese Argumente zu hören.

Ich bin sehr froh darüber, dass so verschiedenartige Redner unserer Einladung gefolgt sind. Nicht jeden Tag haben wir die Gelegenheit, den Alterspräsidenten des Deutschen Bundestags bei uns begrüßen zu dürfen. Dazu kamen die unterschiedlichen Sichtweisen der internationalen Redner: Herr Pielke zum Beispiel, der den Wunsch der Politiker nach Vereinfachung thematisierte; oder Frau Glover, die wissenschaftliche Beraterin von Herrn Barroso, die die Frage stellte, ob Politiker nicht mindestens genauso transparent in ihren Handlungen sein sollten wie die Wissenschaft. Ich möchte diese Forderung erweitern: sie sollte für alle gelten, die in unserem Bereich tätig sind. Auch wenn Sie in der Wirtschaft arbeiten oder als NGO, müssen Sie sich die Frage nach Ihrem Mandat gefallen lassen. Das BfR ist hier in einer guten Lage, denn unsere Aufgaben sind per Gesetz festgelegt.

Unsere Aussagen stoßen in der Wirtschaft ja nicht nur auf ungeteilte Zustimmung, häufig kostet die Umsetzung unserer Empfehlungen Geld und ist in den Verbänden nicht gut kommunizierbar. Frau Geslain-Lanéelle lieferte gute Beispiele dazu und Herr Krämer zeigte auf, dass in anderen Bereichen genau die gleiche Diskussion über die Glaubwürdigkeit der

Entscheider stattfindet. Herr Hacker erinnerte uns daran, dass wir viele Möglichkeiten, auch Instrumente wie etwa die Akademien, besitzen. Auch der abschließende Vortrag von Professor Hennecke hat uns gezeigt, dass man ganz bestimmte Maßnahmen ergreifen kann, um Unabhängigkeit abzusichern und Transparenz zu erzielen. Ein wesentlicher Schritt besteht laut Herrn Grunwald darin, dass man jeden wissenschaftlichen Schritt nachvollziehbar macht. Das gilt genauso für die Industrie.

Ich fand es wichtig, dass wir hier kontrovers diskutiert haben. In diesem Sinne, bleiben Sie uns gewogen.